

Teil I

Regionale Charakteristika



Abb.I.1.1 Osteuropa politisch

I.1 Geographie einer Krisenregion

I.1.1	Einführung.....	19
I.1.2	Physisch-geographische Ausstattung	21
I.1.3	Bevölkerung.....	25
I.1.4	Wirtschaft	28
I.1.5	Punktation	31
I.1.6	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	32

I.1.1 Einführung

Der in diesem Praxis-Handbuch als Osteuropa bezeichnete Raum umfasst, wenn man ihn sicherheitspolitisch definiert, die Kontaktzone beiderseits der östlichen Grenze der NATO. Er enthält die Staatsgebiete von Polen, der Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Weißrussland, Ukraine, Moldawien, Rumänien und Russland sowie als Erweiterung Georgien. Anderen Territorien, die nicht unmittelbar von jüngsten Konflikten und Krisen entlang dieser Linie betroffen sind, wie z. B. Bulgarien oder der Balkan, werden in diesem Handbuch keine eigenen Abschnitte gewidmet. Siehe hierzu die umfassenden Länderportraits in den Teilen II und III.

Die Mehrheit dieser Staaten gehört der NATO an, während die größeren Länder (Weißrussland, Ukraine, Russland, aber auch das kleine Moldawien) keine NATO-Mitglieder sind. Die EU-Osterweiterung führte mit dem Beitritt Polens, der Slowakei, Ungarns, der drei baltischen Staaten und Rumäniens zu veränderten ordnungs- und wirtschaftspolitischen Strukturen. Die neuen EU- und NATO-Mitglieder bilden nun die östliche Außengrenze der Europäischen Union (JURCZEK 2006, S. 9 ff).

Osteuropa ist nicht eindeutig zu umgrenzen, hat sich doch der Begriff und sein Inhalt im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte entsprechend der politischen Entwicklung verändert. Im 19. Jahrhundert war die Abgrenzung mit den vier großen Reichen noch relativ einfach; das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn wurden bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs als Mitteleuropa betrachtet, während das Russische und das Osmanische Reich den Ost- bzw. Südosteuropäischen Raum bildeten. Mit dem Zerfall der Großreiche ent-

stand nach dem Ersten Weltkrieg von den baltischen Staaten im Norden bis zur Balkanhalbinsel und dem Schwarzen Meer im Süden eine Vielzahl kleiner Nationalstaaten, die für die Mächte Mitteleuropas einen Schutzgürtel nach Osten gegen die expandierende Sowjetunion bildeten. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschloss die Konferenz von Jalta im Februar 1945 eine neue Grenze zwischen den politischen Einflussphären der neuen Großmächte.

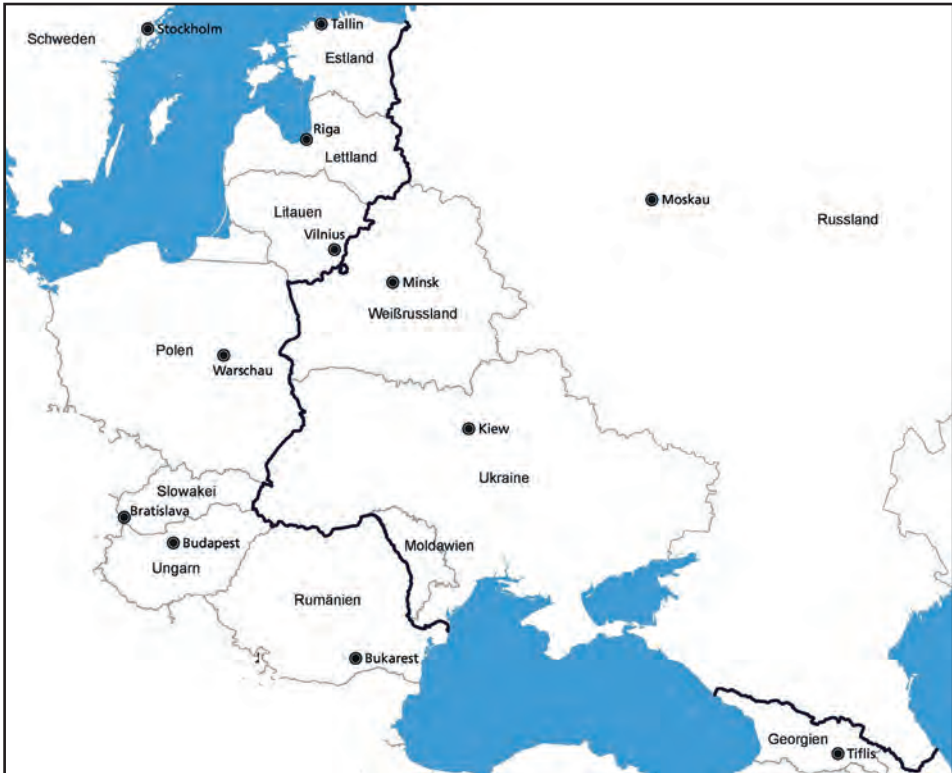


Abb.I.1.2 Der Betrachtungsraum dieses Handbuches orientiert sich an der nach Osten verschobenen NATO-Grenze und Staaten beiderseits dieser Grenzlinie einschließlich des Krisengebietes Georgiens.

Der West-Ost-Gegensatz der politischen Systeme (1945–1990) ließ den Begriff Mitteleuropa nach und nach aus dem Wortschatz verschwinden. Das änderte sich auch nicht nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Welt. Die alten Begriffe mit ihren wechselnden Zuschreibungen und ideologischen Aufladungen erweisen sich heute als vieldeutig und wenig hilfreich. Im Rahmen des zusammenwachsenden Kontinents bereiten die unterschiedlich besetzten Begriffe mehr Verwirrung als Klarheit (LICHTENBERGER 2005, S. 17).

Auch unter Berücksichtigung differenzierender natürlicher Faktoren wie Relief, Klima, Vegetation etc. bleibt jede Abgrenzung Osteuropas ein Konstrukt, das unter wechselnden politischen Bedingungen und mit verschiedenen Absichten zustande kam und kommt.

1.1.2 Physisch-geographische Ausstattung

Osteuropa umfasst den größten Teil der europäischen Landmasse. Das Land wird nur an wenigen Stellen durch alpine Gebirge (Karpaten, Kaukasus) geprägt. Es dominieren Niederungen und weitläufige, bewaldete und offene Hügelländer, die vor allem durch große Flusssysteme gestaltet sind.

Flächenmäßig ist die Osteuropäische Ebene bestimmend, ein Tiefland von etwa fünf Millionen km². Es handelt sich um die größte einheitlich gegliederte Landmasse Europas. In Nord-Süd-Richtung erstreckt sich dieses Tiefland über rund 2000 km, in West-Ost-Richtung sind es etwa 2500 km. Politisch ist der Raum weitgehend deckungsgleich mit dem europäischen Staatsgebiet der ehemaligen Sowjetunion. Ausläufer der Ebene reichen nach Estland, Lettland, Litauen, Polen, Weißrussland, in die Ukraine, nach Moldawien und Kasachstan. Das Tiefland wirkt endlos, aber nicht uniform. Die lössbedeckte Podolische Platte (UA/MD), die amphibischen Pripjetsümpfe (BY/UA) oder der Baltische Landrücken (PL, LT, LV, EE, RU) sind gegensätzliche Räume.

Die Osteuropäische Ebene weist oftmals einen welligen Charakter auf. Die von den großen Flüssen durchströmten Niederungen haben Höhenlagen bis zu 150 m ü. NN. Die dazwischen verlaufenden Hügelländer erreichen dagegen 300 bis 500 m ü. NN. Die Anordnung der Ebenen, Tiefländer und Höhenzüge folgt weitgehend dem geologischen Untergrund, ebenso die Verteilung der Bodenschätze (STADELBAUER 2010).

Das Osteuropäische Tiefland (Russische Tafel) gehört geologisch zum ältesten Teil Europas (Paläo-Europa), der über 400 Millionen Jahre zählt. Hier haben sich in den folgenden Jahrmillionen Sedimente abgelagert, im Bereich des Baltischen Landrückens überformten es die Eiszeiten mehrfach. Infolge des geringen Gefälles ist die Fließgeschwindigkeit der Gewässer (außerhalb der einst vergletscherten Gebiete) niedrig; großflächige Überschwemmungen sind häufig; sie fließen nur langsam wieder ab. In den Steppengebieten Moldawiens, der Ukraine, Russlands und Kasachstans lagerten sich in den Kaltzeiten vom Wind transportierte Staubpartikel ab. Sie bilden das Ausgangsgestein für die heute landwirtschaftlich intensiv genutzten, bis zu 20 m mächtigen Lössböden (Schwarzerden).

Die Sedimente auf der russischen Tafel sind arm an Bodenschätzen. Die wirtschaftlich erschließbaren Lagerstätten befinden sich im Grundgebirge, wie z. B. die Erzlager bei Kursk. In den Sedimentschichten sind ausbaubare Vorkommen nur dort entstanden, wo die Sedimentablagerungen mächtig sind. Dies gilt etwa für die Steinkohle im Donez-Becken (Ukraine) oder im Petschora-Becken um Workuta. Erdöl- und Erdgaslager finden sich in der Kaspischen Senke und im nördlichen Uralvorland. In letzterem gibt es auch bedeutende Stein- und Kalisalzvorkommen.

In der südlichen Ukraine wird die Oberfläche durch Niederungsebenen mit breiten Flusstälern bestimmt, charakteristisch für die hier beginnenden Steppengebiete. Große Teilräume bilden z. B. das Schwarzmeer-Lössstiefland an der Nordküste des Schwarzen und des Asowschen Meeres. Am linken Ufer des Dnjepr erstreckt sich ein weiteres Lössstiefland.



Abb.I.1.3 Osteuropäische Ebene

Die Kaspische Senke ist ein Teil der größeren Aralo-Kaspischen Niederung, die überwiegend unter dem Meeresspiegel liegt und sich über Teile Aserbaidschans, Kasachstans, Russlands, Irans und Turkmenistans erstreckt. Sie umfasst auch das Kaspische Meer und die daran angrenzenden Sumpfgebiete sowie das Tiefland um die Reste des Aralsees. Ihre tiefste Stelle liegt auf der in das Kaspische Meer ragenden Mangghystau-Halbinsel (−132 m).

Das Kaspische Tiefland entspricht in seinem Charakter den mittelasiatischen Wüstensteppen und Wüsten. Die Kaltzeiten mit ihren Lössanwehungen haben dieses Gebiet nicht mehr erreicht. Die flache und uniforme, nur wenig strukturierte Ebene trägt nur vereinzelt Erhebungen. Dabei handelt es sich um aus dem Untergrund herausgepresste Salzstöcke. Infolge von Auslaugungsprozessen (Subrosion) haben sich vereinzelt Senken mit Salzseen gebildet.

Die knapp 25.000 km² große Halbinsel Krim mit dem Jaila-Gebirge und der Halbinsel Kertsch trennt das Asowsche vom Schwarzen Meer. Sie ist nur durch eine schmale Landenge mit dem Festland verbunden. Im Nordosten ist der Krim die 111 km lange Nehrung von Arabat vorgelagert. Im dahinterliegenden Haff nimmt die Landschaft amphibischen Charakter mit Salzseen und Wasserflächen an.

Der Kaukasus ist ein mehr als 1000 km langes Hochgebirge, dessen Gipfel Höhen von über 5000 m ü. NN erreichen (Elbrus: 5642 m ü. NN). Er besteht aus zwei parallel verlaufenden Gebirgszügen, dem Großen und dem Kleinen Kaukasus. Zwischen beiden erstreckt sich der flache Transkaukasus. Der Gebirgszug entstand im Rahmen der alpidischen Orogenese im Tertiär vor etwa 65 Millionen Jahren; seine Hebung dauert bis heute an. Im Kleinen Kaukasus verläuft die Nahtstelle zwischen iranischer und eurasischer Platte, was das hohe Erdbebenrisiko der Region erklärt.

Im Osten wird die Russische Tafel durch die Gebirgsschwelle des Ural begrenzt. Es handelt sich um ein bis zu 1895 m hohes und ungefähr 2400 km langes, im Schnitt nur etwa 50 km breites Gebirge, das Mittelgebirgscharakter aufweist. Es entstand während der variszischen Orogenese (Gebirgsbildung) vor rd. 290 Millionen Jahren. Sein Erzreichtum ist aus diesem Zusammenhang zu erklären.

Im Südosten der EU liegen die Karpaten, die zur Zeit der alpidischen Faltung vor mehr als 40 Millionen Jahren entstanden. Politisch erstreckt sich der Gebirgszug auf dem Territorium der Slowakei, Polens, der Ukraine und Rumäniens. Er bildet ein etwa 1300 km langes Hochgebirge in der Form eines nach Südwesten offenen Ovals. Es beginnt am Ostrand des Wiener Beckens und endet an der Donau beim Eisernen Tor. Höchster Berg ist die Gerlsdorfer Spitze (2655 m ü. NN) in der Hohen Tatra (Slowakei).

Die Karpaten haben – ähnlich den Alpen – einen geologischen Bau mit einem zentralen Kristallkern und flankierenden Flysch- und Molassezügen (Tone und Sande). Die höchsten Stellen der Tatra und der Südkarpaten waren während der Eiszeiten vergletschert und erhielten so den Formenschatz eines Hochgebirges mit Graten, Karen und Trogtälern.

Die Pannonische Ebene (SK, H, RO, RS, HR) ist ein Senkungsgebiet, mit Fluss- und marinen Sedimenten verfüllt (Ton, Mergel, Sand), teilweise mit großer Mächtigkeit (bis 10.000 m). In den Tiefen befinden sich umfangreiche Salzlagerstätten sowie in Polen, Rumänien und der Ukraine Erdölvorkommen; auch im Kaukasus und um Baku (Aserbaidschan) spielen letztere eine Rolle.

Osteuropa umfasst mehrere Klimazonen, die von den Polarregionen bis fast zu den mediterranen Subtropen reichen. Die im Westen zunächst noch bestimmende Maritimität des atlantischen Klimas nimmt nach Osten ab. Das Klima wird kontinental, d. h. die Temperaturunterschiede zwischen den Jahreszeiten werden größer, der Niederschlag wird nach Osten deutlich geringer. Die Kontinentalität bestimmt den größten Teil Osteuropas und lässt sich vereinfacht mit der Formel ‚kalte Winter – heiße Sommer‘ beschreiben. Es ist mit Ausnahmen ganzjährig feucht bei einem Niederschlagsmaximum unter 750 mm/a. Die von den Westwinden herangetragene Feuchtigkeit regnet sich in den Küstenregionen und an den Mittelgebirgen weitgehend ab, so dass sie das Innere des Kontinents nicht erreicht. Hier fallen nur geringe Niederschläge, die zudem bei deutlichem Sommermaximum (Gewitter) ungleich über das Jahr verteilt sind. Im Winter sind starke Schneefälle verbreitet, die den Verkehr oftmals zum Erliegen bringen. Die Übergangsjahreszeiten (Frühling und

Herbst) sind sehr kurz, die Temperaturschwankung beträgt im Jahresverlauf mehr als 25 Grad C.

Im Norden Osteuropas liegt die Polare Zone, deren Kontinentalität ebenfalls von Westen nach Osten zunimmt. Der Großteil der Halbinsel Kola, aber auch die großen Inseln in der Barentssee (Nowaja Semlja) und die Küstenzone liegen im maritim geprägten, feuchten Polarklima. Einige der arktischen Inseln sind vegetationslos und gehören zur ständig von Eis bedeckten polaren Eiswüste.

Nach Süden schließt sich die subpolare Kontinentalregion an. Sie beginnt im Westen etwa am Rande des Weißen Meeres und verbreitert sich bis zum Ural nur mäßig. Mit ihrem Hauptgebiet erstreckt sie sich weiter östlich in Sibirien. Entlang des gesamten Nördlichen Eismeer verläuft als unterschiedlich breit ausgeprägter Streifen die Tundra. Sie ist zwar nicht mit Eis bedeckt, doch behindern die tiefen Temperaturen (Mittel der Sommermonate <10 Grad C) das Pflanzenwachstum. Es überwiegen Flechten, Moose und Zwergsträucher. Selbst im Sommer taut der Boden in der Regel nur wenige Dezimeter auf. Über dem darunter dauerhaft gefrorenen Boden bilden sich dann große Wasserflächen und Sümpfe. Infolge des Klimawandels sind aber auch hier in den letzten Jahren messbare Erwärmungen beobachtet worden.

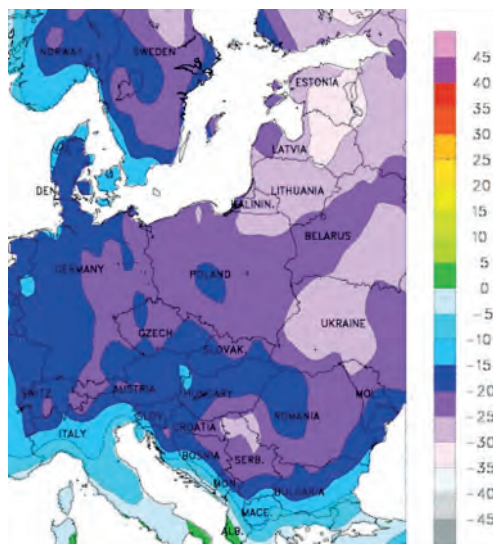


Abb.I.1.4 Wetterbedingungen in Osteuropa am Beispiel Winter 2012

Nach Süden folgt die Taiga, der boreale (winterkalte) Nadelwald, mit der Waldtundra als nördliche Übergangszone. Die Taiga bildet einen breiten Nadelwaldgürtel im nördlichen Russland und vor allem in Sibirien. Südlich schließen sich neben kleineren Laub- und Mischwaldgebieten große Kulturlandflächen an.

Es folgt die kalt gemäßigte Zone. Vom nordöstlichen Teil Estlands erstreckt sie sich nach Russland; von St. Petersburg bzw. Archangelsk verläuft sie als breites Band nach Osten, das

im europäischen Teil im Süden bis zur Linie St. Petersburg-Kirow-Perm reicht. Innerhalb dieser Zone liegen z. B. der Nordrussische Landrücken, Teile der russischen Waldai-Höhen und des Baltischen Landrückens.



Abb.I.1.5 Biogeografische Regionen Osteuropas im Kontext zu Gesamt Europa

Weiter südlich liegt die warmgemäßigte Zone. Ihre ozeanische Ausprägung gilt für die Küstengebiete Polens, der baltischen Staaten sowie die russische Oblast Kaliningrad/Königsberg. Die kontinentale Variante ist kennzeichnend für den Großteil der baltischen Staaten und Polens, für Weißrussland, die Slowakei, Ungarn, Moldawien sowie weite Landesteile der Ukraine, Rumäniens, Russlands und des östlichen Georgiens.

Zum ariden bis semiariden warmgemäßigten Klima gehören die südlichen Gebiete Rumäniens, Moldawiens und der Ukraine sowie in Russland die ausgedehnten Randgebiete um das Schwarze und das Kaspische Meer. Der Südteil der Krim und der westliche Teil Georgiens sind bereits der semihumiden bis humiden kontinentalen Klimaregion der Subtropen zuzuordnen.

1.1.3 Bevölkerung

Zu Osteuropa gehören elf Staaten sehr unterschiedlicher Größe und Struktur, die sich von den baltischen Ländern im Norden bis nach Georgien im Südosten erstrecken. Staatsnation und Ethnien sind in den Ländern keineswegs deckungsgleich.

Mit einer Fläche von mehr als 16 Millionen km² und einer Bevölkerung von über 144 Millionen ist Russland mit weitem Abstand der flächengrößte und bevölkerungsreichste Staat. Es verfolgt in seinem Einflussbereich seit zaristischen Zeiten nicht nur regionale und hegemoniale, sondern vorrangig globale politische und wirtschaftliche Interessen. Als Nachfolgestaat der Sowjetunion, die bis 1990/1991 bestand, fühlt sich Russland noch immer in einer exponierten Stellung. Die einst als Sowjetrepubliken integrierten Länder und die Mitglieder des früheren Warschauer Pakts, die verteidigungspolitisch und wirtschaftlich assoziiert waren, unterlagen starker sowjetischer Kontrolle. Daraus resultieren nach wie vor teilweise Abhängigkeiten, teilweise auch Abneigungen gegenüber dem ‚großen Bruder‘ und entsprechende Befreiungsversuche, aber auch Bestrebungen, das alte politische System zu restaurieren (v. a. in Transnistrien) und sich an Russland anzulehnen. Folglich ist auch die jüngere Geschichte in diesem Raum zum Teil gegenläufig. Geopolitische Konflikte – etwa im Bereich der baltischen Staaten, der Ukraine, Weißrusslands, Moldawiens oder Georgiens – finden so eine Erklärung.

Nicht-/Mitgliedsstaaten der NATO und EU

Land	Hauptstadt	NATO-Mitglied	EU-Mitglied	Schengen-Mitglied	Währung/Mitglied des Euro-Raumes
Estland	Tallinn	2004	01.05.2004	21.12.2007	Euro/01.01.2011
Georgien	Tiflis	PfP			Lari (GEL)
Lettland	Riga	2004	01.05.2004	21.12.2007	Euro/01.01.2014
Litauen	Vilnius	2004	01.05.2004	21.12.2007	Euro/01.01.2015
Moldawien	Chişinău	PfP			Moldauischer Leu (MDL)
Polen	Warschau	1999	01.05.2004	21.12.2007	Zloty (PLN)
Rumänien	Bukarest	2004	01.01.2007		Rumänischer Leu (RON)
Russland	Moskau	PfP			Russ. Rubel (RUB)
Slowakei	Bratislava	2004	01.05.2004	21.12.2007	Euro/01.01.2009
Ukraine	Kiew	PfP			Hrywnja (UAH)
Ungarn	Budapest	1999	01.05.2004	21.12.2007	Forint (HUF)
Weißrussland	Minsk	PfP			Belarus Rubel (BYR)
Deutschland	Berlin	1955	01.01.1958	26.03.1995	Euro/01.01.1999

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen blicken auf eine bewegte Geschichte zurück. Zugehörigkeiten zum Deutschen Orden, zu Dänemark, Polen, Schweden und zum zaristischen Russland fallen in das Mittelalter und die Neuzeit. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die drei Länder zunächst für einige Jahre eigenstaatlich, kamen aber schon bald zur Sowjetunion, wurden im Zweiten Weltkrieg deutsch, dann wieder sowjetisch und schließlich erneut eigenstaatlich – seit 2004 sind sie EU-Mitglieder. Die Spuren dieses Entwicklungspfads sind unübersehbar: ethnische Überlagerungen, religiöse Vielfalt, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zäsuren und Diskontinuitäten.

In der Ukraine ist das facettenreiche historische Erbe v. a. im Westteil, in Transkarpatien, deutlich: In den letzten 100 Jahren wechselte hier die staatliche Zugehörigkeit fünfmal. Auch Polen erlebte ein vergleichbares Schicksal: Nach den drei polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert begann der staatliche Neubeginn nach dem Ersten Weltkrieg. Die erneute Staatsauflösung 1939 und die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte territoriale Westverschiebung schlossen sich an. Der Zusammenbruch des Ostblocks brachte dann die staatliche Selbstbestimmung. Vergleichbare Entwicklungspfade machten auch weitere Länder des ehemaligen Ostblocks durch: Tschechien, Slowakei, Ungarn und Rumänien, aber auch die ehemaligen Sowjetrepubliken Moldawien und Georgien.

Russland schließlich war über Jahrhunderte ein Akteur sui generis: In Zeiten der Zaren und der Sowjets hatte es eine Führungsrolle, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor es diese Position, ist allerdings nach der Jahrtausendwende erkennbar bestrebt, die alte Position wieder zu erlangen.

Die im Sozialismus politisch massiv geförderte Verstädterung hat dazu geführt, dass sowohl in Russland als auch den anderen Staaten Osteuropas die Urbanisierung erheblich ist. 2010 lebten in Weißrussland 75 Prozent und in Russland 73 Prozent der Bevölkerung in städtischen Siedlungen. Auch in den übrigen Staaten ist der Anteil hoch: 69 Prozent in der Ukraine, 68 Prozent in Ungarn und Lettland, 67 Prozent in Litauen und 53 Prozent in Georgien. Schlusslicht bildet Moldawien mit 47 Prozent.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung der letzten drei Jahrzehnte ist in weiten Teilen Osteuropas durch niedrige Geburtenraten, steigende Sterberaten und eine sinkende Lebenserwartung gekennzeichnet. Besonders von Verlusten betroffen ist die überalterte ländliche Bevölkerung. Der Bevölkerungsrückgang betrifft hier v. a. die Russen, während die nicht-russischen Ethnien höhere Geburtenraten verzeichnen. Die nach dem Zerfall der Sowjetunion einsetzende Bevölkerungswanderung ethnisch-russischer Bevölkerung aus den nicht-russischen Nachfolgestaaten konnte die Rückgänge vorübergehend noch ausgleichen, doch dieser Wanderungsprozess ist inzwischen weitgehend abgeschlossen.

Die Säuglingssterblichkeit ist deutlich überhöht. In Weißrussland und Litauen erreicht sie 3 v. T., in Estland liegt sie mit 2 v. T. darunter. In allen anderen Ländern Osteuropas liegt sie deutlich höher, so etwa in Lettland (7 v. T.), in Russland und der Ukraine (8 v. T.), in Georgien (11 v. T.) und in Moldawien (14 v. T.). Die medizinische Versorgung spielt dabei sicherlich eine Rolle. Erreicht ist eine Arztdichte größer als etwa in Deutschland (39 Ärzte/10.000 Einwohner). In Georgien liegt sie z. B. bei 43, in Moldawien bei 30. Natürlich spielen auch andere Faktoren, wie z. B. die medizinische Geräteausstattung und vor allem die Erreichbarkeit des Fachpersonals, eine große Rolle.

In der Altersstruktur unterscheidet sich die Bevölkerung Osteuropas signifikant von deutschen Verhältnissen mit seiner überalterten Bevölkerung. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen (<15 Jahre), in Deutschland mit 12,9 Prozent eher niedrig, liegt in keinem der Länder unter 14 Prozent (Weißrussland), sondern erreicht z. B. Spitzenwerte in Georgien (17,3 Prozent), Russland (16,8 Prozent) oder Weißrussland und Estland (16,1 Prozent). Ent-

sprechend niedrig ist auch der Anteil der alten Bevölkerung (>65 Jahre). Der niedrigste Wert wird in Moldawien (10 Prozent) erreicht, gefolgt von Russland (13,4 Prozent) und der Slowakei (13,8 Prozent). Deutlich größer ist der Anteil älterer Menschen dagegen in den baltischen Staaten: 18,8 Prozent in Litauen und Estland, 19,4 Prozent in Lettland.

Die statistische Lebenserwartung (in Deutschland für Männer 78,6 Jahre, für Frauen 83,2 Jahre) beträgt in Russland für Männer 65 und für Frauen 76 Jahre. In den anderen Staaten liegen diese Werte nur geringfügig höher, am höchsten in Polen, Estland und der Slowakei.

Die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zeigt heute weitgehend einheitliche Strukturen mit eher geringen ethnischen Minderheiten. Dies ist v. a. eine Folge des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit mit Deportationen, Massenvernichtung, zwangsweisen Umsiedlungen und Vertreibungen. Während des Bestehens der Sowjetunion wurde die russischstämmige Bevölkerung in allen Teilen der Union angesiedelt, was in postsowjetischer Zeit neue Probleme entstehen ließ. So differenzieren die baltischen Länder, in denen schon in früheren Zeiten russische Bevölkerung lebte, zwischen ‚ihren‘ Russen, d. h. den alteingesessenen, und den neuen Russen, die sich als Folge der sowjetischen Besetzung hier niederließen. In der Ukraine ist der Anteil der russischen bzw. russophonen Bevölkerung im Osten des Landes nichts Neues, durch die sowjetische Siedlungspolitik aber stark gewachsen und damit auch einer der Auslöser und zugleich Begründung separatistischer Bestrebungen. Im Einzelnen gibt es auffallende Besonderheiten, die bei den jeweiligen Ländern im Handbuch zur Sprache kommen.

Eine hohe Erwerbslosenquote (2015) vervollständigt das Bild: Georgien (12,3 Prozent), Slowakei (11,3 Prozent), Lettland, Litauen, Ukraine (fast 10 Prozent). Bedenklich ist hierbei v. a. der hohe Grad der Jugendarbeitslosigkeit, die sich in allen Staaten im zweistelligen Bereich bewegt: Georgien (29,8 Prozent), Slowakei (25,2 Prozent) sowie in der Ukraine und in Rumänien (23,1 Prozent).

Der Beschäftigungsgrad war während der Zeit der Sowjetunion relativ hoch, insbesondere bei den Frauen. Nach den ersten krisenhaften Transformationsjahren bauten die Länder eigene Arbeitsmärkte auf. So blieb der Beschäftigungsgrad vergleichbar hoch. Er betrug 2015 in Georgien 67,1 Prozent, in Russland 63,5 Prozent und Estland 61,9 Prozent.

I.1.4 Wirtschaft

Die landwirtschaftliche Zwangskollektivierung der Sowjetzeit hat große Betriebe mit teils riesigen Flächen entstehen lassen, die relativ früh mechanisiert wurden. Doch die Unterschiede zwischen Ländern und Regionen sind gewaltig. Während in Russland etwa drei Viertel der landwirtschaftlichen Flächen von Großbetrieben bewirtschaftet werden, entfällt in der Ukraine oder Kasachstan weniger als die Hälfte auf großbetriebliche Landwirtschaft, noch geringer ist der Anteil in Polen.

Die Krisenzeit nach dem Zerfall der Sowjetunion ist inzwischen weitgehend überwunden. Als Produzenten von Agrarrohstoffen gewinnen die Länder Osteuropas mit steigender weltweiter Nachfrage wieder an Bedeutung. Dies gilt besonders für Russland und die Ukraine mit ihren großen Potenzialen. Sie steigerten in den letzten Jahren die Erzeugung massiv und gehören heute zu den zehn größten Agrarproduzenten. So stammen etwa 50 Prozent der weltweiten Ölproduktion aus Sonnenblumen von hier. Auch die Getreideproduktion ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor geworden. Die Exportanteile liegen bei 35–50 Prozent der Produktion. Doch die Leistungsfähigkeit hinkt vielfach hinter den technischen Möglichkeiten hinterher. Dies liegt z. B. an der oft unsicheren innenpolitischen Lage, an massiver Korruption, zunehmenden Wetterextremen mit Überschwemmungen und Dürren, hohen Transportkosten, einer ineffizienten Logistik, an geringeren Erträgen und minderer Qualität.

Ein neueres Phänomen ist das „Land Grabbing“, der legale oder illegale, oftmals auch gewaltsame Erwerb riesiger Landflächen durch Investoren mit dem Ziel, möglichst ertragreiche Agrarpflanzen anzubauen. Diese Form des Landerwerbs entzieht oftmals wertvolle Nutzflächen der einheimischen Versorgung.

Große Waldflächen bestehen vor allem in den Ländern mit geringeren Ackerflächen und teils ungünstigem Relief. Den höchsten Waldanteil verzeichnet Estland (52,7 Prozent), gefolgt von Lettland (54 Prozent) und Russland (49,8 Prozent). Dagegen entspricht der Waldanteil in Litauen, Polen und Rumänien in etwa dem deutschen Durchschnittswert von 32,8 Prozent.

Die Volkswirtschaften Osteuropas haben in der Phase der Transformation sehr unruhige Zeiten erlebt. Der Übergang brachte nicht nur massive Verwerfungen in den sozialen Strukturen mit sich, z. B. neue Wirtschaftseliten und Oligarchen in Russland, der Ukraine oder Weißrussland, sondern war in großem Maße von organisierter Kriminalität und Korruption begleitet, zum Schaden der Volkswirtschaft. Entsprechend langsam entwickeln sich die Wirtschaftsdaten.

Das Bruttoinlandsprodukt liegt z. B. mit umgerechnet 1822 US-Dollar pro Einwohner in Moldawien am niedrigsten und beträgt nur etwa ein Neuntel der Wirtschaftsleistung Estlands (17.288 US-Dollar) oder der Slowakei (15.979 US-Dollar) und etwa ein Fünftel der Wirtschaftsleistung Russlands 9243 US-Dollar. Auch in der Ukraine, Georgien und Weißrussland liegt die Leistung nur wenig höher. Die Wirtschaftsentwicklung verläuft teilweise nur langsam, in einigen Ländern schrumpft oder stagniert sie. Zuwachsraten haben Rumänien (3,8 Prozent), Polen und Slowakei (je 3,6 Prozent), Ungarn (2,9 Prozent), Georgien (2,8 Prozent) und Lettland (2,7 Prozent). Eine Schrumpfung zeigt sich in Moldawien (-0,5 Prozent), Russland (-3,7 Prozent), Weißrussland (-3,9 Prozent). In der Ukraine (-9,9 Prozent) ist das weitgehend auf die kriegerischen Auseinandersetzungen in diesem Land zurückzuführen. Die Inflationsrate von 2015 von über 48 Prozent spiegelt die bürgerkriegsähnlichen Verhältnisse im Osten des Landes wider. Aber auch in Russland, Weißrussland und Moldawien bewegt sie sich zwischen 9,6 und 15,5 Prozent. Inzwischen verbessert sich seit 2016 die wirtschaftliche Lage in der Ukraine.

Die Wertschöpfungsrate der einzelnen Wirtschaftssektoren ist nicht nur ein Indikator der Leistung, sondern auch der wirtschaftlichen Struktur des Landes; sie liegt im internationalen Vergleich deutlich zurück. Die Dienstleistungssektoren weisen in allen Ländern sehr hohe Werte auf. Der Produzierende Sektor ist dagegen vor allem in Weißrussland (40,1 Prozent) sowie in der Slowakei, in Polen und Russland mit über 30 Prozent Anteil an der Wertschöpfung von größerer Bedeutung. Signifikant unter dem Vergleichswert liegt er in Moldawien (17,9 Prozent) sowie in Lettland, Georgien, der Ukraine und Rumänien (23,4 bis 26,4 Prozent).

Beim Import als auch beim Warenexport zeigen sich in einigen Ländern wie z. B. Georgien, Moldawien oder Rumänien deutliche Defizite, während andere Nationen ihre Handelsbilanz mit Gewinnen abschließen, wie z. B. Polen, Russland, die Slowakei, die Ukraine und Ungarn. Der Ausfuhrüberschuss Russlands dürfte im Wesentlichen auf Rohstoffe wie Öl, Kohle und Erze zurückzuführen sein, ebenso auch in der Ukraine. Das Straßenverkehrsnetz ist sehr unterschiedlich ausgebaut und auch witterungsbedingt von unterschiedlicher Güte. Russland hat als flächengrößter Staat Osteuropas und größtes Land der Erde mit 1.094.000 km das längste Straßennetz Osteuropas, liegt im weltweiten Vergleich aber nur an achter Stelle (2008). Der europäische Teil des Landes ist verkehrsmäßig gut erschlossen, doch besteht großer Erneuerungs- und Erweiterungsbedarf. Der zunehmende Verkehr – etwa ein Viertel aller föderalen Straßen in Russland gilt als überlastet – ist längst zum Problem geworden. 2009 waren im Land über 32 Millionen Personenkraftwagen, mehr als fünf Millionen Lastkraftwagen und fast eine Million Busse zugelassen, die sich vor allem im europäischen Teil des Landes und hier in den großen Städten bewegen. In Moskau (Zwölf Millionen Einwohner) führen die etwa zwei bis drei Millionen Pendler zu täglichem Verkehrschaos.

Das Schienennetz ist in Russland, aber auch in den anderen Ländern Osteuropas von großer Bedeutung. Auf dem rund 86.000 km (2014) langen russischen Netz werden etwa 15 Prozent aller landesweiten Gütertransporte durchgeführt. Es handelt sich überwiegend um Massentransporte von Rohstoffen, aber auch um Industrieerzeugnisse. Ausbau und Erhalt des Schienensystems sind ein großes Problem. Fast 50 Prozent des Netzes sind zwar elektrifiziert, doch die Unterbrechungen sind zahlreich.

Kommunikation ist ein wesentliches Element der modernen Gesellschaft. 2015 bestanden in der Bundesrepublik Deutschland je 100 Einwohner fast 55 Festnetzanschlüsse, die Ausdruck der technischen Erschließung eines Landes sind. Diesem Wert nähert sich in Osteuropa nur Weißrussland mit 49 Anschlüssen, während alle anderen Staaten über nur schlecht ausgebaute Festnetze verfügen. So liegt die Zahl der Anschlüsse mit nur 11,1 je 100 Einwohner in Polen am niedrigsten, in den anderen Ländern liegt sie zwischen 20–30 und nur in Moldawien werden 35 erreicht. Die Einführung des Mobilfunks stellte eine wesentliche Ergänzung und teilweise einen Ersatz der Festnetztelefonie dar, war doch der infrastrukturelle Aufwand dieser Systeme deutlich geringer. Dies erklärt, warum in den meisten Ländern Osteuropas die Zahl der Mobilfunkverträge teils deutlich über dem entsprechenden Durchdringungsgrad etwa der Bundesrepublik liegt. In Russland werden z. B. 160 Mobilfunkverträge je 100 Einwohner registriert, in Estland und Polen sind es je

148, in der Ukraine noch 144. Die Internetnutzung nimmt ebenfalls stark zu und hat z. B. in Estland mit 88 und in der Slowakei mit 85 Nutzern je 100 Einwohner das Niveau Deutschlands erreicht (87,6 Nutzer je 100 Einwohner). Auch in den anderen Ländern zeigt sie wachsende Werte und selbst in Georgien (45,2), der Ukraine (49,3) und Moldawien (49,8) hat inzwischen fast jeder Zweite Zugang zum Internet. Die kapital- und arbeitsaufwändige Ausstattung mit Breitbandanschlüssen (im Vergleich: Deutschland 37,2 Anschlüsse je 100 Einwohner) bietet dagegen noch Ausbaupotenzial, liegt aber in Weißrussland schon bei 31,3 Anschlüsse je 100 Einwohner, während der Ausbau in Georgien, Moldawien und der Ukraine nur schleppend vorankommt.

1.1.5 Punktation

- Die geophysischen Möglichkeiten in Osteuropa zur Ausbildung unterschiedlicher in sich geschlossener Kulturräume und Staatsformen bestimmen bis heute die Region. Sie prägen bis heute die Identitätsbildung und Kultur der Menschen in den verschiedenen Staaten und ihre Beziehungen zueinander. Darauf wiederum sind die noch heute ungelösten Konflikte zurückzuführen, die Osteuropa erneut in den Fokus des Weltgeschehens gerückt haben.
- Bodenbeschaffenheit und klimatische Bedingungen in Osteuropa gewährleisten Bewohnern vielfach ausreichende, teilweise gute Lebensbedingungen sowohl für Ackerbau, Viehzucht bzw. Forstwirtschaft als auch für Bergbau, Schwerindustrie und Hochtechnologie. Unterschiedliche ökonomische Potenziale in der Region machen den Raum für viele Mächte und für deren Beziehungen untereinander von der Vergangenheit bis zur Gegenwart geostrategisch interessant.
- Flüsse, Gebirgrücken und Sumpfbereiche haben zu keiner signifikanten Abschottung von Landstrichen geführt. Offene Räume und seit Jahrhunderten bestehende Handelsstraßen wurden für den Waren- und Güteraustausch, für Transit von Westeuropa nach Asien bzw. umgekehrt, aber ebenso für Einwanderungen als auch für Landnahme, Einfluss oder Eroberungen genutzt (Vgl. I.2 ff.). Inzwischen modernisierte Verkehrsinfrastruktur und Kommunikationsmittel machen Osteuropa heute leichter zugänglich und verbinden die einzelnen Staaten untereinander.
- Regionen mit ethnischen Minderheiten, Bodenschätzen und Industriepotenzialen sind mögliche oder tatsächliche Konfliktzonen. Minderheiten russischer Staatsbürgerschaft/Herkunft leben in Estland, Lettland, Moldawien (Transnistrien), Ukraine, Georgien (Abchasien, Südossetien); sie werden als Konfliktursachen bzw. Konflikttreiber von den meisten Nicht-russischen Staaten Osteuropas gesehen.

I.1.6 Literatur- und Quellenverzeichnis

- FOCHLER-HAUKE, G. (Hrsg.) (1985): Länder-Völker-Kontinente Bd. 3. Gütersloh.
- JURCZECK, P. (2006): Entstehung und Entwicklung grenzüberschreitender Regionen in Mitteleuropa – unter besonderer Berücksichtigung der Euroregionen an der Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland. In: THOSS, H. (Hrsg.), Mitteleuropäische Grenzräume. Chemnitzer Europastudien Bd. 3, Berlin, S. 9–20.
- KARGER, A. (1995): Die Erblast der Sowjetunion. Stuttgart.
- KARGER, A. (1978): Fischer Länderkunde Sowjetunion. Frankfurt.
- LICHTENBERGER, E. (2005): Europa. Darmstadt.
- MARK, R. A. (1992²): Die Völker der ehemaligen Sowjetunion. Opladen.
- MECKELEIN, W. (1998): Nordkaukasien. Eine landeskundliche Untersuchung. Stuttgarter Geographische Studien 127. Stuttgart.
- NEEF, E. (1978⁶): Das Gesicht der Erde. Leipzig.
- NOLTE, H.-H. (Hrsg.) (2007): Transformationen in Osteuropa und Zentralasien. Schwalbach.
- PIETZONKA, B. (1995): Ethnisch-territoriale Konflikte in Kaukasien. Baden-Baden.
- SHAHGEDANOVA, M. (2002): The Physical Geography of Northern Eurasia. Oxford.
- SPEHLING, W., KARGER, A. (Hrsg.) (1978): Fischer Länderkunde Europa. Frankfurt/M.
- STADELBAUER, J. (1996): Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Darmstadt.
- STADELBAUER, J. (2010): Russlands Geografie. Landschaftszonen, Bodenschätze, Klimawandel und Bevölkerung. In: PLEINES, H., SCHRÖDER, H.-H. (Hrsg.): Länderbericht Russland. Bonn.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2017): Russische Föderation. Statistische Länderprofile. Wiesbaden.
- VERLAG SOWJETISCHE ENZYKLOPÄDIE (Hrsg.) (1971): Große Sowjetische Enzyklopädie. (russ.; Auszüge in Übersetzung). Moskau.
- VERSECK, K. (2007³): Rumänien. München.
- VYKOUPIK, S. (1999): Slowakei. München.

Robert Riemer

I.2 Geschichte im 20./21. Jahrhundert

I.2.1	Osteuropa als Einflussosphäre – Habsburger, Romanows und Revolution	34
I.2.2	Umbau Osteuropas – Veränderungen von Grenzen und Staatengebilden	37
I.2.3	Phase der Freiheit – Verträge und überregionale Wechselbeziehungen.....	40
I.2.4	Osteuropa im Zweiten Weltkrieg.....	43
I.2.5	Umbau Osteuropas – die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg	46
I.2.6	Sowjetunion und sozialistische Bruderländer im Kalten Krieg	48
I.2.7	„Wendezeit“ – Zerfall des Ostblocks	51
I.2.8	Phase der Freiheit – von der Entstehung souveräner Staaten zum Heute.....	53
I.2.9	Zusammenfassung	56
I.2.10	Punktation	57
I.2.11	Literatur- und Quellenverzeichnis.....	58

Sollen Krisen- und Konfliktfelder Osteuropas aus unterschiedlichsten Perspektiven mit sicherheitspolitischer Relevanz beleuchtet werden, so ist für deren Verständnis die Befassung mit historischen Ursprüngen und Hintergründen unerlässlich. Nun ist dieses Praxis-Handbuch kein explizites Geschichtswerk: Der Blick in die letzten hundert Jahre teilweise gravierender Veränderungen in und um Osteuropa soll helfen, die aktuellen Ereignisse besser zu verstehen und einordnen zu können.

Halten wir zunächst einmal fest, dass es – anders als es die heutige Landkarte vermittelt – in diesem Osteuropa politisch nicht immer eine Vielzahl verschiedener Staaten gab, sondern im Wesentlichen vier größere Mächte die Region dominierten: Russland, Polen-Litauen, Österreich(-Ungarn) und das Osmanische Reich. Allerdings befindet man sich mit dieser Aussage in einer historischen Epoche, die im 20. Jahrhundert spätestens mit dem Ersten Weltkrieg ihren Abschluss fand, so dass sie als geschichtliche Basis und Ausgangspunkt der folgenden Entwicklungen erwähnt werden darf. Die Begrenzung in dieser historischen Übersicht erfolgt auf das 20./21. Jahrhundert, da dieser vergleichsweise kurze Abschnitt von etwas über 100 Jahren ausreicht, um die aktuellen Entwicklungen im 21. Jahrhundert in der Region zu verstehen.

Darüber hinaus greifen Themen- und Länderkapitel geschichtlich relevante Einzelaspekte aus dem Mittelalter oder der Frühen Neuzeit auf, wo diese noch heute das kollektive Gedächtnis, Mentalitäten, Identitäten und Politiken bestimmen.

Nicht ganz unproblematisch ist der für dieses Praxis Handbuch festgelegte Begriff „Osteuropa“ selbst, da dieser je nach Zusammenhang verschiedene geographische Regionen umfassen kann (vgl. Abschnitt I.1). Die Festlegung orientiert sich an der neuen NATO-Ostgrenze. Die beiderseits dieser Linie liegenden Staaten werden unter „Osteuropa“ subsumiert und hinsichtlich Konflikt- und Krisen-Relevanz dargestellt.

Zu beachten ist, dass angesichts der zeitlichen und inhaltlichen Dimensionen und Komplexität der Geschichte Osteuropas hier nur eine Auswahl an Ereignissen und Entwicklungen mit besonderer Relevanz für heutige Krisen und Konflikte angesprochen wird. Beim Wunsch nach mehr Informationen, sei es zu einzelnen Ländern oder zu ausgewählten Epochen und Entwicklungen, ist ein Blick in die Bibliographie hilfreich, die weiterführende Anregungen liefert.

I.2.1 Osteuropa als Einflussphäre – Habsburger, Romanows und Revolution

Die Monarchien der Habsburger (Österreich-Ungarn) und Romanows (Russland) bestimmten zusammen mit den Hohenzollern (Preußen) seit dem Untergang Polens im Zuge



Abb.I.2.1 Osteuropa am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1914)

dessen dritter Teilung 1795 die Politik in Osteuropa. Der gemeinsame Kampf gegen das revolutionäre Frankreich und Napoleon im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert sowie die Allianz gegen nationale Bestrebungen im Zuge der Bemühungen um eine Restauration des alten, absolutistischen Systems vereinigte die drei Monarchien in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Die in Deutschland und Österreich einsetzende Industrielle Revolution koppelte Russland vom Rest Europas ab.

Das Russische Reich hatte zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert zielgerichtet große Teile Osteuropas unter seine Herrschaft gebracht und weite Teile Asiens zu kolonisieren begonnen. Es hatte sich über Generationen zentraler Herrschaft des moskauer Fürstentums zu einem Vielvölkerstaat entwickelt, in dem nicht russischstämmige Ethnien teils geduldet bzw. unterstützt, aber auch unterdrückt wurden. Der Zusammenhalt er-

folgte durch russische Besiedlung, Landnahme und Einsatz polizeilich-militärischer Mittel gestützt auf rigorose Kontrollmechanismen und die orthodoxe Kirche.

Eroberungskriege in alle Himmelsrichtungen wurden mit wechselnden Verbündeten bzw. Gegnern wie Schweden im Norden, Preußen im Westen und das Osmanische Reich im Süden geführt. Dabei wurde der osmanische Einfluss im 19. Jahrhundert zurückgedrängt und Gebietserweiterungen gesichert. Im russischen Großreich selbst herrschte noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die Leibeigenschaft. Die Monarchie war reformunwillig. Anfang des 20. Jahrhunderts stieß Russland in Asien an die Grenzen seiner Expansionskraft, als es im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 unterlag.

Die rigide Herrschaftsausübung der zaristischen Autokratie nach innen erzeugte und nährte Unruhen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie gipfelten 1905 im Reformkongress von Petersburg mit anschließenden Demonstrationen in zahlreichen Städten, im Einsatz von Militärkräften und über 100 Toten bzw. 1000 Verwundeten. Im Ergebnis war Zar Nikolaus II. gezwungen, das Oktobermanifest zu verkünden, das die Einführung der Duma (Parlament), ein allgemeines Wahlrecht und diverse Grundrechte (z. B. Meinungs- und Versammlungsfreiheit) zusicherte. Ungeachtet dieser Reformen haben sich in das kollektive Gedächtnis der Menschen in Nordost-, Ost- und Südosteuropas Leibeigenschaft, Überwachung, Polizeiherrschaft, Verschleppungen und ethnische Unterdrückung als ein Merkmal russischer Herrschaft eingepägt, das bis heute nachwirkt und die aktuelle Furcht vor russischer Expansionspolitik nährt.

Die zweite einflussreiche Macht in Ost- und Südosteuropa war die Vielvölkermonarchie Österreich-Ungarn. Diese bestand als „k. u. k. Monarchie“ (kaiserlich und königlich) zwischen 1867 und 1918. Ihre Entstehung war das Ergebnis der im Deutschen Bund ausgefochtenen Kämpfe im Zuge der Reichseinigungskriege. Von diesen mitteleuropäischen Auseinandersetzungen waren die österreichischen Besitzungen im Südosten Europas allerdings nicht betroffen. So konzentrierte sich die k. u. k. Monarchie auf die Konsolidierung ihres ost- und südosteuropäischen Gebietes. Zu den österreichischen Besitzungen gehörten unter anderem große Teile Tschechiens, der Slowakei, Sloweniens, Kroatiens, Bosniens sowie Teile Rumäniens, Polens, Italiens, Serbiens und der Ukraine.

Ein Ausgleich mit dem in Personalunion von Kaiser Franz Joseph I. regierten Königreich Ungarn sicherte diesem eine umfassende staatliche Autonomie zu. Diese Sonderregelung galt nicht für alle anderen Völker innerhalb der Doppelmonarchie. Dies führte zu ständigen Forderungen aus den Regionen nach Gewährung vergleichbarer Rechte. Über Steuernachlässe und Investitionen versuchte die k. u. k. Regierung, einzelne Bevölkerungsgruppen, wie z. B. die Polen in Galizien, zufrieden zu stellen. Zusätzlich gab es am Rande Osteuropas immer wieder Auseinandersetzungen mit dem Osmanischen Reich. Österreich-Ungarn rückte mit dem Attentat von Sarajevo am 28. Juni 1914 auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in den weltpolitischen Fokus. Die außenpolitischen Wirkungen dieses Attentats führten in den Ersten Weltkrieg, der Osteuropa völlig veränderte. Als dritte Macht hatte Deutschland (das Heilige Römische Reich Deutscher Nation) durch Missionierung, Kolonisation bzw. Ausbreitung des Deutschen Ordens, Wirken der

Hanse und Entwicklung Preußens seit dem Mittelalter Einfluss in Osteuropa bis in den baltischen Raum gewonnen. Mit der Aufteilung Polens im 18. Jahrhundert wurden dem Königreich Preußen weitere Teile Polens zugeschlagen, die 1914 zum Deutschen Reich gehörten.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges standen sich im damaligen Osteuropa auf Seiten der Entente die russischen Streitkräfte denen des Deutschen Kaiserreiches und der k. u. k. Monarchie gegenüber. Im Verlauf dieses Krieges drängten deutsche und österreichische Truppen nach der Schlacht bei Tannenberg im August 1914 die russischen Armeen ins heutige Baltikum, Polen, Weißrussland und in die Ukraine zurück. Wesentliche Teile Mitteleuropas waren in deutscher bzw. österreichischer Hand. Auf den Vormarsch der Mittelmächte konnten die russischen Truppen nur mit einem langsamen Rückzug reagieren.

Erfolgreiche Kriegführung und erhebliche Gebietsverluste lösten in Russland 1917 die Februarrevolution aus. Als Folge musste Zar Nikolaus II. abdanken. Damit wurde ein signifikanter Wechsel des politischen Systems in Russland mit epochalen Auswirkungen in ganz Osteuropa ausgelöst. Die erhoffte Lösung sozialer und politischer Probleme blieb allerdings aus. Der von der Landwirtschaft geprägte Staat war nach über zweieinhalb Jahren Krieg kaum mehr in der Lage, den materialintensiven, industriellen Nachschub zu produzieren und bereitzustellen. Regierung und Parlament mussten sich mit revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten (Sowjets) arrangieren. Eine zentrale Forderung der Sowjets, Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten aufzunehmen, lehnte die Regierung ab, was zu ihrem Sturz führte.

Demgegenüber waren die in einen Zweifrontenkrieg verstrickten Mittelmächte an einem Frieden im Osten interessiert. Die dann freiwerdenden militärischen Kräfte wurden an der Westfront dringend benötigt, um den Stellungskrieg durch eine neue offensive Kampfführung zu beenden. Strategisches Ziel der Mittelmächte war, nach Ende des Krieges eine neue Ordnung in Osteuropa unter deutsch-österreichischem Einfluss zu schaffen. Deshalb ermöglichte Deutschland die Heimkehr des bolschewistischen Revolutionärs Wladimir I. Lenin aus seinem Schweizer Exil. Absicht war, eine Ausbreitung der inneren Unruhen in Russland zu erreichen und strategisch zu nutzen. Damit sollte Russland aus dem Krieg gedrängt oder zumindest eine militärische Überlegenheit an der Ostfront erreicht werden.

Das Festhalten der provisorischen russischen Regierung am Krieg sorgte dafür, dass die Bolschewiken in den Sowjets der großen Industriestädte die Macht übernehmen konnten. Die Schwäche der Regierung begünstigte eine gewaltsame Lösung, zu deren Umsetzung eine militärische Organisation, später als „Rote Armee“ bezeichnet, aus dem Boden gestampft wurde. Sie übernahm am 22. Oktober 1917 die Kontrolle über die Garnisonen in der Hauptstadt Petrograd und danach schrittweise, teilweise auch kämpfend, die Kontrolle in weiten Teilen des Landes.

Der Zweite Allrussische Sowjetkongress legalisierte mit Mehrheit der Bolschewiken die Revolution im Nachhinein. Er beschloss die Entmachtung bzw. Enteignung von Gutsherren und Industriellen. Er nahm die bedeutenden Dekrete über Frieden, Grund und Bo-

den sowie über die Rechte der Völker Russlands zum Erhalt des russischen Riesenreiches und Legitimation ihrer Politik an. Russland verzichtete 1917/18 in den mit den Mittelmächten durchgeführten Friedensverhandlungen auf Hoheitsrechte in Polen, Litauen und Kurland. Es entließ die Ukraine und Finnland in die Unabhängigkeit. Russland büßte dadurch größere Teile seines europäischen Territoriums, der dort lebenden Bevölkerung und wirtschaftlichen Ressourcen ein.

Das kommunistische Russland eroberte bis 1922 in einem Bürgerkrieg die Regionen außerhalb „Kernrusslands“, die von Nationalisten, Monarchisten, gemäßigten Sozialisten und von der „Weißen Bewegung“ mit Unterstützung der USA und der Westmächte besetzt waren. Das kommunistische Russland war deutlich kleiner und an seiner neuen Westgrenze von neuen, teils feindlichen Staaten umgeben. Die Sowjets waren außenpolitisch weitgehend isoliert. Ungeachtet dessen wurden zum Überleben erste Handelsbeziehungen zu feindlichen Mächten im Westen, darunter Deutschland, aufgebaut.

1.2.2 Umbau Osteuropas – Veränderungen von Grenzen und Staatengebilden

Die neu entstandenen Staaten auf ehemals russischem, österreichischen und deutschen Territorium bzw. Einflussgebiet verdanken ihre Unabhängigkeit nicht nur den Niederlagen und der Revolution in Russland. Eine bedeutende Rolle für den Umbau in Osteuropa spielte die Initiative des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Er forderte bei einer regionalen Neuordnung in Mitteleuropa zugleich das Selbstbestimmungsrecht aller Völker der Welt. Wenn die in 14 Punkten postulierten Grundvorstellungen auch nicht global realisiert werden konnten, beeinflusste 1919/20 die amerikanische Position die staatlichen Neuordnungen in Osteuropa bei den Pariser Vorortverträgen von Versailles und Trianon. Die osteuropäischen Staaten sollten eine Pufferzone zwischen Mittel- und Westeuropa auf der einen und Russland auf der anderen Seite bilden. Ihr Bestand wurde durch Militärkooperationen vor allem mit Frankreich abgesichert.

Strittige Grenzfragen lösten den von 1919 bis 1921 stattfindenden Polnisch-Sowjetischen Krieg aus, in den auch die Ukraine und Lettland verwickelt waren. Seit dem späten 18. Jahrhundert gab es wieder einen völkerrechtlich definierten polnischen Staat, dessen ostwärtige Grenzen wegen des Fehlens Russlands an den Friedensverhandlungen in



Abb.I.2.2 Osteuropa Anfang der 1920er Jahre

Versailles nicht geklärt werden konnten. Polen versuchte, seine alte Grenze vor der ersten der drei Teilungen Polens im späten 18. Jahrhundert zugesprochen zu erhalten. Russland dagegen zielte auf einen weiter westlichen Grenzverlauf ab. Der Wunsch auf russischer Seite, mit dem Ausgreifen nach Westen die Novemberrevolution 1918 in Deutschland beeinflussen und die Bildung einer kommunistischen Räterepublik unterstützen zu können, erfüllte sich durch den polnischen Sieg vor Warschau nicht. Die Ausbreitung des Kommunismus nach Westen wurde vorerst aufgehalten.

Das rigorose Vorgehen polnischer Truppen in diesem Krieg gegenüber Litauen eröffnete ein neues Konfliktfeld. Die komplizierte Lage im Süden Polens löste weitere Kampfhandlungen aus, welche die Ukraine und Polen in den Jahren 1918 und 1919 um Gebiete des ehemaligen Österreich-Ungarns u. a. in Galizien führten. Polen konnte sich auch hier im Rahmen einer Allianz mit der Westukrainischen Volksrepublik gegen die Rote Armee durchsetzen. Der erfolgreiche Grenzkrieg Polens zulasten der Sowjetunion, die andere Grenzvorstellungen und Kräftekonstellationen in Osteuropa im Auge hatte, schufen die Grundlagen für die 1939 erfolgte Besetzung Ostpolens, des Baltikums und den Angriff auf Finnland durch die Rote Armee.

Die wirtschaftliche Erholung in der Ende 1922 gegründeten Sowjetunion verzögerte sich.

Die sogenannten Bolschewiken bauten unter Lenin Staat und Gesellschaft nach den Vorstellungen kommunistischer Theoretiker um. Es begann die „Diktatur des Proletariats“, die zu einer sieben Jahrzehnte andauernden Existenz des Sozialismus in Osteuropa führte. Das ehemals russische Zarenreich wurde 1922 in Union der Sowjetrepubliken (UdSSR) umbenannt, die bis 1991 existierte.

Darüber hinaus entwickelte sich die UdSSR als „Heimat“ aller Kommunisten bzw. Revolutionäre mit der Vision, die kommunistische Herrschaft in allen Teilen der Welt zu verbreiten und eine „Weltrevolution“ zu realisieren. Hierzu wurden die Kommunistische Internationale (Komintern) in Moskau gegründet und Schulen für Agitation bzw. bewaffneten Kampf eingerichtet bzw. betrieben. Die Revolution sprang von Russland bei Kriegsende und unmittelbar danach auf andere Staaten in Europa über. Sie führte z. B. in Deutschland und Österreich zu Unruhen und zeitweisem Bürgerkrieg, aber nicht zu einem kommunistischen Regime. Das Gesamtziel, eine proletarische Weltrevolution über nationale Revolutionen in einzelnen Ländern zu erreichen, ließ sich nicht verwirklichen.

Mit sowjetischer Förderung entwickelte sich die Komintern dennoch in den 1920er Jahren zu einem Machtfaktor, der auf kommunistische Parteien und Organisationen weltweit einwirkte, da die meist kleinen Parteisektionen im Ausland in der UdSSR ideologische, organisatorische und finanzielle Unterstützung suchten. In der Mitte der 1920er Jahre waren alle Versuche der Komintern misslungen, revolutionäre Umstürze im nahen Ausland zu erreichen. Anfang Dezember 1924 scheiterte ein gewaltsamer Aufstand in Estland, 1925 ein Attentat auf den bulgarischen Zaren in Sofia.

Gegen die Idee einer permanenten und globalen Revolution setzte sich die Ansicht durch, den Sozialismus zunächst in der Sowjetunion aufzubauen. In den späten 1920er Jahren wandelte sich die Komintern zu einem außenpolitischen Instrument der UdSSR zur Beeinflussung der Arbeiterschaft jenseits der sowjetischen Grenzen. Gemäß der Politik der Komintern engagierte sich die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg (1936–39). Sie lieferte gegen Gold Berater, hunderte Flugzeuge und Panzer, tausende Maschinengewehre und knapp 200.000 Gewehre und über 350 Millionen Schuss Munition. Letztlich war es zu wenig, um der Republik zum Sieg zu verhelfen. Der Ruf der Komintern war damit auf absehbare Zeit beschädigt.

Um eine Industrialisierung der Sowjetunion durchzusetzen, initiierte Stalin, der Nachfolger Lenins, im Jahre 1928 einen wirtschaftlichen Fünfjahresplan, der die Technisierung und Kollektivierung in der Landwirtschaft umfasste. Die Bauern protestierten und gerieten in einen Säuberungsprozess (1929–33), in dem Verhaftungen, Massendeportationen und Hinrichtungen an der Tagesordnung waren. Hungersnöte wurden u. a. durch die Getreideexporte zur Finanzierung der Schwerindustrie ausgelöst. Sie kosteten zusammen mit den bereits aufgezählten Maßnahmen mehrere Millionen Menschenleben. Neben den Bauern betrafen weitere Säuberungen Geistliche, Parteimitglieder, Angehörige der Komintern und große Teile des militärischen Führungspersonals.

Sowjetrussland bildete zusammen mit der dominierenden Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik die Sowjetunion, einen zentralistischen, der Herrschaft der Kommunistischen Partei Russlands unterworfenen Staat. Gebiete an den west- und südlichen Grenzen Russlands mit teilweise starker russischer Bevölkerung wurden mit Waffengewalt der Sowjetunion angegliedert.

So waren mit der Ukrainischen Volksrepublik und der Westukrainischen Volksrepublik 1918 zwei Nationalstaaten entstanden, die sich Anfang 1919 vereinigten. Allerdings war ihr Bestand von sehr kurzer Dauer, da sie an den territorialen Ansprüchen der Nachbarn (Polen, Tschechoslowakei, Rumänien und Russland) scheiterten. Die von Russland beanspruchten Teile der Ost- und Südukraine bildeten im Dezember 1922 die Ukrainische Sowjetrepublik als Teil der entstehenden Sowjetunion. Unter den Säuberungen im Zuge der Zwangskollektivierung hatte die viel Getreide produzierende Ukraine besonders zu leiden. Parallel dazu fanden jedoch gezielte politische, von Moskau angeschobene Ukrainisierungsmaßnahmen statt, die zwischen 1923 und 1931 die ukrainische Sprache und Kultur gezielt förderten, bevor ab 1931 bis in die 1960er Jahre die russische Sprache und Kultur favorisiert wurden.

Vergleichbare Entwicklungen lassen sich auch in anderen späteren Sowjetrepubliken feststellen. So entstand nach der Oktoberrevolution und dem Einmarsch deutscher Truppen Anfang 1918 eine unabhängige Weißruthenische Volksrepublik, die nur ein Jahr später in die Auseinandersetzungen zwischen Polen und Sowjetrussland geriet und ab 1920 teilweise zu Polen gehörte. Den westlichen Teil der UdSSR bildete 1922 die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, der 1939 polnischen Gebiete mit weißrussischer Bevölkerung zugeschlagen wurden.

Ein Konfliktauslöser zwischen der UdSSR und Rumänien war das Gebiet der 1917 proklamierten Moldauischen Demokratischen Republik, das von Rumänien annektiert wurde. Als Konsequenz des Hitler-Stalin-Pakts vom August 1939 fiel es an die Sowjetunion, die 1940 die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik unter Einschluss von Bessarabien gründete. Die seit 125 Jahren in Bessarabien ansässige deutschstämmige Bevölkerung wurde ins Deutsche Reich umgesiedelt. Im Krieg waren ab Juni 1941 die moldauischen Gebiete zunächst von Rumänien besetzt worden. Am Ende des Krieges stellte die Rote Armee den Status quo von 1940 wieder her.

Diese Art der freiwilligen oder zwangsweisen Eingliederung in die Sowjetunion als entsprechende Sozialistische Sowjetrepubliken widerfuhr auch weiteren kurzlebigen souveränen Republiken an den russischen Grenzen, beispielsweise der Demokratischen Republik Georgien, der Demokratischen Republik Armenien oder der Aserbaidschanischen Demokratischen Republik, die jeweils 1918 entstanden waren und ab 1920 von russischen Truppen besetzt wurden. Anders als im Baltikum, in Polen, Finnland oder der Tschechoslowakei dauerte die Epoche der Freiheit nach dem Untergang des zaristischen Russlands und des Osmanischen Reiches für diese Republiken nur wenige Monate, bevor – teilweise unterbrochen von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges – eine fast 70jährige Abhängigkeit von Russland bzw. Moskau begann.

I.2.3 Phase der Freiheit – Verträge und überregionale Wechselbeziehungen

Die neu gewonnene Freiheit Polens sollte letztlich zwei Jahrzehnte andauern, bevor der Zweite Weltkrieg die Republik in die Knie zwang und eine Erneuerung Polens unter sowjetischem Einfluss und territorialer Verschiebung nach Westen erfolgte. Die im Versailler Vertrag am Ende des Ersten Weltkriegs getroffenen Regelungen trugen den Keim eines neuen Krieges in sich. Gebietsverluste des Deutschen Reiches zugunsten der neuen Polnischen Republik ließen künftige Auseinandersetzungen wahrscheinlich werden. Um Polen einen Zugang zur Ostsee zu verschaffen, hatten sich die Vertragsmächte in Versailles darauf verständigt, einen Teil des Deutschen Reiches im Nordosten vom Rest zu trennen, um mit dem sogenannten Polnischen Korridor (die Stadt Danzig wurde Völkerbundmandatsgebiet) die ungehinderte Seeanbindung zu gewährleisten. Eine Volksabstimmung in Oberschlesien machte auch dieses Gebiet polnisch, welches über eine starke deutsche Minderheit verfügte.

Die schwierige Nachkriegssituation für Deutschland als Kriegsverlierer und die Sowjetunion aufgrund ihrer Isolation führte beide Staaten in eine besondere teils offene, teils verdeckte Partnerschaft. Im Rahmen eines in Rapallo 1922 ausgehandelten Vertrages verzichteten beide Seiten auf gegenseitige Kriegsreparationen und Entschädigungsforderungen für die Enteignung deutschen Privateigentums. Die Sowjetunion stand als Absatzmarkt für im Westen boykottierte deutsche Handelsgüter zur Verfügung. Ein weiterer Vertragsgegenstand war die Regelung der geheimen militärischen Zusammenarbeit, da das Deutsche Reich aufgrund der Restriktionen im Versailler Vertrag militärisch wichtige Fähigkeiten nicht unterhalten bzw. weiterentwickeln durfte. Wollte Deutschland den Anschluss

an die technische Entwicklung nicht verpassen, musste es diese außerhalb der eigenen Grenzen vorantreiben. Hier bot sich Russland bzw. die spätere Sowjetunion an, wo Deutschland – neben der Forschung an Chemiewaffen – Panzer testete und deren Besatzungen sowie Piloten ausbildete. Als Gegenleistung erhielt die UdSSR Zugang zu moderner Militärtechnologie. Die deutsch-sowjetische Annäherung wurde mit einem gesteigerten Misstrauen der Westmächte – und hier vor allem Frankreichs – erkaufte, die ihren Einfluss auf Deutschland schwinden sahen und eine erneute Aufteilung der gerade erst gegründeten Polnischen Republik fürchteten. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen wurden 1925 mit dem Moskauer Vertrag und dem Berliner Vertrag von 1926 weiter vertieft bzw. die Vereinbarungen von Rapallo bestätigt. Die deutsche Seite garantierte ihre Neutralität, falls die Sowjetunion gegen einen anderen Staat (z. B. Polen) Krieg führte. Diese Position bedeutete eine Schwächung Polens, da eine deutsche Neutralität ein Eingreifen Frankreichs als Garantiemacht Polens erschwerte. Als 1933 in Deutschland die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, gingen die militärischen Kooperationsbeziehungen mit der Sowjetunion zu Ende, während sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit rückläufig entwickelte.

Gleichzeitig vollzog Deutschland gegenüber Polen eine Kehrtwende. Die deutsche Annäherung an Polen begann mit dem Abschluss eines deutsch-polnischen Nichtangriffspakts im Januar 1934. Die neuen deutsch-polnischen Beziehungen hatten negative Wirkungen auf die bisherigen französisch-polnischen. Frankreich suchte mit einer Wiederbelebung alter Beziehungen in den europäischen Osten nach einer Antwort auf diese politischen Entwicklungen. Es ging 1935 mit der Sowjetunion einen Beistandspakt ein, was wiederum zu einer Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau führte. Die enge Zusammenarbeit mit Deutschland ermöglichte Polen eine Partizipation an der territorialen Expansion des Deutschen Reiches im Zuge der Sudetenkrise. Als Deutschland im Oktober 1938 das Sudetenland besetzte, annektierte Polen das Olsagebiet (tschechische Teile des ehemaligen Herzogtums Teschen, welches an der Olsa zwischen Oder und Weichsel lag). Letzteres war bereits knapp zwei Jahrzehnte zuvor Gegenstand eines Streits zwischen Polen und der Tschechoslowakei gewesen, als das Gebiet von tschechischen Truppen besetzt worden wurde, die sich erst nach Einmischung Frankreichs und Großbritanniens zurückzogen. Polen akzeptierte 1920 genauso wie die Tschechoslowakei die festgelegte Grenze, da es parallel im Polnisch-Sowjetischen Krieg gebunden war.

Für Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis sorgten ab Ende Oktober 1938 deutsche Forderungen nach einem freien Transitverkehr durch den polnischen Korridor und der Aufhebung der Mandatierung Danzigs nebst dessen Wiedereingliederung in das Deutsche Reich. Veränderungen weiterer deutsch-polnischer Grenzen stünden dagegen nicht zur Debatte, der Nichtangriffspakt könnte um ein Vierteljahrhundert verlängert werden und der polnische Ostseezugang wäre über einen Freihafen in Danzig gesichert.

Im Münchner Abkommen von 1938 war die deutsche Besetzung des Sudetenlandes geregelt worden; nun brach Hitler diese Vereinbarungen und marschierte im März 1939 in die Tschechoslowakei ein, die zerschlagen wurde und der Slowakei zwar die formale Souveränität aber zugleich eine Abhängigkeit vom Deutschen Reich bescherte. Mit der Slowakei

stand Deutschland ein neuer „Partner“ in Osteuropa zur Verfügung, der schließlich im September 1939 auf deutscher Seite in den Krieg gegen Polen eingriff.

Ende März 1939 lehnte die polnische Regierung die deutschen Wünsche bezüglich Danzigs und des polnischen Korridors ab und begann stattdessen eine Teilmobilisierung. Eine britisch-französische Garantieerklärung für Polen stellte das Land unter den Schutz der Westmächte. Auf die Garantieerklärung folgten Verhandlungen zur Erarbeitung eines Beistandspakts, die unter dem Eindruck des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts (23. August 1939) nur zwei Tage nach diesem mit einer Vereinbarung abgeschlossen wurden. Keine zehn Tage später erklärten Frankreich und Großbritannien Deutschland nach dessen Einmarsch in Polen den Krieg.

Anders als bei den kleineren Sowjetrepubliken an den west- und südlichen Grenzen Russlands begann für die Staaten im Baltikum mit der Oktoberrevolution eine zwei Jahrzehnte andauernde Phase der Freiheit, bevor sie im Zuge der Entwicklungen des Zweiten Weltkriegs als Sowjetrepubliken in die Sowjetunion integriert wurden. Das bedeutet nicht, dass größere Nachbarn nicht politischen Druck auf die neuen Länder ausübten. So war das 1918 unabhängig gewordene Litauen nach einem deutschen Ultimatum im März 1939 gezwungen, das Memelland an Ostpreußen zurückzugeben. Im Zuge der Versailler Vereinbarungen war das Memelland ab 1920 Völkerbundmandatsgebiet und 1923 von Litauen annektiert worden. Litauen seinerseits hatte unter polnischen Ansprüchen zu leiden, die bereits 1920 in einen für Litauen ungünstig verlaufenden Polnisch-Litauischen Krieg mündeten. Das strittige Gebiet um Vilnius schloss sich 1922 Polen an.

Im nördlich von Litauen gelegenen Lettland verlief die Entwicklung ähnlich: Der Unabhängigkeit nach Ende des Ersten Weltkriegs 1918 folgte der bis 1920 andauernde Lettische Unabhängigkeitskrieg, in dem mit Hilfe von Estland und Deutsch-Balten sowjetrussische Ansprüche zurück gedrängt werden konnten. Gegen einen deutsch-baltischen Putschversuch und unter Wahrung der Rechte ethnischer wie religiöser Minderheiten erlebte das Land einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung unter einer parlamentarischen Regierung, die jedoch nach einem Staatsstreich im Mai 1934 in eine autoritäre, quasi-diktatorische Herrschaft unter Kārlis Ulmanis, der bereits zuvor mehrfach Ministerpräsident des Landes gewesen war, überging. Am Beginn des Zweiten Weltkriegs schlossen Lettland und das Deutsche Reich einen Umsiedlungsvertrag für die noch im Land lebenden Deutschbalten, die man unmittelbar danach (ca. 50.000 Personen bis Ende 1939; ebenso in Estland) umsiedelte.

In Estland rangen unmittelbar nach der Oktoberrevolution mehrere politische Interessensgruppen um die Macht im Land, wobei zunächst die Bolschewiken einigen Rückhalt genossen, den sie bald aufgrund ihrer Forderungen nach einer engen Anbindung an Russland einbüßten. Die im Februar 1918 proklamierte Republik Estland wurde zunächst durch deutsche Truppen besetzt, die mit Kriegsende abzogen. Damit begann der Estnische Freiheitskrieg sowohl gegen Sowjetrussland als auch gegen die aus deutschbaltischen Freiwilligen bestehende Baltische Landwehr. Er endete Anfang 1920 mit der estnischen Unabhängigkeit. Der bereits für Lettland erwähnten toleranten Politik inklusive einer kulturellen

und wirtschaftlichen Blüte folgte auch in Estland in den 1930er Jahren – ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise – ein autoritäres Regime unter Konstantin Päts und Johan Laidoner. Die territorialen Absprachen zwischen Hitler und Stalin erlaubten es der UdSSR, die baltischen Staaten im Jahr 1940 zu besetzen.

Die Tschechoslowakei entstand im Zuge des Zerfalls der Habsburgermonarchie in Österreich-Ungarn Ende Oktober 1918. Der neue Staat erlebte einen wirtschaftlichen Aufschwung, der von der Weltwirtschaftskrise beeinträchtigt wurde, aber keinen Putsch, Revolution oder eine diktatorische Machtübernahme nach sich zog. Da die neue Tschechoslowakei einen Mix verschiedener Nationalitäten bildete, blieben die daraus resultierenden Probleme nicht aus – das benachbarte nationalsozialistische Deutsche Reich nutzte die Unzufriedenheit der Sudetendeutschen geschickt aus und erreichte im Münchner Abkommen 1938 die Abtretung des Sudetenlands an Deutschland. Die tschechoslowakische Regierung war dazu nicht gefragt worden, aber auch nicht in der Lage, entsprechend zu reagieren. Die wegen der zwangsweisen territorialen Veränderungen nun sogenannte Zweite Republik ging im März 1939 komplett unter, als Deutschland entgegen internationaler Vereinbarungen von München den Rest des Landes besetzte. Die Rest-Tschechei geriet als Protektorat Böhmen und Mähren unter deutsche Verwaltung, die Slowakei als Marionettenstaat in deutsche Abhängigkeit, der in der zweiten Jahreshälfte 1944 eine Besetzung durch deutsche Truppen folgte.

In Südosteuropa vollzogen sich ebenfalls größere territoriale Änderungen, die aus dem Zusammenbruch der bisherigen Großmächte in diesem Teil Europas – Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich – resultierten. So bildete sich 1918 aus den zuvor unabhängigen Königreichen Serbien und Montenegro sowie diversen ehemals österreichisch-ungarischen Besitzungen wie Kroatien, Bosnien und Herzegowina das bis 1941 existierende Königreich Jugoslawien.

1.2.4 Osteuropa im Zweiten Weltkrieg

Die relativ kurze Phase der Freiheit für die jungen osteuropäischen Staaten endete mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs in Europa, als das Deutsche Reich Anfang September 1939 Polen überfiel. Dem vorausgegangen war eine Erneuerung der in den 1920er Jahren begonnenen Annäherung zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Im sogenannten Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, einem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, einigten sich beide Seiten in einem auf zehn Jahre befristeten Vertrag auf eine sowjetische Neutralität gegenüber dem Deutschen Reich, wenn dieses militärische Handlungen gegen Polen und die westeuropäischen Mächte beginnen würde. Dieser Vertrag, der für Erstaunen sorgte, weil hier zwei ideologisch verfeindete Mächte kooperierten, beinhaltete ein geheimes Zusatzprotokoll, welches im Falle eines Sieges eine Revision der im und nach dem Ersten Weltkrieg erlittenen Gebietsverluste Russlands regelte. Davon betroffen waren nicht nur Teile Polens, die nach dem Einmarsch der Roten Armee ab Mitte September 1939 in sowjetische Hand fielen, sondern auch das Baltikum (Litauen ging an Deutschland, Estland und Lettland an die UdSSR), Finnland und Bessarabien (ein Gebiet, welches heute

durch Moldawien und südwestliche Teile der Ukraine abgedeckt wird). Damit erhielt das Deutsche Reich nicht nur Unterstützung im Kampf gegen Polen und eine vertraglich geregelte Aufteilung der deutschen und sowjetischen Interessensphären, sondern zugleich die Sicherheit, einen langen Zwei-Fronten-Krieg gegen die polnischen Garantiemächte Frankreich und Großbritannien zu vermeiden. Zwar begann der Krieg gegen die Westmächte offiziell am 3. September 1939, doch gab es an der Front im Westen mit Frankreich und Großbritannien kaum Kampfhandlungen, so dass sich die deutsche Seite zunächst auf den Krieg im Osten konzentrieren konnte. Innerhalb weniger Wochen brach Polen nach dem Angriff von zwei Seiten zusammen und wurde zum vierten Mal innerhalb der letzten 170 Jahre zwischen den mächtigen Nachbarn aufgeteilt.

Nach dem Sieg über Polen und der Verteilung der eroberten Gebiete gemäß den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen griff die Rote Armee Finnland im Winter 1939/40 an. Die massive materielle und personelle Überlegenheit der sowjetischen Truppen ließ diese auf einen schnellen Sieg hoffen, doch die Rote Armee konnte sich erst unter großen Verlusten Anfang 1940 durchsetzen. Der Krieg endete in einem Friedensvertrag Mitte März 1940, der die Finnen zur Abtretung großer Teile Kareliens zwang und den Eintritt des Landes auf deutscher Seite in den Krieg gegen die Sowjetunion ab Juni 1941 motivierte.



Abb.I.2.3 Sowjetische Kavallerie in Lemberg (heute Lwiw) im Herbst 1939

Im Zeitraum 1939–41 arbeiteten die sowjetische und die deutsche Seite wirtschaftlich eng zusammen. Die vertraglichen Vereinbarungen vom Spätsommer 1939 regelten nicht nur militärische und territoriale Angelegenheiten, sondern auch eine ökonomische Kooperation, die der deutschen Seite den Zugang zu den für den Krieg dringend benötigten Ressourcen ermöglichte. Die Sowjetunion lieferte Öl, Nahrungsmittel und seltene Erze gegen deutsche Steinkohle und Industriegüter. Sie gewährte der deutschen Seite die Nutzung von strategisch wichtigen Häfen (etwa im Schwarzen Meer) und verhinderte eine komplette feindliche Einkreisung Deutschlands.

Das Agieren der Sowjetunion bzw. der Roten Armee in den nun von ihr besetzten Ländern spielte und spielt eine nicht unwesentliche Rolle bei dem bis heute teilweise tief sitzenden Misstrauen bzw. der Furcht gegenüber Russland. Die Besetzung der baltischen Länder ging nicht nur mit einer Transformation in Sozialistische Sowjetrepubliken, sondern auch mit politischen Unterdrückungs- und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, Deportationen nach Sibirien sowie der Durchsetzung der kommunistischen Vorherrschaft einher. In den sowjetisch besetzten Teilen Polens agierte das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten im Auftrag Stalins und des Politbüros der Kommunistischen Partei gegen Offiziere, Polizisten und Intellektuelle, die gefangen genommen, verschleppt und schließlich in der Sowjetunion ermordet wurden. Bis zu 25.000 Menschen starben im April und Mai 1940, darunter rund 4400 bei Katyn, einem Dorf bei Smolensk, welches bis heu-

te Synonym für diese Massenmorde ist. Die sowjetische Seite erkannte erst 50 Jahre später, im April 1990, die Verantwortung für diese Taten an.

In den von Deutschland besetzten polnischen Gebieten, die als Generalgouvernement bezeichnet wurden, fand der Holocaust, der Massenmord an den europäischen Juden, statt, wobei nicht nur Juden aus Polen, sondern aus fast allen von Deutschland besetzten Ländern betroffen waren. Symbolisch für diese Verbrechen steht der Name Auschwitz, der auf eines der Vernichtungslager – das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau – verweist, wo 1,1 Millionen Menschen, darunter eine Million Juden, ermordet worden sind.

Nicht zu vergessen ist der Warschauer Aufstand von Anfang August bis Anfang Oktober 1944, in dem sich die Polnische Heimatarmee angesichts des Vorrückens der Roten Armee nach Westen gegen die deutschen Besatzer erhob. Die Kämpfe forderten auf polnischer Seite mehrere tausend gefallene Soldaten und bis zu 200.000 tote Zivilisten. Der Aufstand war eine von mehreren Aktionen, die noch vor dem Einmarsch der Roten Armee zu einer Selbstbefreiung führen sollten, um eine befürchtete, unmittelbar einsetzende politische Abhängigkeit von der Sowjetunion abzuwenden. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden, sondern Polen wurde für die nächsten Jahrzehnte Teil des sozialistischen Ostblocks. Das polnische Misstrauen gegenüber der Sowjetunion verstärkte deren Agieren nach Beginn des Aufstands. Die Rote Armee griff in die Kämpfe – abgesehen von der zur Ersten Weißrussischen Front gehörenden Ersten Polnischen Armee – nicht ein, wobei bis heute nicht klar ist, ob dies tatsächlich nur der militärischen und speziell der logistischen Lage der Roten Armee geschuldet war oder ob die Niederlage eines potentiellen Konkurrenten sowjetischer Interessen für die Nachkriegszeit bewusst in Kauf genommen wurde.

Die deutsche Absicht, mit bzw. nach einem erfolgreichen Weltanschauungs- und Ausrottungskrieg die Sowjetunion und damit auch die von ihr beherrschten Gebiete im Rahmen einer Kolonisierung als „Lebensraum“ zu vereinnahmen und die dort lebenden Ethnien entweder wie die jüdische Bevölkerung zu vernichten, oder als Arbeitskräfte auszubeuten sowie ihre Infrastruktur zu übernehmen, erlaubte es der Sowjetunion, die Rolle eines Befreiers zu übernehmen, osteuropäische Völker unter kommunistischer Führung zu vereinen und schließlich Deutschland und seine osteuropäischen Verbündeten mit materieller Hilfe anderer kriegführender Mächte wie den USA und Großbritannien zu besiegen. Dieser totale Krieg 1941 bis 1945 hat sich aufgrund der Brutalität, Waffenwirkungen und Zerstörungen tief in das historische Gedächtnis der Menschen in Osteuropa eingegraben. Es erwies sich als politik- und mentalitätsbestimmend. Es ermöglichte zugleich den Sowjets ihre hegemoniale Rolle in Osteuropa nach dem Krieg zu legitimieren, auszubauen und zu festigen. Im heutigen Russland ist der Sieg über Deutschland Katalysator für gesellschaftlichen Konsens, Nationalbewusstsein und damit integrierende Kraft, mit der die eigene aggressive Politik immer wieder legitimiert und verschleiert wird.

I.2.5 Umbau in Osteuropa – die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Am Ende des Zweiten Weltkriegs standen sich die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition zunehmend feindlich gegenüber. Hatte bisher der gemeinsame Kampf gegen das Deutsche Reich wie eine Klammer gewirkt, begann nun eine Phase der Ausdifferenzierung der von gegensätzlicher Ideologie und einem entsprechenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System geprägten Westen unter Führung der USA und dem Osten unter Führung der Sowjetunion. Osteuropa war als unmittelbarer Einflussbereich der Sowjetunion direkt betroffen, so dass nach Kriegsende im Mai 1945 eine massive Umgestaltung Mittel- und Osteuropas einsetzte.

Diese war einer der Auslöser des sog. Ost-West-Konfliktes. Insbesondere die sowjetischen Versuche, die im Zweiten Weltkrieg entstandenen kommunistischen Bewegungen für die Zwecke einer Weltrevolution einzusetzen, lösten in den USA eine Kriegsfurcht vor der Sowjetunion und Entwicklung von Gegenmaßnahmen wie der Strategie des Containment und des Roll-Back aus. Die Polarisierungen förderten eine Spirale konfliktärer Entwicklungen und lösten regionale Kriege aus. Dieser Ost-West-Konflikt dauerte von 1947 bis 1989 über vier Jahrzehnte an. Er wurde nach den Weltkriegen und der globalen Dekolonialisierung zu einer weiteren, die ganze Welt prägenden Entwicklung. Die sogenannten blockfreien Staaten in Mittel- und Südamerika, Afrika oder Asien konnten sich den Versuchen der Einflussnahme der Blöcke kaum dauerhaft entziehen. Osteuropa wurde dabei



Abb.I.2.4 Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg – Staaten zum Ende der 1940er Jahre

mit der sowjetisch besetzten DDR, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien unter sowjetischer Hegemonie zur Festung des östlichen Blockes. Ideologisch betrachtet standen sich Kapitalismus und Kommunismus (Sozialismus) unversöhnlich gegenüber. Die Konfrontation beschränkte sich nicht nur auf die Außen- bzw. Sicherheitspolitik, sondern erstreckte sich quasi auf alle Lebensbereiche.

Es wurden in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg verschiedene staatliche und gesellschaftliche Organisationen eingerichtet, welche die Interessen der jeweils eigenen Seite gegen den Systemfeind durchsetzen sollten. War dies nicht vollständig möglich, lag es im Interesse beider Seiten, den Gegner zumindest an der weiteren Vergrößerung seines Einflussbereichs zu hindern oder zurückzudrängen. In Osteuropa gelang es der Sowjetunion mit Hilfe der regionalen kommunistischen Regierungen, Aufstände und Widerstandsbewegungen mit

polizeilicher bzw. militärischer Gewalt niederzuschlagen. Hierzu gehören die Widerstandsbewegungen in den drei baltischen Staaten, auch als Waldbrüder bekannt, die polnische Widerstandsorganisation WIN und verschiedene ukrainische Organisationen.

Aufgrund der atomaren und konventionellen Aufrüstung beider Lager ist von einem „Gleichgewicht des Schreckens“ die Rede. Trotz gefährlicher Konfrontationen und militärischer Konflikte in Drittstaaten konnte der Übergang vom Kalten in einen heißen Dritten Weltkrieg abgewendet werden. Bei der Berlinblockade 1948/49, der Kubakrise 1962 und der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre wurde ein militärischer Schlagabtausch vermieden. Auf Kuba, in Vietnam (1950er bis 70er Jahre) und Afghanistan (1980er Jahre) kamen militärische Mittel zum Einsatz, ohne dass der militärische Ernstfall direkt in Europa mit verheerenden Auswirkungen auch für Osteuropa eintrat.

Der politische Osten Europas begann an der westlichen Grenze der Sowjetischen Besatzungszone und setzte sich dann nach Süden beziehungsweise Südosten entlang der westlichen Grenzen der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens fort. In der politischen und gesellschaftlichen Argumentation wurde der sowjetische Einflußbereich vereinfachend mit „Osteuropa“ gleichgesetzt.

Die 1949 gegründete Deutsche Demokratische Republik wurde mit der Umwandlung der Kasernierten Volkspolizei in die Nationale Volksarmee in die 1955 entstandene Warschauer Vertragsorganisation aufgenommen. Zu letzterer gehörten neben den bereits genannten Staaten an der Systemgrenze, „Eiserner Vorhang“ genannt, auch Polen, Albanien und die Sowjetunion. Große Teile Nord-, West- und Südeuropas, die USA und Kanada gehörten zur 1949 gegen die sowjetische Expansionsgefahr gegründeten NATO: Eine Ausnahme bildeten die Staaten Schweden, Finnland, die Schweiz, Österreich und Jugoslawien. Sie verstanden sich vor dem Hintergrund der Polarisierung zwischen Ost und West als neutrale Staaten mit westlich-demokratischer Staatsform. Einen Sonderfall stellte das sozialistisch-kommunistische Jugoslawien dar, das zwar bis zum Umbruch um 1990 im Osten ebenfalls ein sozialistisches/kommunistisches System, allerdings mit außenpolitischer Abgrenzung zum Sowjetblock, hatte.

Die Dominanz, welche die Sowjetunion aufgrund ihrer aktiven Rolle bei der Befreiung Osteuropas vom Faschismus ausübte, hatte dort massive „ethnische“ Umgestaltungen zur Folge. Flucht und Vertreibung sorgten ab Ende 1944 bis 1950 für die Verschiebung von bis zu 15 Millionen Deutschen und deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen aus den deutschen Ostgebieten sowie dem restlichen Osteuropa. Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 einigten sich die Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion unter anderem auf eine Verkleinerung Deutschlands, eine Verschiebung der polnischen Grenzen nach Westen und eine Homogenisierung der Bevölkerung der nun nicht mehr deutschen Gebiete mittels Umsiedlung.

Die geographische Neupositionierung Polens setzte Stalin durch, indem er die in der ersten Kriegsphase (1939–41) von der Roten Armee besetzten polnischen Ostgebiete als dau-

erhafte Gebietsgewinne der Sowjetunion einforderte. Die neue polnische Westgrenze lag nun an Oder und Neiße, die Ostgrenze entsprach im überwiegenden Verlauf der ehemaligen sogenannten Curzon-Linie von 1919 (Ostgrenze der zweiten Polnischen Republik und ab 1939 Teilungslinie in Polen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion). Polnische Bevölkerungsteile in den nun zur Sowjetunion gehörenden ehemaligen polnischen Gebieten zogen nach Westen und füllten das Vakuum, das durch die Flucht und Vertreibung der Deutschen entstanden war.

Vergleichbare Bewegungen betrafen beispielsweise die Sudetendeutschen auf dem Gebiet der Tschechoslowakei, die 1945/46 nach Norden und Westen unter Zurücklassung des größten Teils des persönlichen Besitzes vertrieben wurden. Diese Bevölkerungsbewegungen haben die ethnische Landkarte im Vergleich zu Osteuropa vor 1945 signifikant verändert. Durch eine Versöhnungspolitik in den 1990er Jahren hat diese Migration keinen oder unbedeutenden Einfluß auf die heutigen und denkbaren zukünftigen Konflikte in Osteuropa. Dagegen bilden die Umsiedlungen von Russen nach Lettland, Estland, in den Kaukasus, ins Moldaugebiet sowie in die zentralasiatischen Sowjetrepubliken die Ursachen für ethnische Spannungen bis hin zu Konflikten.

I.2.6 Sowjetunion und sozialistische Bruderländer im Kalten Krieg

Die Polarisierung der ehemaligen Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition und die Blockbildung waren begleitet von starkem gegenseitigem Misstrauen, welches nicht nur die Mitte Europas betraf, sondern globale Dimensionen entwickelte. Die Befürchtung auf Seiten des Westens, dass ein Systemwandel in einem bisher blockfreien Drittstaat zu einem Dominoeffekt führen, als dessen Folge also auch ein Nachbarstaat in das östliche Lager abschwanken könnte, war einer der Gründe, warum sich die Großmächte offen oder verdeckt in Konflikten und Kriegen nach dem Zweiten Weltkrieg engagierten – die USA, um den befürchteten Effekt einzudämmen, die Sowjetunion, um die Verbreitung des Sozialismus/Kommunismus in Idee einer Weltrevolution erneut voranzutreiben. Zahlreiche Kriege und Konflikte in anderen Teilen der Welt wurden deshalb in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch offene oder verdeckte militärische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der Sowjetunion genährt. Die Sowjetunion veranlasste ihre kommunistischen Bruderregierungen in Osteuropa, sie dabei materiell und personell zu unterstützen.

In Osteuropa zielte die sowjetische Politik auf Erhalt des Einflusses und Versuche, ihr Einflussgebiet mit diplomatischen Lösugnien weiter nach Westen zu verschieben. Dies misslang 1952 mit der Stalin-Note hinsichtlich Verhandlungen über den zukünftigen Status Deutschlands, dessen Wiedervereinigung und mögliche Neutralität. Demgegenüber gelang eine Neutralisierung des ebenfalls in Besatzungszonen aufgeteilten Österreichs. Stattdessen entstanden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in osteuropäischen Staaten freiheitliche, systemkritische Gruppierungen, die mit polizeilichen Methoden und Einsatz bzw. Präsenz starker sowjetischer Stationierungstruppen neutralisiert werden mussten. Daraus entstehende Konflikte entluden sich in Volksaufständen.

Der erste dieser Volksaufstände, der sich konkret gegen die Mangelversorgung, die Erhöhung der Arbeitsnormen ohne Lohnausgleich, die Vorherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und für die Abhaltung freier Wahlen aussprach, fand am den 17. Juni 1953 in der gerade einmal vier Jahre alten DDR statt. Dieser entwickelte sich für das kommunistische Regierungssystem bedrohlich. Ein Generalstreik erfasste binnen kürzester Zeit mehr als 700 Städte und konnte von der regierenden SED nur mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen werden. Obwohl von außen nur die Sowjetunion in den Aufstand eingriff, blieb dessen Wirkung nicht auf die DDR beschränkt, sondern verschärfte die innersowjetischen Auseinandersetzungen nach Stalins Tod. Ein Ausgreifen auf andere Ostblockstaaten oder die Sowjetunion selbst wurde an dessen Peripherie, etwa in einer baltischen oder der Ukrainischen Sowjetrepublik befürchtet. Den Forderungen der Bevölkerung wurde zum Systemerhalt in sehr begrenztem Rahmen nachgegeben.



Abb.I.2.5 Einer der ersten Volksaufstände gegen das sowjetische Regime im Nachkriegseuropa war der „17. Juni 1953“ in Ostdeutschland.

Nur drei Jahre später, Ende Oktober/Anfang November 1956, brach in Ungarn ein Volksaufstand gegen die kommunistische Partei und die sowjetische Besatzung aus. Unter der Führung von Imre Nagy etablierte eine neue Regierung ein Mehrparteiensystem, erklärte den Austritt aus dem Warschauer Pakt und Ungarn im Sinne des Ost-West-Konflikts für neutral und forderte den Abzug der sowjetischen Truppen. Anfang November marschierte die Sowjetarmee in Ungarn ein, unterdrückte den Aufstand und hob eine prosovietische Regierung ins Amt, die mit Hinrichtungen und Internierungen die sozialistische Diktatur wieder herstellte und hunderttausende Ungarn zur Flucht in den Westen trieb.

Im Frühjahr 1968 gingen im vom Westen sogenannten Prager Frühling in der Tschechoslowakei die Reformbemühungen von der dortigen kommunistischen Partei unter Alexander Dubček aus. Das Ziel, über Liberalisierung und Demokratisierung einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, schien ein halbes Jahr lang Wirklichkeit werden zu können, bis am 21. August 1968 mehrere hunderttausend Soldaten der Warschauer-Pakt-Armeen aus der Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien einmarschierten. Militärischen Widerstand gegen die Invasion gab es nicht. Ziviler Unge-



Abb.I.2.6 Straßenkämpfe im Prager Frühling 1968

horsam erschwerte den einrückenden Truppen das Vordringen. Die Bevölkerung kooperierte nicht. Eine moskau-hörige Regierung wurde installiert, welche die Reformen beseitigte, parteiinterne Säuberungen durchführte und mit ihren Maßnahmen dafür sorgte, dass zehntausende Tschechen und Slowaken „mit den Füßen abstimmten“ und ihr Land verließen.

Zehn Jahre später begann in Polen eine Entwicklung, die zu einem der wichtigsten Vorboten des kommenden Umbruchs in Osteuropa avancierte: Die Unruhen auf der Danziger Lenin-Werft aufgrund der Entlassung einer sich für die Rechte der Arbeiter einsetzenden Kranführerin gingen im Sommer und Herbst 1980 mit einer Wirtschaftskrise und deutlich erhöhten Nahrungsmittelpreisen einher. Mitte August besetzten Arbeiter unter Führung des Elektrikers *Lech Wałęsa* die Werft. Sie streikten für Lohnerhöhungen und Wiedereinstellung der Kranführerin. Die kommunistische Regierung in Warschau machte Ende August mit der Zustimmung zur Gründung der *Solidarność*, der ersten unabhängigen Gewerkschaft im gesamten Ostblock überhaupt, ein Zugeständnis, welches letztlich den Anfang vom Ende des Kommunismus in Polen bedeutete. Der erste Nationalkongress der Gewerkschaft Anfang September 1981 gipfelte in Forderungen nach Reformen in Polen, welche die Regierung auf Druck Moskaus mit der Verhängung des Kriegszustands Mitte Dezember, dem Verbot der Gewerkschaft und der Inhaftierung ihrer Anführer beantwortete. Die in den folgenden Jahren anhaltenden Proteste konnte die Regierung nicht kontrollieren. Sie stimmte nach ersten Sondierungen ab Sommer 1988 schließlich Gesprächen am sogenannten Runden Tisch im Frühjahr 1989 zu, aus denen freie Wahlen und die Aufhebung des Verbots der Gewerkschaft resultierten. Das formale Ende der kommunistischen Herrschaft erfolgte 1990 mit der Wahl *Lech Wałęsas* zum polnischen Präsidenten.



Abb.I.2.7 Streik auf der Danziger Lenin-Werft 1980

Die in den folgenden Jahren anhaltenden Proteste konnte die Regierung nicht kontrollieren. Sie stimmte nach ersten Sondierungen ab Sommer 1988 schließlich Gesprächen am sogenannten Runden Tisch im Frühjahr 1989 zu, aus denen freie Wahlen und die Aufhebung des Verbots der Gewerkschaft resultierten. Das formale Ende der kommunistischen Herrschaft erfolgte 1990 mit der Wahl *Lech Wałęsas* zum polnischen Präsidenten.

Entscheidend in diesem Prozess, der schließlich zum Zusammenbruch des Ostblocks und einer nächsten großen Veränderung in Osteuropa führte, waren die sich ab der Mitte der 1980er Jahre in der Sowjetunion selbst vollziehenden politischen Änderungen unter den Schlagworten *Perestroika* und *Glasnost*. Die damit verbundene Zurückhaltung gegenüber demokratischen Bewegungen in nahezu allen osteuropäischen Staaten ermöglichte den weitgehend friedlichen Wandel in der Region. Einer der sichtbarsten und tiefgreifenden Auslöser für Veränderungen im kommunistischen Osteuropa des Kalten Krieges war die Öffnung der Mauer in Deutschland – dem westlichsten Vorposten des kommunistischen Osteuropas. Der Eiserne Vorhang und die Mauer in Berlin fielen nach drei Jahrzehnten Anfang November 1989. Die Sowjetunion mischte sich aufgrund innerer Politikveränderung, eigener wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme in die sich dann flächenar-

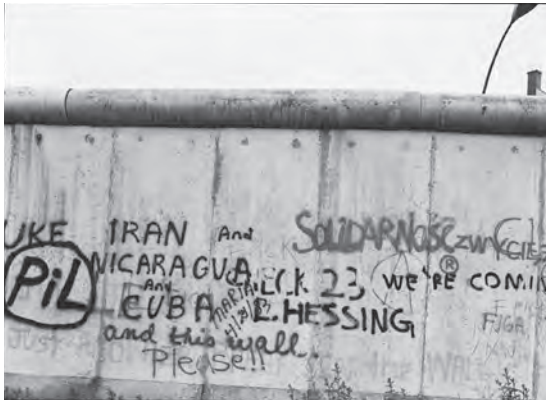


Abb.I.2.8 Symbol sowjetischer Zwangsherrschaft und Abgrenzung des kommunistischen Blocks und Osteuropas vom Rest der Welt: Die Mauer in Berlin mit aufgesprühten Hinweisen zu unterschiedlichen Konflikten der 1980er Jahre.

tig ausbreitenden staatlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa nicht mehr ein.

Schon vor dem Fall der Mauer war die Sowjetunion gezwungen, ihre globale Expansionspolitik schrittweise in eine Politik der „Friedlichen Koexistenz“ und der Annäherung an den Westen zu verändern. Im eigenen Einflussgebiet wurden im begrenzten Rahmen selbständige Entwicklungen zugelassen. So waren in allen kommunistischen Staaten außenpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Freiräume zu erkennen, solange sie den Bestand

des sowjetischen Blocks nicht gefährdeten. So betrieben Rumänien und Polen eine deutlich abweichende Politik. Der DDR wurden Eigenheiten bei den Beziehungen zur Bundesrepublik in den 1980er Jahren zugebilligt. Dieser Politikwechsel, der ursprünglich zur kommunistischen Stabilisierung und zum Machterhalt in Osteuropa sowie zur globalen Darstellung der Friedfertigkeit der UdSSR konzipiert war, hielt gegenüber den liberalisierenden Wirkungen des Abkommens von Helsinki (1975) auf die bislang bevormundete Bevölkerung in Osteuropa nicht stand. Weder konnten erfolgreiche Stellvertreterkriege noch Kooperationen mit anderen sozialistisch geprägten Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika den Niedergang des kommunistischen Systems im eigenen Land bzw. in Osteuropa verhindern. Rüstungskontrollvereinbarungen und ein weiteres Einlenken in eine Kooperationspolitik mit dem westlichen Block sowie Handelsbeziehungen verbesserten nur marginal die Lebensbedingungen und bestärkten die jeweiligen Gesellschaften in Osteuropa in ihrem Streben nach Veränderungen, die hier ab 1990 besonders wirksam wurden.

I.2.7 „Wendezeit“ – Zerfall des Ostblocks

Der Krieg in Afghanistan seit 1978/79 wird heute oft als der Beginn des Untergangs der Sowjetunion gesehen. Die Sowjetunion konnte zu dieser Zeit in vielen Bereichen den wirtschaftlich-technischen Standard des Westens nicht mehr erreichen. Seit dem Beginn des nuklearen und konventionellen Wettrüstens hatte sie zu Lasten der eigenen Bevölkerung und der zivilwirtschaftlichen Entwicklung mithalten können. In Afghanistan gelangte im Frühjahr 1978 die dortige kommunistische Partei in einem Staatsstreich an die Macht, was innere Unruhen auslöste, zu deren Unterdrückung im Dezember 1979 die Sowjetunion militärisch intervenierte. Die bis zum Frühjahr 1989 andauernden Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetarmee und der kommunistischen Zentralregierung auf der einen und den vom Westen unterstützten Mudschahedin auf der anderen Seite ließen nicht nur ein zerstörtes Land zurück, sondern legten den Grundstein für weitere, bis heute andauernde

Konflikte innerhalb des Landes. Auch wenn der Krieg bis zum Ende der 1980er Jahre andauerte, versuchte die sich intern wandelnde Sowjetunion bereits seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows im März 1985 durch Verhandlungen mit der Gegenseite diesen Krieg zu beenden.

Mit der Wahl Michail Gorbatschows begann eine Tauwetterperiode in den Ost-West-Beziehungen, wenngleich dies nicht der erste Versuch einer Annäherung war. Bereits unter Willy Brandt als westdeutschem Bundeskanzler hatte es an der Grenze zu Osteuropa erste Versuche und Fortschritte einer auf Aussöhnung sowie Kooperation statt Konfrontation gerichteten Osteuropapolitik gegeben. Dem Grundlagenvertrag mit der DDR waren im Zuge dieses „Wandels durch Annäherung“ weitere Ostverträge vorausgegangen, darunter auch Vereinbarungen mit der Sowjetunion über Friedensförderung und Entspannung (Moskauer Vertrag 1970) und mit Polen über die Normalisierung der politischen Beziehungen und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze (Warschauer Vertrag 1970).

In der Sowjetunion setzte Gorbatschow Mitte der 1980er Jahre auf eine Dialogpolitik mit der gegnerischen Supermacht USA und deren Verbündeten. Zur Perestrojka Gorbatschows gehörte die Anerkennung von Fehlern und Verbrechen, die von sowjetischen Kräften vor und während des Zweiten Weltkriegs verübt worden waren. Dies mündete in der Rehabilitierung von Opfern der stalinistischen Säuberungen und führte zum Eingeständnis des geheimen Zusatzprotokolls



Abb.I.2.9 Öffnung und „Fall“ der Mauer 1989

des Hitler-Stalin-Pakts sowie des Massakers von Katyn. Die Umstrukturierung des Ostblocks leitete Gorbatschows Entscheidung, den Ländern des Warschauer Pakts die Wahl ihrer Staatsform selbst zu überlassen, ein, womit den 1989 beginnenden demokratisch orientierten Veränderungen, den Unabhängigkeitserklärungen sowjetischer Republiken und damit dem Ende des Kalten Krieges der Weg bereitet war. Die Politik Gorbatschows ermöglichte die deutsche Wiedervereinigung, indem er zuerst dem kollabierenden Sozialismus in der DDR nicht half und schließlich der deutschen Einigung zustimmte bzw. sicherheitspolitisch durch Abzug der ehemals sowjetischen Truppen ermöglichte.

Anders als in der DDR, wo trotz der in den 1980er Jahren entstandenen Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung ein Wandel des politischen Systems erst im Herbst 1989 einsetzte, begann der Wandel in Polen deutlich früher. Der endgültige Erfolg der polnischen Reformbemühungen konnte allerdings erst in den späten 1980er Jahren gesichert werden. Hierzu gehört, dass der einflussreiche polnische Papst, Johannes Paul II., die oppositionelle Dissidentenbewegung vor und während seiner Amtszeit hinsichtlich ihrer Forderungen nach Sozialreformen und Menschenrechten unterstützt hatte. Als Papst sprach er sich offen für



Abb.I.2.10 Boris Jelzin beim Putsch in Moskau vor dem Sitz des Ministerrates am 19.08.1991

die Solidarność aus und sorgte damit nicht nur in Polen selbst, sondern bis in die Sowjetunion hinein für Unruhe.

Die Auflösung der Sowjetunion war das Resultat des Versuchs Gorbatschows, das Land von innen heraus zu reformieren. Die sich verschärfenden wirtschaftlichen Probleme und zunehmende Spannungen, die in einem gescheiterten Militärputsch im August 1991 in Moskau gipfelten, sorgten für den Zerfall

der UdSSR in 15 einzelne Staaten. Bereits vor dem Putsch hatten die Sowjetrepubliken Litauen (März 1990) und Georgien (April 1991) ihre Unabhängigkeit erklärt. Während des Putsches folgten Estland und Lettland und in dessen unmittelbarer Folge im August 1991 Weißrussland, die Ukraine, Moldawien und Kirgisistan. Bis Mitte Dezember (Kasachstan) lösten sich die restlichen sechs Republiken von der UdSSR, so dass das seit Juni 1990 souveräne, aber als Teil der Sowjetunion verbleibende Russland übrig blieb.

Russland verkündete Ende Dezember die vertraglich geregelte Auflösung der Sowjetunion. Zeitgleich erfolgte am 8. Dezember 1991 der Versuch der Errichtung eines neuen Staatenbundes, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Ihr gehörten zunächst die drei Gründungsmitglieder Russland, Weißrussland und die Ukraine an. Noch im Dezember 1991 traten acht weitere ehemalige Sowjetrepubliken dieser Gemeinschaft bei, darunter Aserbaidschan, Armenien und Moldawien. Georgien schloss sich 1993 an, verließ aber im August 2009 die GUS aufgrund des Kaukasuskrieges von 2008. Heute erscheint die GUS, die von ihren Protagonisten in Russland als Nachfolger der Sowjetunion konzipiert worden war, weitgehend bedeutungslos.

I.2.8 Phase der Freiheit – von der Entstehung souveräner Staaten zum Heute

Der Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion ermöglichte – unabhängig von der Gründung der GUS – die Entstehung neuer souveräner Staaten in Osteuropa, die sich teilweise nach Westen in Richtung EU und NATO orientierten. Abgesehen von den Auseinandersetzungen im Kaukasuskrieg 2008 und in der aktuell andauernden Krimkrise seit 2014 gab es sowohl auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als auch in Ost- und Südosteuropa seit 1991 mit dem Ende der Sowjetunion zahlreiche bewaffnete Konflikte. Hierzu gehören die Bürgerkriege um Abchasien und Südossetien in Georgien, der Konflikt um den Status von Transnistrien in Moldawien, die Auseinandersetzungen um Bergkarabach zwischen Armenien und Aserbaidschan, der Erste und der Zweite Tschetschenienkrieg in der Russischen Föderation und der Dagestankrieg. Diese Auseinandersetzungen kosteten insgesamt mehrere hunderttausend Menschen das Leben. Verwundete und Vertriebene so-

wie große ökonomische und infrastrukturelle Schäden belasten die davon betroffenen Staaten. In weiteren Gebieten Osteuropas gibt es ethnische Spannungen als Ergebnis sowjetischer Russifizierungspolitik oder strategischer Umsiedlungen. Aufgrund der Erfahrungen mit russisch-sowjetischer Herrschaft schlossen sich die baltischen Staaten der GUS nicht an, sondern forderten mit Erfolg ihre historisch verbriefte Unabhängigkeit und ein Wiederentstehen ihrer Staaten wie vor 1940.

Litauen war die erste Sowjetrepublik, die sich im März 1990 für souverän erklärte und trotz einer Rohstoffblockade und eines vom sowjetischen Militär unterstützten Putschversuchs in Vilnius (Blutsonntag Mitte Januar 1991) den ansonsten unblutig verlaufenden Unabhängigkeitsprozess erfolgreich beendete, gestützt auf ein landesweites Referendum, in dem sich die Bevölkerung mit großer Mehrheit für die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von der Sowjetunion aussprach.

Estland erklärte sich Ende März 1990 zur Republik und stellte im Dezember desselben Jahres die Mitarbeit im Obersten Sowjet, dem höchsten für die Gesetzgebung in der Sowjetunion zuständigen Rat, ein. In einer Volksabstimmung Anfang März 1991 sprachen sich mehr als drei Viertel der Esten für die Unabhängigkeit aus, doch erst nach dem Augustputsch 1991 in Moskau erfolgte die endgültige Loslösung von der Sowjetunion.

In Lettland gab es – wie auch bei den Nachbarn in Litauen und Estland – seit Ende der 1980er Jahre größere Demonstrationen für die Unabhängigkeit; diese erklärte Anfang Mai 1990 der Oberste Rat der Lettischen Sowjetrepublik, der nach ersten demokratischen Wahlen im März mehrheitlich mit Mitgliedern der Lettischen Volksfront besetzt war. Wie in Estland gab es auch in Lettland im Januar 1991 einen prosowjetischen Putschversuch, der ebenso scheiterte. Bei dem in Lettland abgehaltenen Referendum erzielten die Befürworter der Unabhängigkeit eine Zustimmung von knapp 75 Prozent. Die hier lebende Russen waren teilweise von einer Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen. Erst der in der Sowjetunion vollzogene Wandel nach dem Augustputsch 1991 sicherte die endgültige Unabhängigkeit, den schrittweisen Abzug russischer Truppen und den Verzicht auf weitere Einflussnahme.

Die Entwicklung in den ehemaligen Ostblockstaaten und Sowjetrepubliken verlief nach 1989/90 unterschiedlich. Westliche Vorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft wurden wie im Baltikum unter Be-



Abb.I.2.11 Osteuropas heutige Staatenwelt

rücksichtigung nationaler Besonderheiten übernommen, während sich in anderen Ländern wie Weißrussland, Ungarn, Moldawien, Rumänien, der Ukraine und Georgien zeitweise autoritäre oder wenig demokratisch legitimierte Systeme etablierten, die sich gleichwohl in der Eigenperspektive weiterhin als Demokratien verstanden.

Die Russische Föderation nutzte die Entwicklung, um sich schrittweise als Nachfolgestaat der Sowjetunion zu etablieren. Sie übernahm das Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die internationalen Verpflichtungen der UdSSR. Weltweite Anerkennung erlangte Russland durch seine vertragskonforme Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sie nahm in den 1990er Jahren am NATO-Partnership for Peace-Programm und am NATO-Einsatz auf dem Balkan teil. Sie baute im NATO-Russland-Rat Kontakte zum westlichen Bündnis auf und führte die ehemals sowjetischen Truppen aus den Warschauer-Pakt-Staaten zurück. Zur Beilegung der Versorgungskrisen wurde die bereits unter Gorbatschow begonnene Wirtschaftsreform fortgesetzt und die innerstaatliche Lage mit westlichen Krediten und vermehrten Rohstoffexporten schrittweise stabilisiert. Unruhen und Unabhängigkeitsbewegungen innerhalb der Russischen Föderation wurden mit Waffengewalt bekämpft. In Tschetschenien waren dazu zwei weitgehend militärisch dominierte Operationen erforderlich, da sich die russischen Streitkräfte aufgrund von Rückverlegungen, Abrüstungen, Einsparungen und Umstrukturierungen in einem schwierigen Zustand befanden, der sich auf die gesamtstaatliche Einsatzführung negativ auswirkte. Unabhängig von polizeilichen und militärischen Erfolgen ist Tschetschenien weiterhin ein Konfliktherd. In den Konfliktregionen Transnistrien, Abchasien und Südossetien wurde nicht unmittelbar interveniert, aber Friedenstruppen in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und der OSZE stationiert. Diese wirkten von Anfang an zugunsten russischer Interessen, was zum Einfrieren, aber nicht zur Bewältigung dieser Konflikte führte. Seit der Amtsübernahme um 2010 versucht die Regierung Putin, gestützt auf unterschiedliche gesellschaftlichen Gruppierungen, die einstige Weltmachtrolle ihres staatlichen Vorläufers wiederherzustellen. Dabei hat der Schutz russischer Bürger in anderen osteuropäischen Gesellschaften eine zentrale, identitätsstiftende Bedeutung. Sie wird als Legitimation für sicherheitspolitische Einflussnahmen herangezogen.

Exemplarisch für das Entstehen eines Nährbodens für innere Konflikte mit internationalen Auswirkungen ist die Entwicklung in der Ukraine (Vgl. III.4). Ihre Unabhängigkeit wurde 1991 mit 90 Prozent Zustimmung der Bevölkerung begründet und abgesichert. Trotz wechselnder Reformen bzw. Reformversuche, Privatisierungen oder Erhalt von staatlichen Unternehmen und Landwirtschaftsgenossenschaften ließen sich die ökonomischen Probleme nicht beheben. Die Wirtschaft entwickelte sich trotz verfügbarer Potentiale langsamer als zu Sowjetzeiten. Probleme wurden in den 1990er und 2000er Jahren durch Abwanderungen ins Ausland verstärkt. Finanzhilfen aus dem Westen und von der Weltbank erwiesen sich als weitgehend wirkungslos. Die enge Verquickung von Politik und Wirtschaft durch Oligarchen wird als Hauptursache für den fehlenden Aufschwung bewertet. Der Begriff Oligarchie als Bezeichnung für die Herrschaft Weniger zur Mehrung des Eigennutzes fand Eingang in die Argumentation der Kritiker. Leonid Kutschma, Präsident der Ukraine zwischen 1994 und 2005 und Oligarch, versuchte 2000 das Parlament zu entmachten. Um dies zukünftig zu verhindern, wurde im Jahr 2004 eine Verfassungsände-

rung beschlossen. Seitdem gibt es ein Hin und Her um deren Umsetzung. Inwieweit die Verfassungsänderung von 2004 gültig ist, bleibt unklar. Das ukrainische Verfassungsgericht annullierte erst 2010 diese Änderung. Dann wurde sie im Rahmen der Beilegung der Euromaidan-Krise 2013/14 erneut in Kraft gesetzt. Dies beeinflusste die innere Stabilität des Landes ebenso wie die Orangene Revolution 2004. Sie entwickelte sich zu einem unblutigen Protest gegen Wahlfälschungen durch den neuen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, die ihn schließlich das Amt kostete. Der ursprünglich weitgehend innerukrainische Konflikt um Verfassung und Demokratie erweiterte sich auf die Auseinandersetzung von pro-westlich und pro-russisch orientierter Gruppierungen mit internationaler Bedeutung und Anteilnahme. Er eskalierte schrittweise von örtlichen Unruhen zur Annexion der Ukraine und einem bis heute schwelenden Bürgerkrieg in den Ostprovinzen des Landes. Im Kern geht es dabei nicht mehr allein um verfassungsrelevante Streitpunkte, sondern um die Frage der außenpolitischen und wirtschaftlichen Orientierung der Ukraine entweder zur EU und zu den USA oder zur Rückkehr in die GUS, wie es die Russische Föderation im Auge hat.

Charakteristisch für Osteuropa ist die jüngste, noch andauernde Periode für die Hinwendung der osteuropäischen Staaten nach Westen und Nutzung dessen wirtschaftlicher Hilfen. Dies erfolgte in unterschiedlicher Intensität. Einige Staaten wurden Mitglieder von NATO und EU, weitere wie die Ukraine, Moldawien und Georgien streben dies an. Hierzu gehört z. B., dass Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine und Weißrussland die sogenannte „Östliche Partnerschaft“ zwecks Beschleunigung der politischen Assoziierung und der wirtschaftlichen Integration mit der EU eingingen, was zu russischem Protest führte. Russland distanziert sich seit den 2010er Jahren deutlich vom Westen. Es verfolgt eine eigene, vom Westen abgegrenzte Politik und Kooperationsbeziehungen mit den nicht in das westliche Lager abgewanderten ehemaligen sowjetischen Staaten (in Osteuropa nur Weißrussland) in Asien sowie weiteren asiatischen und lateinamerikanischen Staaten. Begründet wird diese Positionierung mit der Bildung eines Gegenpols gegen die amerikanische Geopolitik in Osteuropa und Zentralasien. Inwieweit diese Beziehungen nicht nur kurzfristige politisch-wirtschaftliche Zweckbeziehungen der Beteiligten sind, sondern sich dauerhaft zum Wohl der dort lebenden Bürger entwickeln, ist ebenso offen, wie die Frage, wie die derzeitigen Konflikte in Osteuropa aufgelöst werden können. Wie osteuropäische Geschichte lehrt, erscheint das nur möglich, wenn Russland seine internationalen großmachtpolitischen Interessen zugunsten von Interessenausgleich mit anderen, Entspannung und Sicherheit in der Region anpasst.

1.2.9 Zusammenfassung

Die aktuelle Krisenlage und Spannungen lassen erkennen, dass es sich bei Osteuropa nicht um einen wirklich neuen, sondern einen wiederbelebten Konflikttraum nach fast zweieinhalb Jahrzehnten vergleichsweiser Ruhe handelt.

Fast alle aktuellen osteuropäischen Konflikte sind mit dem Panslawismus verknüpft, der Vereinigung der slawischen Völker unter russischer Führung. Dieses bestimmte auch die

Beziehungen zu den Nachbarn und die häufigen Grenzveränderungen in Osteuropa im Laufe der Geschichte.

Die osteuropäische Geschichte ist zugleich die Historie von Gegenreaktionen anderer Ethnien bzw. Völker, ihren Freiheitskämpfen, Aufständen, Unruhen, gerichtet fast immer gegen ein russisches Patronat oder russische Hegemonie. Hiervon zeugen die Geschichte des Baltikums, Polens, Ungarns, der Slowakei, Rumänens, Moldawiens, der Ukraine und Georgiens. Die in weiteren Abschnitten und Länderkapiteln thematisierten Problemfelder und Entwicklungen ermöglichen ergänzende, tiefere Einblicke aus der Perspektive unterschiedlicher sicherheitspolitischer Faktoren und Positionen. Ungeachtet dessen bleibt die historische Entwicklung in der Region der Schlüssel zum Verständnis von Politiken, Strategien, Handlungsmustern und Entwicklungen der einzelnen Nationen und Staatengemeinschaften.

1.2.10 Punktation

- Die Geschichte Osteuropas ist über 1.000 Jahre alt. Ereignisse wie Migrationsbewegungen unterschiedlicher Völker von Ost nach West bzw. West nach Ost verbunden mit Schreckensherrschaften und Unterdrückung von Minderheiten oder auch Andersgläubigen haben die Region geprägt und sind fest in der kollektiven Erinnerung der Menschen präsent.
- Die Historie Osteuropas ist einerseits die Geschichte des Russischen Reiches und seiner Nachfolgestaaten bis zur Russischen Föderation. Sie ist vom Machterhalt und –erweiterung der jeweiligen russischen Herrscher auf der Basis unterschiedlicher Politiken und Ideologien gekennzeichnet. Zahlreiche Kriege und Konflikte dienten der Ausbreitung des Panslawismus, später des Kommunismus. Andererseits ist die Geschichte Osteuropas durch den Freiheitskampf einiger osteuropäischer Völker um die Unabhängigkeit von der russischen Herrschaft gekennzeichnet.
- Mehrere Revolutionen in Russland (1905, zwei im Jahr 1917) sowie parallel stattfindende Kriege bewirkten einen radikalen Systemwechsel und die Entstehung des weltweit ersten sozialistischen Staates in Form der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR/Sowjetunion/SU) im Jahr 1922, der sich militärisch gegen verschiedene Nachbarn behaupten konnte, sich aber global mit der kommunistischen Weltrevolution nicht durchsetzte.
- Der Erste Weltkrieg brachte in Osteuropa eine Reihe neuer Staaten wie die Baltischen Länder, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Weißrussland und die Ukraine hervor, die entweder unter dem Schutz anderer Großmächte wie z. B. Polen ihre Unabhängigkeit wahren konnten oder von der entstehenden Sowjetunion (z. B. im Falle der Ukraine und Weißrussland) annektiert wurden.
- Im Zweiten Weltkrieg kooperierten die UdSSR und das Deutsche Reich zunächst auf Kosten Polens und des Baltikums. Deutsche Eroberungspolitik und der ethnisch begründete Vernichtungskrieg gegenüber den osteuropäischen Völkern slawischer

Abstammung einte weite Teile Osteuropas im Kampf gegen Deutschland und bei der Vertreibung der deutschen Minderheiten nach Westen.

- Die Nachkriegsordnung war Ausdruck sowjetischer Expansion und damit verbundener Spannungen zwischen Ost und West, die in den Kalten Krieg mündeten. Für die Staaten Osteuropas bedeutete dies die zwangsweise Eingliederung in den sowjetisch dominierten Ostblock (WP, RGW; z. B. Polen, Ungarn) oder in die UdSSR als sowjetische Teilrepublik (z. B. die baltischen Staaten) mit einer mehr als vier Jahrzehnte andauernden politischen Abhängigkeit gepaart mit Mangelwirtschaft und Unterdrückung.
- Letztlich nicht mehr zu unterdrückende Reformversuche in einzelnen Staaten Osteuropas sowie der politische Wandel unter Gorbatschow in der SU ließen um 1990 den Ostblock zusammenbrechen. Das Resultat waren die deutsche Wiedervereinigung, politische Systemveränderungen in den ehemaligen sozialistischen Regimen und die Souveränität ehemaliger Sowjetrepubliken. Es entstanden dabei neue Konfliktherde um russisch-ethnische Enklaven außerhalb der Russischen Föderation, die bis heute nicht aufgelöst sind. Herausragend und besonders konfliktträchtig ist die Entwicklung in der Ukraine seit 2013.
- Die Annäherung mehrerer osteuropäischer Staaten an die EU und die NATO sorgen seit knapp eineinhalb Jahrzehnten wieder für sich verstärkende Spannungen zwischen dem Westen und Russland.

I.2.11 Literatur- und Quellenverzeichnis

Angesichts der vielen angesprochenen Teilthemen ist die folgende Bibliographie nur eine sehr beschränkte Auswahl, die dem interessierten Leser den vertieften Zugang zu einer bestimmten Region oder Epoche erleichtern und ihn gegebenenfalls zum Weiterlesen anregen soll.

BISPINCK, H. (Hg.) u. a. (2014): *Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus (Forschungen zur DDR-Gesellschaft)*, Berlin.

BOHN, Thomas M. u. NEUTATZ, D. (Hg.) (2009): *Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*, Stuttgart.

ERBE, M. (2000): *Die Habsburger 1493–1918. Eine Dynastie im Reich und in Europa*, Stuttgart u. a.

FIGES, O. (2015): *Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert*, München.

GARLEFF, M. (2001): *Die baltischen Länder. Estland, Lettland und Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Regensburg.

GREINER, B., MÜLLER, C. T. u. WALTER, D. (Hg.) (2006): *Heiße Kriege im Kalten Krieg (Studien zum Kalten Krieg, Bd. 1)*, Hamburg.

HEIMANN, H.-D. (2009): *Die Habsburger – Dynastie und Kaiserreiche*, München.

- HEYDE, J. (2011): Geschichte Polens, München.
- HILDERMEIER, M. (1998): Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München.
- HILDERMEIER, M. (2016): Die Sowjetunion 1917–1991 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 31), Berlin.
- HÖSCH, E. (1996): Geschichte Russlands. Vom Kiever Reich bis zum Zerfall des Sowjetimperiums, Stuttgart.
- ISAACS, J. u. DOWNING, T. (2001): Der Kalte Krieg, Eine illustrierte Geschichte 1945–1991, München.
- LEFFLER, M. P. u. WESTAD, O. A. (Hg.) (2010): The Cambridge History of the Cold War, 3 Bde., Cambridge.
- LOTH, W. (2002): Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 12), München.
- NOLTE, H.-H. (2008): Kleine Geschichte Russlands, Stuttgart.
- PISTOLKORS, G. v. (H.) (2002): Baltische Länder (Deutsche Geschichte im Osten Europas, Bd. 7), Berlin.
- PRIESTLAND, D. (2010): Weltgeschichte des Kommunismus. Von der Französischen Revolution bis heute, Bonn.
- ROTH, H. (Hrsg.) (2009): Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas, Stuttgart.
- STÖVER, B. (2017): Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München.
- TUCHTENHAGEN, R. (2016): Geschichte der baltischen Länder, München.

Friedrich K. Jeschonnek

1.3 Konfliktmuster

I.3.1 Grundlagen	62
I.3.2 Osteuropäische Konfliktfelder	68
I.3.3 Lösungsperspektiven	74
I.3.4 Punktation	75
I.3.5 Literatur- und Quellenverzeichnis	76

Als es am 13. November 2013 auf dem Maidan in der ukrainischen Hauptstadt Kiew zu Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerungsgruppen und Ordnungskräften kam, war dies der Auslöser für eine neue, alle bisherigen Konflikte in der Region übertreffende Krise. Es ging um die außenpolitische Orientierung des Landes – entweder nach West oder nach Ost – und damit auch um Freiheiten, wirtschaftliche Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen in der Ukraine. Diese Krise erreichte im Jahre 2014 mit der russischen Besetzung der Krim und einem Bürgerkrieg in der Ost-Ukraine einen kritischen Höhepunkt. Sie hat bis heute globale Auswirkungen und ist noch lange nicht bewältigt. (s. Teil III.4)



Abb.I.3.1 Besetzung der Krim 2014 durch russische Spezialkräfte ohne Hoheitsabzeichen

Um nicht nur den Bürgerkrieg in der Ukraine, sondern sämtliche Konflikte und Krisenpotentiale in der Region erkennen und verstehen zu können, werden zunächst die Grundlagen von Konfliktentwicklung und deren Bewältigung dargestellt. Daran anknüpfend werden die osteuropäischen Konflikte mit ihren speziellen Eigenschaften erläutert und grundsätzliche Lösungsperspektiven aufgezeigt. Dieser Abschnitt versteht sich als Überblick zur Darstellung von Konfliktursachen, Konfliktentwicklungen, Konflikttreiber und gegenwartsnahe Lösungsansätze in Osteuropa. Er bildet den Einstieg in die Länderorientierten Einzelbetrachtungen der Teile II und III.

I.3.1 Grundlagen

Von einem Konflikt wird gesprochen, wenn Interessen, Ambitionen, Zielsetzungen bzw. Wertvorstellungen von Personen, gesellschaftlichen Gruppen, Organisationen oder Staaten miteinander unvereinbar sind oder unvereinbar erscheinen. In der Sicherheitspolitik stellt ein Konflikt die Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren innerstaatlichen Gruppierungen, Staaten bzw. Staatengemeinschaften um angestrebte materielle oder ideelle Objekte dar. Dabei streben die Konfliktparteien gegensätzliche Ziele an. Sie sind mit Anwendung von Gewalt verbunden. Es wird zwischen geographischen, ethnischen, religiösen, ideologischen und wirtschaftlichen Konflikten bzw. Mischformen unterschieden. (Vgl. MEIER u. a.: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, Hamburg/Berlin/Bonn (2012⁸), S. 265 ff.).

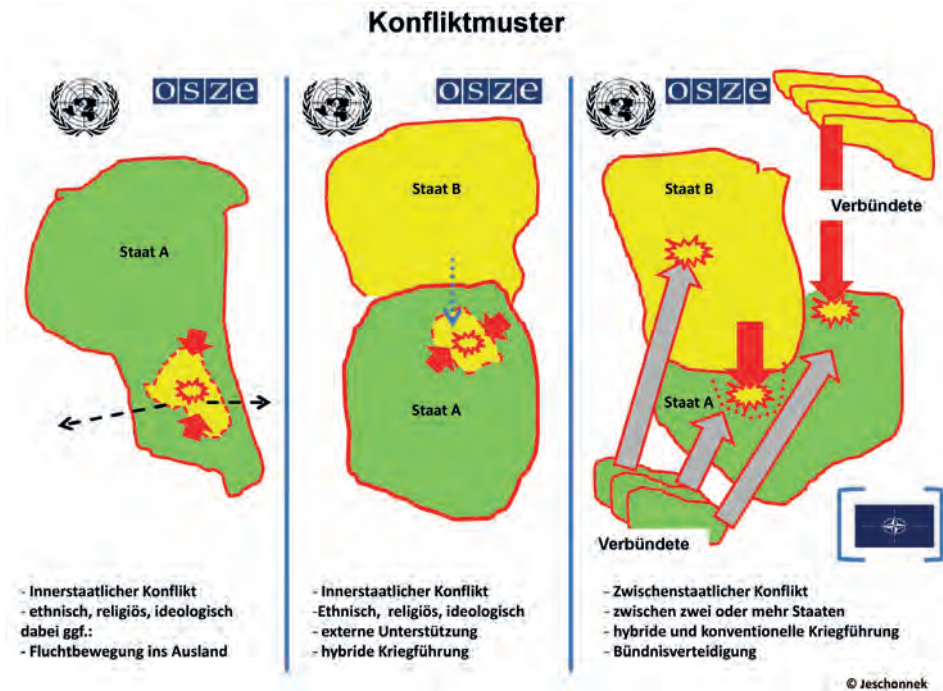


Abb.I.3.2 Grundmuster sicherheitspolitischer Konflikte innerhalb eines Staates, zwischen zwei und mehreren Staaten (v.l.n.r.). Alle Konfliktarten haben Relevanz für die Vereinten Nationen (VN), Konflikte in Europa, Nordafrika und Zentralasien können von der OSZE beobachtet werden.

Konfliktauslöser im internationalen Rahmen können u. a. sein: Die Unterdrückung von ethnischen oder religiösen Minderheiten, Fluchtbewegungen von einem in ein anderes Land, Ziele und Aktionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates Grenzstreitigkeiten, Gebietsansprüche oder auch die Besetzung und Fremdherrschaft.

Darüber hinaus gibt es Mischformen und Bündelungen von Ursachen und Auslösern. Jeder Konflikt ist durch spezielle Eigenheiten wie Ursachen, Abläufe, Kräfte- und Mittelein-

satz bestimmt, die ihn charakterisieren und von anderen abgrenzen. Es gibt Gemeinsamkeiten, die es erlauben, Modelle zur Konfliktbeilegung zu entwickeln und dafür erforderliche Instrumentarien zu schaffen.

Ein Konflikt ist ein dynamischer Prozess, während dessen Ablauf die gegnerischen Parteien versuchen, ihre Ziele zu realisieren. Der Weg zur Zielerreichung und der damit verbundene Kräfte- bzw. Mitteleinsatz werden als (Konflikt-) Strategie bezeichnet. Ein Konfliktverlauf vollzieht sich von einer Polarisierung der Konfliktparteien, von einer Initialisierung, Auslösung und Konfrontation über die Auseinandersetzungen mit unterschiedlicher Intensität der Gewaltanwendung bis hin zur Konfliktbewältigung und Konfliktbeilegung. Konflikte können schnell entstehen und enden. Es gibt auch solche, die sich sehr langsam „aufschaukeln“ und zunächst nicht erkennbar sind. Sie kommen plötzlich zum „Ausbruch“. Es gibt Konflikte, die nur mit erheblichen Kräften und Mitteleinsatz mühsam, erst nach langer Zeit bzw. gar nicht bewältigt werden können.

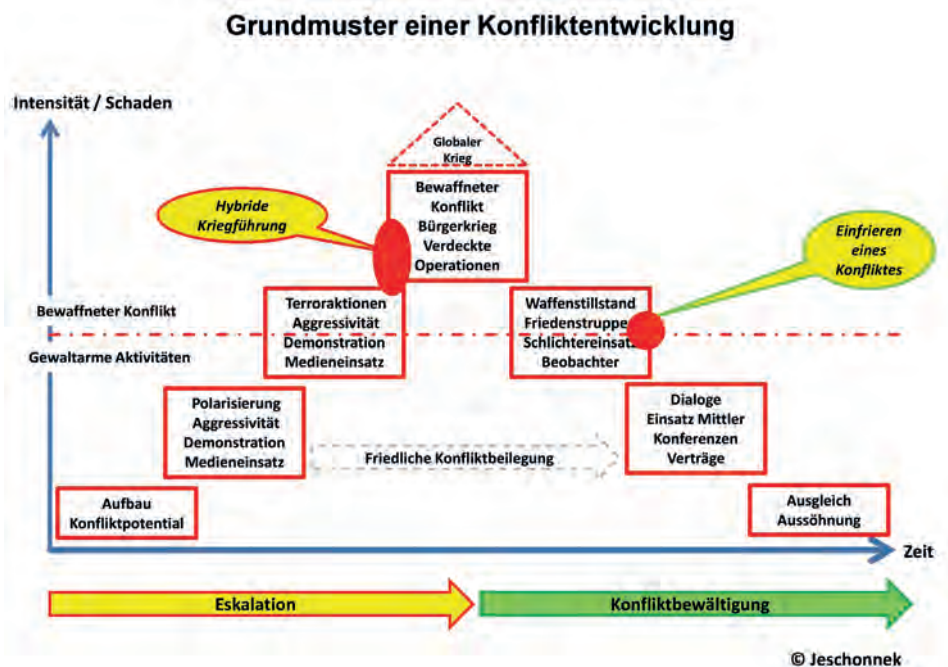


Abb.I.3.3 Idealtypischer Konfliktverlauf: Eskalation und Konfliktbewältigung

Kräfte und Mittel eines Konfliktes können sehr unterschiedlich sein. Von Forderungen bis zu Protesten kann die Skala reichen. Sie beginnt meist mit der Kommunikation der Ziele, erhebt Forderungen, nutzt soziale Medien und eskaliert dann meist in der Anwendung von Gewalt. Zu gewaltfreien bzw. -armen Formen der Konfliktaustragung gehören Protestschreiben, Veröffentlichung von Forderungen, Demarchen, Protestnoten, Medieneinsatz, friedliche Demonstrationen, Androhung von bewaffneter Gewalt, Sanktionen, Boykott, Handelseinschränkungen und Beschlagnahmen von Eigentum des Konfliktgegners.

Im internationalen Rahmen werden diplomatische Vertretungen genutzt, die jeweiligen Positionen darzustellen und auszutauschen. Flankierend werden Medien sowohl zur Darstellung von Positionen und deren Rechtmäßigkeit/Notwendigkeit als auch zur Propaganda, Täuschung und Aufwiegelung genutzt. Das Internet und der Informationsraum können durch Angriffe im Cyber-Raum von Konfliktgegnern eingesetzt werden, um mit nicht letalen Mitteln kritische Infrastrukturen des Gegners zu lähmen oder auszuschalten. Der Bereitschaftsgrad und die Präsenz von Sicherheitskräften können zur Verstärkung der Ernsthaftigkeit, Abschreckung bzw. Deeskalation erhöht werden.

Zur gewaltsamen Konfliktaustragung gehören die Bewaffnung gesellschaftlicher Gruppen, Anschläge, Blockaden, Geiselnahmen, Internierung oder Ermordung von Minderheiten, verdeckter bzw. offener Einsatz paramilitärischer Kräfte, Einsatz von Polizei und Streitkräften, deren Mobilmachung mit Aufmarsch oder die Durchführung von Kriegshandlungen. Ein Konflikt kann in einem definierten Gebiet oder im Extremfall im globalen Rahmen erfolgen: zu Lande, im Luft-/Weltraum, auf See und im Informationsraum.

Seit der völkerrechtlichen Ächtung als Verbrechen bzw. Verbot von Angriffskriegen und Einrichtung internationaler Gerichtshöfe durch die VN sind große, mit Massenheeren ausgetragene Kriege heute keine sicherheitspolitische Option mehr. An deren Stelle sind hybride Auseinandersetzungsformen getreten. Sie nutzen den Informationsraum, soziale Netzwerke zur Propaganda und Manipulation, Demonstrationen (Flashmobs), wirtschaftliche Verknappungen, verdeckt operierende Kräfte und Terroristenstrukturen bzw. Söldnerorganisationen zur Erreichung ihrer operativen und strategischen Ziele.

Merkmale hybrider Kriegführung



Der Hybridkrieg oder die hybride Kriegführung beschreibt eine flexible Mischform der offen und verdeckt zur Anwendung gebrachten regulären und irregulären, symmetrischen und asymmetrischen, militärischen und nicht-militärischen Konfliktmittel mit dem Zweck, die Schwelle zwischen den völkerrechtlich definierten Zuständen Krieg und Frieden zu verwischen.

© Jeschonnek

Abb.I.3.4 Hybride Kriegführung

Bei Entstehen eines Konfliktes im innerstaatlichen wie internationalen Rahmen besteht heute grundsätzliches Interesse der Völkergemeinschaften, einvernehmliche Lösungen zwischen den Streitparteien herbeizuführen. Dabei sollen weitere Eskalation, wirtschaftliche und kulturelle Schäden sowie Opfer in der Zivilbevölkerung, Bürgerkriege bzw. Kriege zwischen Staaten oder Staatengruppen verhindert werden.

Im Verlauf eines Konfliktes können dritte Staaten oder internationale Organisationen durch eine oder die Konfliktparteien als Schlichter angerufen werden. Diese betreiben unter Einbeziehung der Parteien ein Konfliktmanagement. Als Schlichter können einzelne Persönlichkeiten, Sonderbeauftragte, Regierungen oder auch Vertreter von Regierungen mehrerer Staaten in Form von Kontaktgruppen oder Missionen tätig werden. Ihr Management umfasst Maßnahmen und Handlungen zur Beilegung. Dazu müssen die Parteien kompromissbereit und willens sein, ihren Konflikt beizulegen und zu beenden. Sie müssen die Schlichter als solche anerkennen und respektieren. Das Ergebnis kann die Einstellung von Gewalt, Trennung von bewaffneten Kräften, das Erreichen einer vereinbarten Position, ein Interessenausgleich oder eine vertragliche Vereinbarung sein. Im Sinne des Konfliktmanagements kommt es darauf an, einen erneuten Ausbruch zu verhindern und dies mit geeigneten Mitteln und Maßnahmen abzusichern. Ergebnisse eines Konfliktmanagements können u. a. sein: Waffenstillstand, Trennung von Konfliktparteien, Verhandlungen, Verzichtserklärungen, Vereinbarungen, Verträge/Friedensverträge, Autonomien für Minderheiten, Anerkennung von Unabhängigkeit oder Aussöhnung.

Das Konfliktmanagement zielt darauf ab, Eskalation in der Gewaltanwendung zu verhindern, die Konfliktgegner zum gemeinsamen Dialog und zur Lösung zu bewegen. Hierzu gehört, die Konfliktentwicklung mit modernen technischen Mitteln zu beobachten sowie die unterschiedlichen Absichten und Positionen zu erfassen. Bei bewaffneten Auseinandersetzungen werden Kampfpausen ausgenutzt, um einen Dialog einzuleiten, eine Stabilisierung der Lage zu erreichen oder den Status quo ante wiederherzustellen. Gelingt eine Konfliktbeilegung nicht, kann durch einen Waffenstillstand und/oder räumliche Trennung ein Konflikt „eingefroren“ werden. Dauerhaft können Konflikte durch Verträge, Einhaltung und Herstellung gewaltfreier Beziehungen, bis hin zu einer Aussöhnung und Abstellung der Konfliktursachen gelöst werden.

Zur Beilegung bzw. Konfliktregulierung innerhalb demokratischer Staaten gibt es eine unabhängige Gerichtsbarkeit, die zur Schlichtung innergesellschaftlicher Probleme tätig werden können. Nicht demokratische Staaten versuchen innere Konflikte meist durch Einsatz von Gewalt, selten durch Einlenken und Konsens mit ihren Gegnern zu lösen.

Im internationalen Rahmen hat der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) als Forum und Instrument die Aufgabe, Konflikte weltweit möglichst gewaltfrei zu lösen. Die Vereinten Nationen haben seit ihrer Gründung 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg als Schlichter und Mittler in Konflikten gewirkt. Sie waren aber nur dort erfolgreich, wo sich Konfliktgegner zur Verständigung bzw. zum Kompromiss bereit zeigten. Zahlreiche Konfliktlösungen im Rahmen der VN wurden aufgrund des Vetorechts der fünf ständigen

Mitglieder im Weltsicherheitsrat (China, Großbritannien, Frankreich, Russland und Amerika) erschwert. Dies hat auch in Osteuropa Konfliktlösungen verhindert.

Mit ihrem Vetorecht können diese Mächte Beschlüsse des Weltsicherheitsrates, die nicht ihren Interessen entsprechen, blockieren. Dies hat seit Bestehen der Vereinten Nationen dazu geführt, dass nur dort die Bewältigung von Konflikten eingeleitet oder fortgeführt werden konnte, wo dies den Interessen der Veto-Mitglieder entsprach. Ungeachtet dieser Bedingungen konnten die VN in zahlreichen bewaffneten Konflikten die Einstellung von Kampfhandlungen erreichen. Vielfach wurden sie zwar nicht vollständig gelöst, aber zumindest „eingefroren“. Die VN verfügen über die Fähigkeit, aus unbeteiligten Mitgliedsstaaten Friedenstruppen zu generieren und bewaffnete Konfliktparteien zu trennen. Hierzu bedarf es allerdings der Zustimmung der Konfliktparteien auf der Basis einstimmiger Resolutionen des Weltsicherheitsrates (vgl. WOYKE u. a. (2015¹³), Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen/Toronto, S. 498).

Die Entspannung am Ende des Kalten Krieges (s. Teil I.2) hat in Europa zur Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) geführt, zu der nahezu sämtliche europäischen Staaten, als auch die USA und Kanada, beigetreten sind. Darüber hinaus gelten einige nordafrikanische und asiatische Staaten als Partnerstaaten. Die OSZE wurde im Jahre 1995 vor dem Hintergrund jahrzehntelangen des Ost-West-Konfliktes in Europa als ein regionales System kollektiver Sicherheit auf der Basis der Schlussakte von Helsinki (1975), der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) und Charta von Paris (1990) gegründet. Dabei wurden bereits bestehende Strukturen der KSZE übernommen.

Ziele der OSZE sind die Sicherung des Friedens und der Wiederaufbau nach Konflikten in Europa und den angrenzenden Regionen. Sie ist als regionale Vereinbarung gemäß Kapitel VIII der Charta der VN deren erster internationaler Ansprechpartner in der Region und damit eine unterstützende Kraft zur Konfliktbewältigung. Die Aktivitäten der OSZE erstrecken sich auf drei „Körbe“: Sicherheitspolitik, Wirtschaft/Umwelt und Menschenrechte. Die OSZE wird von einem Generalsekretär, am Hauptsitz in Wien, im Auftrag der Staats- und Regierungschef der Mitgliedsländer geleitet. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen den Außenministern der europäischen Mitgliedsländer.

Die Organisation ist seit Anfang der 1990er Jahre in Krisenregionen präsent: Südosteuropa, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien. Hauptaufgabe ist die Beobachtung, Konfliktregulierung, Beratung und wirtschaftlicher Wiederaufbau. Sie führt dazu eine Vielzahl von Programmen unter Beteiligung von Regierungsstellen und gesellschaftlichen Gruppierungen durch. Die OSZE hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte im europäischen und vorder- bzw. zentralasiatischen Raum zu einem anerkannten und weitgehend akzeptierten Konfliktbeobachter und Schlichtungsgremium entwickelt. Ihre Stärken liegen in der Beobachtung, Lagefeststellung und Vertrauensbildung. Sie kann Initiativen zur Konfliktschlichtung einleiten. Sie ist jedoch nicht konzipiert und befähigt, in Konflikte mit Waffengewalt einzugreifen bzw. bewaffnete Parteien zu trennen.

Des Weiteren haben sich Staatengemeinschaften, Bündnisse und Allianzen gebildet, um ihre Mitgliedsstaaten im Konfliktfalle zu schützen bzw. wirtschaftlich in größerem Stil zu unterstützen. Hierzu gehören in Europa die NATO und EU (s. Teil I.4). Das gemeinsame Ziel von VN, OSZE, NATO und EU ist es, dass sie Stabilität und Sicherheit anstreben und Konflikte – wo immer möglich – gewaltfrei lösen wollen. Während VN und OSZE über Beobachtungs- und Schlichtungsfähigkeiten verfügen, ist die NATO ein transatlantisches sicherheitspolitisches Schutzbündnis mit militärischen Fähigkeiten zur Durchsetzungs- und Durchhaltefähigkeit. Die EU ist eine gesamteuropäische Staatengemeinschaft, die eine tiefe Integration ihrer Mitgliedsstaaten in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen entwickelt hat und weiter anstrebt. Militärisch kann die EU derzeit nur unter Abstützung auf Fähigkeiten der NATO und ihrer Mitgliedsstaaten handeln.

In Osteuropa haben sich im ersten Jahrzehnt nach Auflösung der Sowjetunion (s. Teil I.2) neue demokratisch geprägte Staaten gebildet und die strukturellen bzw. wirtschaftlichen Belastungen aus der Zeit des Kalten Krieges überwunden. In diesem Rahmen entwickelte sich die Russische Föderation als neue Großmacht und Nachfolger der Sowjetunion und des Zarenreiches. Nach einer Phase der Entspannung entstand eine neue Polarisierung verbunden mit Spannungen zwischen den osteuropäischen NATO- bzw. EU-Staaten und der Russischen Föderation, welche die sicherheitspolitische Lage in Osteuropa negativ beeinflusst. Sie wirkt sich zugleich auf Stabilität, Sicherheit und Lösung der in der Region bestehenden Konflikte aus.

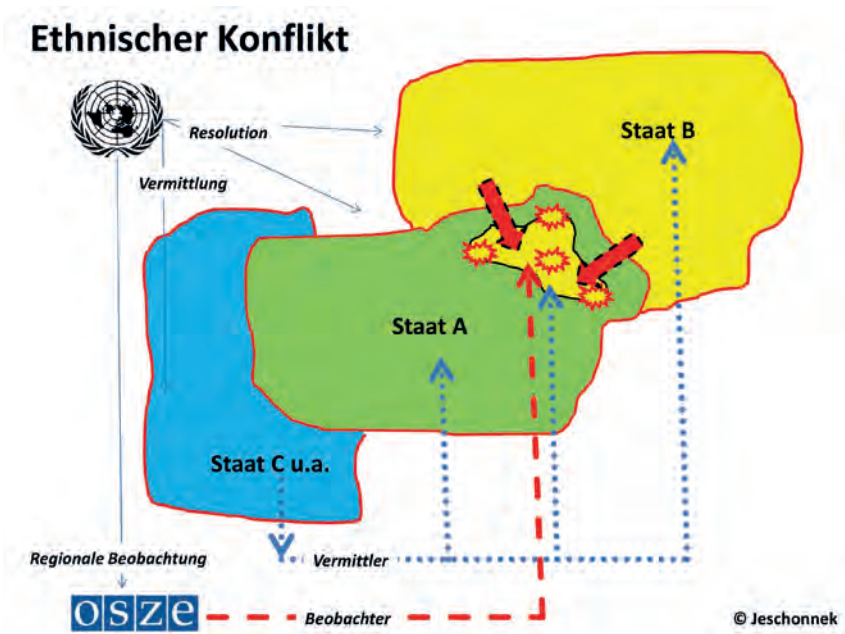


Abb.I.3,5 Grundmuster für ethnische Konflikte u.a. auch in Osteuropa

Bereits mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und dem Ende der Sowjetunion entstanden in Osteuropa und im Kaukasus neue, zunächst innerstaatliche Konflikte, die im Wesentlichen ethnische, religiöse und wirtschaftliche Ursachen haben. Mit den vorhandenen Instrumenten der VN und der OSZE sowie Vermittlerstaaten bzw. Truppenstellern für die VN konnten diese Konflikte regional eingegrenzt, „eingefroren“ bzw. kontrolliert werden. Bewältigt sind sie nicht. Ihre Dimensionen und Gefährdungspotentiale werden nachstehend erläutert.

I.3.2 Osteuropäische Konfliktfelder

Staat	Konflikt-Charakteristik	Status	siehe
Estland	Im Rahmen der Unabhängigkeit Estlands wurden die Grenzen mit der RF verhandelt. Dies zog sich mit kleineren Gebietsverlusten bis 2011 hin. Der potentielle Konflikt wurde diplomatisch beigelegt. Ein neuer Ausbruch ist unwahrscheinlich.	gelöst	Beiträge II.1
	Im Ostteil des Landes lebt eine schwer integrierbare russische Minderheit. Unruhen in der russischstämmigen Bevölkerung könnten als Vorwand für eine russische Intervention dienen. Estland wird u.a. durch NATO-Bündnisverteidigung im Rahmen eFP/ Baltic Air Policing geschützt.	Konfliktpotential <i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	(I.4)
Lettland	Im Rahmen der Unabhängigkeit Lettlands wurden die Grenzen mit der RF verhandelt. Diplomatische Konfliktlösung 2008.	gelöst	II.2
	Unruhen durch russischstämmige Nichtbürger könnten als Vorwand für eine Intervention der RF dienen. Lettland wird u.a. durch NATO-Bündnisverteidigung im Rahmen eFP/Baltic Air Policing geschützt.	Konfliktpotential <i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	(I.4)
Litauen	In Litauen gibt es keine akuten Konfliktfelder. Litauen ist im Rahmen der NATO-Bündnisverteidigung geschützt.	<i>Keine ethnischen Probleme</i>	II.3 + I.4
	Südliche Teile Litauens haben Bedeutung für die Gewinnung einer Landverbindung von Russland zum Oblast Kaliningrad.	<i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	
Polen	In Polen gibt es keine akuten Konfliktfelder, dennoch fühlt sich Polen durch die militärischen russischen Fähigkeiten bedroht. Im Fall eines osteuropäischen Konfliktes in anderen Teilen der Region könnte es in den Konflikt gezogen werden. Eine Aussöhnung historischer Hypothesen mit der RF steht aus.	<i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	II.4

Ungarn	Ungarn ist derzeit nicht von Konflikten bedroht. Hinsichtlich der ungarischen Minderheiten in der Slowakei bestehen Spannungen mit der Slowakei. Eine Lösung mit der Slowakei steht aus.	<i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	II.5
Slowakei	Die Slowakei entstand durch die friedliche Aufteilung der Tschechoslowakei in Tschechien und Slowakei Anfang der 1990er Jahre. Die Trennung ist ein Beispiel für eine erfolgreiche gewaltfreie Konfliktlösung. Keine aktuellen Konfliktfelder.	gelöst	II.6
		<i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	
Rumänien	Innerhalb Rumäniens und mit seinen Nachbarn bestehen keine aktuellen Konfliktfelder. Die Entwicklung in der Ukraine wird als Gefahr für die Sicherheit und Stabilität in der Region bewertet. Rumänien unterstützt die Ukraine bei der Modernisierung von Sicherheitsstrukturen	<i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	II.7
Weißrussland (WR)	WR ist Verbündeter der RF in Osteuropa. Von WR geht derzeit keine militärische Bedrohung in Osteuropa aus. Interne Gefahr von Unruhen durch oppositionelle Gruppen. Nation building noch nicht abgeschlossen. Gefahr innerer Krise mit Intervention Russlands möglich. WR ist potentiell Durchmarschgebiet von Truppen der RF in Richtung Ostsee/Kaliningrad.	<i>derzeit keine Konfliktgefahr</i>	III.1
		<i>Inneres Konfliktpotential (derzeit ruhig)</i>	
Moldawien	Mit Ende der UdSSR und Unabhängigkeit Moldawiens erklärten sich die moldawischen Regionen Transnistrien und Gagausien als unabhängig. Moldawien versuchte, mit Waffengewalt die Sezession zu beenden. Durch Eingreifen der im Lande stationierten russischen Truppen ist Transnistrien bisher ein unabhängiger Staat innerhalb Moldawiens. Gagausien konnte durch Verhandlungen im Autonomiestatus integriert werden. Die Region Transnistrien ist von der RF wirtschaftlich abhängig. Zur Konfliktlösung ist die Bereitschaft Transnistriens zur Reintegration in Moldawien und Akzeptanz der RF erforderlich.	<i>„Eingefrorener“ Konflikt Transnistrien</i> <i>Gelöster Konflikt Gagausien</i> <i>Ungelöster Konflikt Transnistrien</i>	III.2

Russland (RF)	Grundsätzlich: Inneres Konfliktpotential durch Minderheiten bzw. Regionen, die sich von der RF unabhängig machen wollen.	<i>Inneres Konfliktpotential (nicht akut)</i>	III.3
	Separatistengruppen erklärten 1991 Tschetschenien für unabhängig von der RF. In zwei Kriegen 1994–95 und 1999–2000 Rückeroberung durch Truppen der RF, Einsetzen einer Regierung.	<i>Niederschlagung der Sezession und Unterdrückung</i>	
	2014 Besetzung der Krim durch Truppen der RF löst den „Ukraine“-Konflikt aus. Die Annexion der Krim wird nicht anerkannt, nährt die Furcht vor einer expansiven RF. Rückforderung der Krim durch Ukraine.	<i>Umstrittene Annexion Ungelöster Konflikt</i>	
	Verdeckte militärische und propagandistische Unterstützung der separatistischen Kräfte in den ukrainischen Regionen von Donezk und Luhansk durch RF. Unterstützung der Rebellen erschwert Konfliktlösung.	<i>Verdeckte Unterstützung von Konfliktparteien</i>	
	Wirtschaftliche und militärische Unterstützung des de facto Staates Transnistrien (siehe Moldawien).	<i>Erschwert Konfliktlösung</i>	
	Offene und verdeckte Unterstützung der Abchasier und Osseten in Georgien Georgien-Krieg 2008 – VN-Vermittlung	<i>Eingefrorener Konflikt</i>	
Ukraine	2013 Innere Unruhen wegen West-Orientierung und wirtschaftlicher Lage	<i>stabilisiert</i>	III.4
	2014 Annexion der Krim durch RF. Rückgabe durch Ukraine mit internationaler Unterstützung gefordert.	<i>Ungelöster Konflikt</i>	
	2014 bis heute Bürgerkrieg in der Ostukraine. 2015 Waffenstillstandsabkommen von Minsk I/II, seitdem Verstöße gegen das Abkommen. OSZE-Konfliktmanagement	<i>Ungelöster Innerer Konflikt mit Einfluss Russlands, OSZE und EU</i>	

Georgien	Die Minderheit der Abchasier erkämpfte 1992–93 von Georgien eine Autonomie. Seitdem de facto Staat ohne internationale Anerkennung. Waffenstillstand seit 1993 und Überwachung	<i>Eingefrorener innerer Konflikt</i>	III.5
	1991–92 Abspaltung der südossetischen Provinz mit dem Ziel Anschluss an RF Folge: Krieg in Südossetien, Einmarsch russischer Truppen. Südossetien ist international nicht anerkannt. Wird von RF wirtschaftlich und militärisch unterstützt.	<i>Eingefrorener Innerer Konflikt Georgiens</i>	
	2008 Russisch-Georgischer Konflikt um Südossetien. Waffenstillstand – Rückzug RF aus Georgien. VN-Resolution zur Konfliktbeendigung. Bilaterale Versöhnung RF-Georgien steht aus.		

Seit der politischen Neuordnung des Osteuropäischen Raumes – Ende des Warschauer Paktes und der Sowjetunion – gibt es gemäß der o. a. Übersicht bzw. Zählweise rund 20 potentielle und tatsächliche Konfliktfelder in unterschiedlicher Ausprägung und verschiedenen Entwicklungsstadien.

Als weitgehend bewältigt und gelöst kann man die Konfliktbereiche um die Grenzen zwischen der Russischen Föderation und den Baltischen Staaten, die friedliche Teilung der Tschechoslowakei in die Staaten Tschechien und Slowakei sowie die Reintegration Gagausiens in den Staat Moldawien bezeichnen.

Sieben Konfliktfelder waren bzw. sind in der Russischen Föderation, der Ukraine, Moldawien und Georgien von erheblichen Gewaltaktionen oder Kampfhandlungen durch Bevölkerungsgruppen, paramilitärische Kräfte und/oder Streitkräfte geprägt. Während diese Konflikte innerhalb der Russischen Föderation (Tschetschenien) Moldawien und Georgien im Hinblick auf Kampfhandlungen weitgehend als „eingefroren“ und international kontrolliert bezeichnet werden können, ist der Konflikt in der Ukraine durch immer wieder auflebende Gefechtshandlungen zwischen ukrainischen Regierungstruppen und Aufständischen geprägt und birgt weiterhin Eskalationsgefahren. (s. Teil III.4)

Konfliktpotential besteht im Baltikum in Estland bzw. Lettland und im weitesten Sinne grundsätzlich entlang der NATO-Ostgrenze (s. Teil I.4 u. Teil II). Die Russische Föderation sieht Konfliktpotential in der NATO-Osterweiterung, dem Air-Policing im Baltikum, den militärischen Ausbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen zur Bündnisverteidigung entlang der Ostgrenze und reagiert mit Kräftekonzentrierungen und Manövern. Die NATO-Staaten dagegen sehen in der Annexion der Krim und dem Bürgerkrieg in der Ukraine eine Blaupause für ein mögliches russisches Intervenieren in weiteren osteuropäischen Staaten. Als Reaktion stützen sich die NATO-Staaten auf ihre im Kalten Krieg bewährte Doppelstrategie von Dialogbereitschaft und verbesserter militärischer Abschreckung durch Bündnisverteidigung.

Insbesondere die osteuropäischen NATO-Staaten sind besorgt, dass krisenhafte Entwicklungen wie in der Ukraine, Moldawien und Georgien in dieser oder ähnlicher Form ihre innere Stabilität und äußere Sicherheit gefährden könnten. Befürchtet wird, dass neue Konfliktformen in Form von bewaffneten secessionistischen Minderheiten, verdeckt kämpfenden Gruppen, von religiös-fanatischen Terroristen, von Angriffen im weltumspannenden Informationsraum bzw. von Cyberattacken, Propaganda bzw. „Fake News“ oder auch durch organisierte Kriminalität und Abschnürung von der Energieversorgung destabilisierend in Osteuropa wirksam werden könnten.

Konfliktursache ist, dass trotz Neuordnung und Demokratisierung in Osteuropa nach Ende des Kalten Krieges zahlreiche Staaten entstanden, deren Grenzen nicht immer den ethnischen Strukturen entsprachen und damit die Grundlage neuer Konflikte in sich bargen. Dies ist nicht nur in Osteuropa so, sondern auch in anderen Teilen der Welt. Dennoch sind es gerade die Regionen in Osteuropa, Südosteuropa und in Vorderasien, in denen Minderheitenprobleme zum Auslöser von Gewalt und Destabilisierung bis hin zu Bürgerkriegen waren und sind. Dabei sind es vor allem die russischstämmigen Minderheiten, die in Moldawien, in Georgien, der Ukraine sich benachteiligt fühlen. Sie erhielten von Russland erhebliche finanzielle, offene oder verdeckte militärische Unterstützung. So befinden sich sog. „Russische Friedenstruppen“ in Transnistrien, Abchasien und Südossetien. Die Aufständischen in der Ukraine werden durch verdeckt eingesetzte paramilitärische Kräfte bzw. Söldner russischer Herkunft unterstützt.

Der Anspruch in der Militärdoktrin, russische Bürger auch außerhalb der Landesgrenzen zu schützen und zu verteidigen, dient als Legitimation für Interventionen wie auf der Krim. Militärisch unterstützt werden russische Minderheiten in Transnistrien, Abchasien und Südossetien. Daher lassen sich die heute eingefrorenen oder akuten Konflikte in Osteuropa nur in Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation lösen. Sicherheit und Stabilität hängen von der Kompromissbereitschaft und Zurückhaltung der Russischen Föderation ab.

Die Russische Föderation versteht die Schutzmaßnahmen von NATO- und EU-Staaten und die westlichen Wirtschaftshilfen in Moldawien bzw. der Ukraine als Teil einer amerikanischen Einfluss- und Geopolitik und sieht darin eine weltweite Einkreisung Russlands. Mit dieser Bedrohungsdarstellung sollen innerer Zusammenhalt, Gemeinschaftsgefühl, Belastbarkeit und Ertragen interner Unzulänglichkeiten in der Bevölkerung erreicht und die Machtausübung der Regierung ermöglicht bzw. erleichtert werden. Zugleich wird damit eigenes Großmachtstreben als Naturrecht und „Gegenpol“ zu den USA und der EU begründet. Die Osterweiterung der NATO wird in der Russischen Föderation als politische Niederlage der letzten sowjetischen Regierung verstanden. (s Teil III.3)

Des Weiteren besteht in fast allen osteuropäischen Staaten aufgrund der unvollendeten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation mehr oder weniger latentes Potential für Instabilitäten bis hin zu Unruhen. Auslöser könnten diktatorische Amtsausübung der Regierung, wirtschaftliche Notstände und Menschenrechtsverstöße gegenüber ethnischen Minderheiten sein. Insbesondere der Vielvölkerstaat Russland ist aufgrund

seiner räumlichen und ethnischen Dimensionen latent „unruhegefährdet“. Andererseits könnten konservative Strömungen in osteuropäischen Staaten den Bestand der demokratisch ausgeprägten EU gefährden. (s. Teil II.3 u. II.4)

Seit den Anfängen neuer konfliktträchtiger Entwicklungen in Osteuropa haben die VN versucht, deeskalierend und stabilisierend Einfluss zu nehmen. Hierzu gehören zahlreiche VN-Resolutionen sowohl zur Anerkennung neuer osteuropäischer Staaten wie Slowakei, Moldawien und Georgien, als auch die Ablehnung der Unabhängigkeit von Transnistrien, Gagausien, Abchasien, Südossetien, Tschetschenien, „Neurussland“ mit Donezk und Luhansk, bzw. „Kleinnrussland“ (Donezk). Im Krisengebiet Georgien/Abchasien wurden im Zeitraum 1993 bis 2009 VN-Friedenstruppen stationiert (Resolutionen 892, 896, 937, 1839 und 1866). Das Mandat wurde 2009 durch Veto der Russischen Föderation beendet. Auch der Krieg in Georgien 2008 wurde auf Druck der VN sehr schnell eingestellt. (s. Teil III.5)

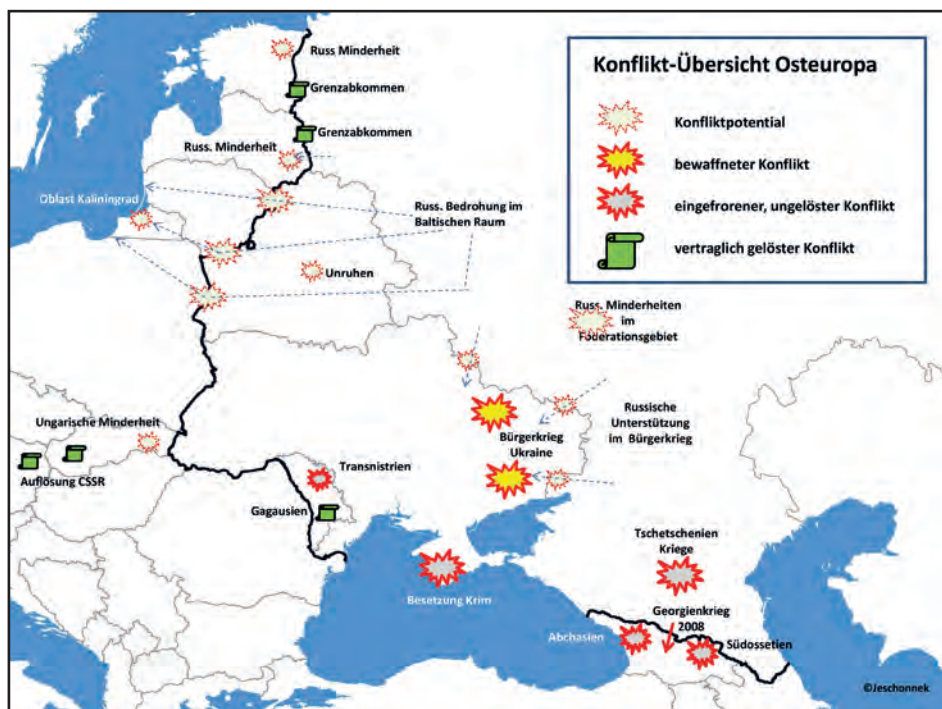


Abb.I.3.6 Konfliktübersicht Osteuropa

Die OSZE wirkt in den Krisenregionen Moldawien, Ukraine und Georgien mit Beobachtermissionen zur Lagefeststellung für die internationale Gemeinschaft. Dieser Einsatz wird durch die jeweils betroffenen Staaten und die Russische Föderation unterstützt. Das Wirken der OSZE bildet die Grundlage für Dialoge, Verhandlungen und Vereinbarungen. In der Ukraine gelang es im Rahmen der Abkommen von Minsk I und II zumindest die Kampfhandlungen in Intensität und Dimensionierung zu unterbrechen und einen – wenn

auch brüchigen – Waffenstillstand zu erreichen, der derzeit durch die OSZE überwacht wird. (s. Teil III.4)

I.3.3 Lösungsperspektiven

Das bisherige Konfliktmanagement der betroffenen Nationen und ihrer Partnerstaaten haben gezeigt, dass Instrumente wie Dialoge auf diplomatischen bzw. Regierungsebenen, Bildung von Kontaktgruppen(-staaten) und Behandlung im VN-Weltsicherheitsrat geeignet sind, um akute bewaffnete Auseinandersetzungen zu unterbrechen und Konflikte auf dem Niveau eines kontrollierten Waffenstillstandes „einzufrieren“. Wo ein Waffenstillstand unmittelbar nach Ausbruch von Kämpfen erreicht werden konnte, gelang es zugleich, die zivile Bevölkerung und Infrastruktur vor tiefgreifenden Schäden zu bewahren. Hierbei hat sich die OSZE im Rahmen ihres Mandates und Durchsetzungsmöglichkeiten bewährt. Wo sich wie in der Ukraine Auseinandersetzungen trotz Vereinbarungen hinziehen, entstehen erhebliche Opfer in der Bevölkerung, beträchtliche infrastrukturelle Schäden und setzen Fluchtbewegungen mit weiteren Konfliktpotentialen ein.



Abb.I.3.7 Zerstörte Brücken: Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes auf die Infrastruktur in umkämpften Regionen.

Die alleinige Einstellung von Kämpfen ohne diplomatische Folgemaßnahmen befriedigt im Rahmen eines Konfliktmanagements nicht, da derartige eingefrorene Konflikte jederzeit wieder ausbrechen können. Dauerhafte Konfliktbewältigung in den Gebieten Moldawien/Transnistrien, Georgien/Abchasien, Georgien/Südossetien, Ukraine/Neurussland und Ukraine/Krim erfordern diplomatische Dialoge der Beteiligten mit dem Ziel völkerrechtlich verbindlicher Vereinbarungen. Dabei wären die Rechte der russischen Minderheiten, Art des Autonomiestatus, Verzicht auf Beitritt zur Russischen Föderation und damit verbundene juristische, wirtschaftliche und finanzielle Fragen festzulegen.

Die Einbindung der Russischen Föderation erscheint in den eingefrorenen Konflikten besonders schwierig, weil sie ihren Einfluss in einigen Krisenregionen verdeckt ausübt und ihre Position zuweilen als „nicht zuständig“ verschleiern. Andererseits haben auch die betroffenen Staaten Moldawien, Ukraine und Georgien auf weite Sicht Schwierigkeiten, Minderheiten ihren Erwartungen und Erfordernissen entsprechend zu integrieren und wirtschaftlich zu fördern, so dass ein Interesse an dauerhaften Lösungen wegen erwarteter wirtschaftlicher und finanzieller Probleme auf beiden Seiten als nicht sehr ausgeprägt erscheint (s. Teil II u. III). Eine Bereitschaft hierzu ist derzeit in den o. a. Staaten nicht zu erkennen.

Flankierend müssten international überwachte Volksabstimmungen stattfinden, um sowohl den gesamtgesellschaftlichen Konsens in den betroffenen Staaten als auch den innerhalb der betroffenen russischen Minderheiten zu erfassen.

Die Entschlossenheit von NATO durch Dialogbereitschaft und Bündnisverteidigung hat der Russischen Föderation verdeutlicht, dass weiteres Vordringen in den ehemals sowjetischen Machtbereich, Nutzen von ethnischen Opportunitäten und Freiräumen, wie z. B. bei der Annexion der Krim, von der



Abb.I.3.8 Mitwirkung der Russischen Föderation in der OSZE – Russischer Außenminister Sergej Lavrov im Dialog mit dem OSZE-Vorsitzenden Sebastian Kurz (Österreich)

Völkergemeinschaft nicht hingenommen werden. Wirtschaftliche Sanktionen sollen die russische Föderation zum Einlenken und Überdenken ihrer aktuellen Außenpolitik veranlassen. Erreicht werden soll die Bereitschaft zum Dialog. Am Ende sollte die Rückgabe der Krim stehen und die Russische Föderation die Unterstützung der Separatisten in der Ukraine einstellen. Dies ist bislang nicht erreicht worden. Vor diesem Hintergrund sind derzeit in Osteuropa zahlreiche Konfliktfelder ungelöst bzw. eingefroren. Es könnten im ungünstigen Falle weitere entstehen. Ungeachtet dessen bleibt das Erfordernis, die Konfliktfelder zu dauerhaften und friedlichen Lösungen zu führen. Dies bleibt ein langwieriger Prozess.

1.3.4 Punktation

- Osteuropa präsentiert sich auch nach Ende des Kalten Krieges als Konfliktregion mit Auseinandersetzungen um Rechte von Minderheiten, Einflusszonen und Gebietsansprüche. Es werden seit 1990 rund 25 Konflikte gezählt. Fast alle Konflikte haben ethnische Ursprünge.
- Seit 1991 haben sich Polarisierungen und krisenhafte Entwicklungen in Osteuropa vollzogen, bei denen die Russische Föderation aufgrund ihrer Einflussnahme für bzw. auf russische Minderheiten in anderen Staaten als zentraler Konflikttreiber wirkt.
- Die Verschiebung der NATO-Ostgrenze wird von der Russischen Föderation als Bedrohung und Provokation empfunden. Sie dient ihr u. a. als Legitimation für Großmachtpolitik, Aufrüstung und Aktivitäten „hybrider Kriegführung“.
- Zu den ungelösten Konfliktfeldern gehören die de facto Staaten Transnistrien in Moldawien, Abchasien bzw. Südossetien in Georgien, Donezk und Luhansk in der Ukraine. Hierzu zählt auch die Annexion der Krim durch die Russische Föderation.

- Demgegenüber konnten Konflikte in der ehemaligen Tschechoslowakei durch Unabhängigkeit und Anerkennung von Tschechien bzw. Slowakei, die Rolle der Gausier in Moldawien gelöst werden.
- Zur Konfliktbewältigung wirken VN und OSZE durch Resolutionen, Einsatz von Friedenstruppen und Beobachtermissionen. Die VN konnte in einigen Konflikten deeskalierend wirken.
- Langfristige Konfliktlösungen können nur im Einvernehmen mit allen beteiligten Staaten und ggf. ethnischen Gruppierungen mit diplomatischen Mitteln und wirtschaftlichen Hilfen erreicht werden.
- Derzeit sind in Osteuropa dauerhafte friedliche Lösungen in den eingefrorenen Konflikten in Moldawien, Georgien sowie in der Ukraine nicht in Sicht.

I.3.5 Literatur- und Quellenverzeichnis

BEBLER, A. (2015): „Frozen Conflicts in Europe“, Opladen/Berlin/Toronto.

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG, (2016) OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Berlin.

FISCHER, S. (2016): Nicht eingefroren! – Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach im Lichte der Krise um die Ukraine, SWP-Studie, Berlin.

FISCHER, S. u. KLEIN, M. (2016): Denkbare Überraschungen, Elf Entwicklungen, die Russlands Außenpolitik nehmen könnte, SWP-Studie, Berlin.

LANGNER, H. (2009): Krisenzone Südkaukasus, Berlin.

MEIER, E.-C., HANNEMANN, A., MEYER ZUM FELDE, R. (2012⁸): Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, Hamburg/Berlin/Bonn.

MEIER-WALSER, R. u. WOLF, A. (2011): Neue Dimensionen Internationaler Sicherheitspolitik, München.

VOLGER, H. (2007) Grundlagen und Strukturen der Vereinten Nationen, München/Wien.

WOYKE, W. u. VARWICK, J. (2015¹³): Handbuch Internationale Politik, Opladen/Toronto.



I.4 Die NATO und ihre Erweiterung

I.4.1	Zweck und Entwicklung	78
I.4.2	Strukturen, Fähigkeiten, Wirkmuster	82
I.4.3	Ostorientierung	85
I.4.5	Zusammenfassung	91
I.4.5	Punktation	92
I.4.6	Literatur- und Quellenverzeichnis	92

Keine der Staatengemeinschaften ist so eng mit Osteuropa verknüpft wie der Nordatlantiktakt (North Atlantic Treaty Organization: NATO). Die NATO wurde 1949 als sicherheitspolitischer Beistandspakt europäischer Staaten, der USA und Kanadas gegründet. Ihr Zweck war auf das damalige Osteuropa ausgerichtet: Es galt, sich auf eine bündnisgemeinsame Verteidigung gegen die Sowjetunion vorzubereiten und damit eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa zu verhindern. Dies gelang und trug neben anderen sicherheitspolitischen Initiativen wie der Grundsatzakte von Helsinki im Laufe von vier Jahrzehnten zum Ende kommunistischer Herrschaft bei. Nach Auflösung der Sowjetunion wandelte sich das Verhältnis der NATO zur osteuropäischen Region. Zahlreiche Staaten Osteuropas traten nach Ende des Kommunismus der NATO bei. Damit verschob sich zwangsläufig der Verantwortungsbereich der NATO nach Osten.

Eine Kooperation mit der Russischen Föderation als Rechtsnachfolger der einst gegnerischen Sowjetunion wurde begonnen, blieb aber in den Anfängen stecken. Die in den letzten Jahren von der Russischen Föderation betriebene Machtpolitik gegenüber der Ukraine und im Kaukasus löste in der NATO eine Verstärkung und Schwerpunktverlagerung militärischer Sicherheitsstrukturen nach Osten aus. Gleichzeitig wurde Dialogbereitschaft signalisiert. Dieser Ansatz hat zunächst die Spannungen erhöht und erschwert derzeit eine wünschenswerte Friedensordnung in der Region (s. Teil I.2 u. I.3). Um sowohl die aktuelle Rolle der NATO in Konfliktfeldern als auch Aktionen und Reaktionen der Russischen Föderation verstehen zu können, werden Ziele, Zweck, Entwicklung, Strukturen, Fähigkeiten und aktuelle Maßnahmen des Bündnisses in Osteuropa dargestellt.

I.4.1 Zweck und Entwicklung

Das Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 markiert zugleich die Teilung der Welt in zwei Machtblöcke. Auf der einen Seite steht die Sowjetunion mit den von ihr besetzten Staaten, auf der anderen Seite die westliche Welt unter Führung der USA. 1946 spricht der britische Regierungschef Winston Churchill von einem „Eisernen Vorhang“, der Europa teilt. Er spricht aus, was viele europäische Regierungen und deren Bevölkerung befürchten: Die Sorge vor einer weiteren Ausdehnung der sowjetischen Einflussphäre. Ausgelöst durch die sowjetische „Berlin-Blockade“ und die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1948 als letztem freien osteuropäischen Staat schlossen sich im April 1949 Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal und Großbritannien gemeinsam mit Kanada und den USA zu einem Beistandspakt gegen mögliche sowjetische Aggressionen zusammen. Durch die Bereitschaft und die Geschlossenheit, sich im Angriffsfall gemeinsam zu verteidigen, soll die Sowjetunion von einem Angriff auf die Vertragsstaaten abgehalten werden. In Artikel 5 des Vertrages heißt es: „Die vertragschließenden Staaten sind darüber einig, dass ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle betrachtet werden wird...“

US-Präsident Harry Truman erklärt: „Wir hoffen, mit diesem Pakt einen Schutzschild gegen Aggression und die Gefahr von Aggression zu schaffen – ein Bollwerk, das uns die Fortsetzung der gegenwärtigen Arbeit von Regierung und Gesellschaft sowie ein noch erfüllteres und glücklicheres Leben für alle unsere Bürger garantiert.“ (TRUMAN, 1949)

Das Erfordernis ist berechtigt: In Griechenland hatten von 1945 bis 1950 bewaffnete kommunistische Kräfte versucht, einen Machtwechsel herbeizuführen, der aber scheiterte. Am 26. Juni 1950 griffen kommunistische Truppen Nordkoreas verstärkt durch Freiwillige aus China und der Sowjetunion Südkorea an. Erstmals kamen UN-Truppen unter Führung der USA zum Einsatz. Dieser Krieg endete mit dem Waffenstillstand am 27. Juli 1953.

Ziel der NATO war, durch bündnisgemeinsame sicherheitspolitische Abstimmungen, Verteidigungsplanungen und Übungen und Manöver die Sowjetunion abzuschrecken. Dabei nutzte die NATO die nuklearen Fähigkeiten der USA und Großbritanniens als Grundlage für die Verteidigungsplanung in Europa gegenüber der zahlenmäßigen, konventionellen Überlegenheit der UdSSR und ihrer Verbündeten.

1952 traten Griechenland und die Türkei, 1955 die Bundesrepublik Deutschland und 1982 Spanien dem Verteidigungsbündnis bei.

Die Sowjetunion sah in der NATO kein Verteidigungsbündnis, sondern fühlte sich ihrerseits bedroht. Die Allianz wurde vorrangig als Instrument der USA verstanden, welche deren nationale Strategie des „Containments“ bzw. „Roll Back“ (Eindämmen und Zurückwerfen der kommunistischen Internationale) mit Verbündeten in weiteren Pakten wie dem Bagdadpakt (CENTO) und Manilapakt (SEATO) durchsetzen und die Sowjetunion einkreisen wollten. Nachdem sich die kommunistischen Regierungssysteme in Osteuropa mit

sowjetischer Hilfe festigen konnten, wurde vor dem Hintergrund und Vorwand des NATO-Eintritts der Bundesrepublik Deutschland am 14. Mai 1955 der Warschauer Pakt (WP) bzw. Warschauer Vertragsorganisation (WVO), als sicherheitspolitisches „Gegenbündnis zur NATO“ in Osteuropa gegründet.

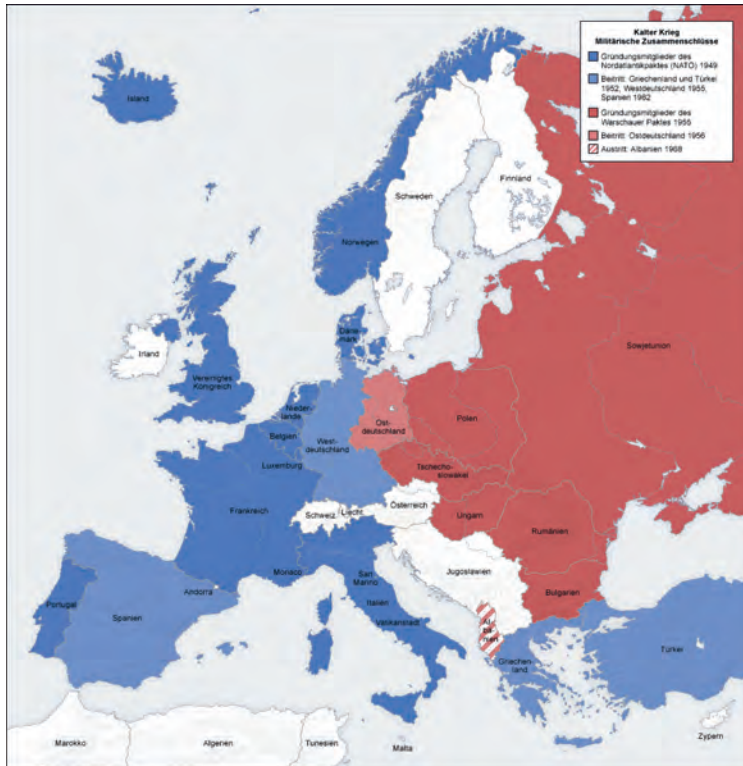


Abb.I.4.1 Militärische Bündnisse in Europa während des Kalten Krieges

Das Bündnis bestand aus den acht Gründerstaaten. Es waren die Sowjetunion, Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei. Die DDR trat kurz darauf nach Gründung ihrer Nationalen Volksarmee am 28. Januar 1956 bei. Albanien schied in den 1960er Jahren aus. Bis zu seiner Auflösung 1991 entwickelte sich der WP zur sowjetisch gesteuerten Sicherheitsarchitektur in und für Osteuropa.

Die NATO war seit ihren Anfängen der Hauptgegner. Ihr wurden aggressive Absichten unterstellt, welche die Sicherheitspolitik im Ostblock bestimmten. Dies spiegelte sich in der politischen Kommunikation, Propaganda bzw. Agitation und in der militärischen Kooperation wider. Vor dem Hintergrund gegenseitiger Bedrohungswahrnehmungen stärkten und modernisierten sowohl NATO-Nationen als auch die WP-Vertragsnationen ihre Strukturen, Fähigkeiten und Planungen für einen konventionellen und nuklearen Krieg. Dieses „Wettrüsten“ bzw. die sich ergebende „Rüstungsspirale“ verhinderte einerseits ei-

nen bewaffneten europäischen Konflikt, belastete finanziell beide Seiten erheblich und beschleunigte letztendlich den Niedergang des Kommunismus in Osteuropa.

In der Zeit des Kalten Krieges durchlief und überstand die NATO als Bündnissystem unterschiedliche Herausforderungen. Hierzu gehört, dass sich die NATO als Bündnisorganisation aus den Krisen wie Berlin-Blockade 1948–49, Koreakrieg 1950–53, Aufstand in der DDR 1953, Ungarn 1956, Suezkrise 1956, Kolonialkriegen ihrer Mitgliedsstaaten (pauschal bis 1980), Kubakrise 1962, Vietnamkonflikten (1945–75), Tschechoslowakei (1968), Putsch und Militärregime in Griechenland (1967–74), Türkische Annexion Nordzyperns (1973), Afghanistan (1979–88) und aus der amerikanischen Weltrauminitiative SDI (1983–88) weitgehend heraushielt. Im Rahmen der Bewältigung dieser Krisen hat die NATO als Bündnisorganisation entweder nur beobachtet, kommentiert bzw. ausgewertet oder sich mit diplomatischen Verlautbarungen begnügt. Ungeachtet dessen waren einzelne bzw. mehrere Mitgliedsstaaten in diese Konflikte bzw. Krisen verwickelt, aber nicht die NATO in ihrer Gesamtheit als Bündnisorganisation. Die Herauslösung französischer militärischer Beteiligung (1963 bis 2010) schadete dem Bündnis wenig, sie erschwerte allerdings die Verteidigungsplanungen und militärische Zusammenarbeit auf den unteren Ebenen der militärischen Strukturen.



Abb.I.4.2 Die NATO-Osterweiterung ist in den betroffenen Staaten nicht unumstritten. Anti-NATO-Demonstration in der Slowakei 2014.

Die NATO überstand die Wirkungen divergierender außenpolitischer Ambitionen ihrer Mitgliedsstaaten. Dieser Tatbestand ist noch heute von Bedeutung, weil die sowjetische und russische Propaganda zuweilen in ihrer politischen Kommunikation sicherheitspolitische nationale Handlungen einzelner Mitgliedsstaaten als NATO-Bündnispolitik oder gar als NATO-Maßnahmen darstellten und sich dieses in das Bewusstsein von ihren Bürgern eingeprägt hat. Mit negativer Propaganda hatte die NATO auch zu kämpfen, als sie die Nachrüstung von Mittelstreckenraketen als Gegengewicht zur vergleichbaren sowjetischen Bedrohung (SS-20) beschloss und im Bündnisrahmen implementierte. Aus dieser Zeit stammt auch der Begriff vom „Gleichgewicht des Schreckens“.

Als 1973 auf Initiative des WP die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zusammentrat, wurde das von der NATO begrüßt. Die Teilnehmerstaaten der KSZE führten die Gespräche außerhalb ihrer Bündnisse. Entsprechend lagen bei den Verhandlungen zu Fragen der konventionellen Truppenreduzierungen im Rahmen von Mutual Balanced Force Reductions (MBFR) und später Conventional Forces Treaty (KSE) NATO und Warschauer Pakt nur als geographische Bezugsräume zugrunde. Die NATO wurde erst einbezogen, als die Umsetzung des KSZE-Abkommens in den 1990er Jahren zu vertrauensbildenden Maßnahmen, Abrüstung und Rüstungsbegrenzungen führte.

Innereuropäische Aktivitäten europäischer NATO-Staaten in Strukturen der Westeuropäischen Union (WEU, 1954–2000) dienten dem sicherheitspolitisch-militärischen Informationsaustausch und der Kenntnisnahme von europäischen Rüstungsprojekten und deren Standardisierung. Aufgrund ihrer strukturellen Auslegung war die WEU weder Konkurrenz noch Hemmnis für die Entwicklung und Bestand der NATO. Die WEU diente dem Warschauer Pakt und der Sowjetunion ebenfalls als Bedrohungsmuster und musste in der Propaganda des Kalten Krieges als weiteres westliches Bündnis herhalten.

Nach Auflösung des WP entwickelte sich die NATO in Osteuropa zunächst als geschätzter Partner in militärischen Ausbildungs- und Entwicklungsfragen. Mit der schrittweisen Aufnahme osteuropäischer Staaten in die NATO verschob sich die Bündnisgrenze weiter ostwärts. Durch den politischen Wandel in der Russischen Föderation ab 2000 und deren Rolle in Konfliktfeldern in Europa ist die eingeleitete Kooperation zwischen NATO und Russland seit 2013 in ein neues Spannungsverhältnis umgeschlagen.

Während der ersten vierzig Jahre war die NATO auf Abschreckung, dann zusätzlich auf Entspannung ausgerichtet. Mit der Auflösung des WP und der Sowjetunion übernahm die NATO auf der Basis von VN-Resolutionen Stabilisierungseinsätze auf dem Balkan, in Afghanistan und in anderen Krisenregionen, die bis heute – wenn auch stark vermindert – andauern. Erstmals wurde 2001 anlässlich der terroristischen Anschläge in den USA der Bündnisfall gem. Artikel 5 des Nordatlantikvertrages erklärt.

EU in Osteuropa

Die Europäische Union (EU) besteht aus 28 Mitgliedsstaaten mit mehr als einer halben Milliarde Einwohner. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist der EU-Binnenmarkt der zweitgrößte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Die EU stellt eine eigenständige Rechtspersönlichkeit dar und hat daher Einsichts- und Rederecht bei den Vereinten Nationen. Die Staaten der EU sind gemeinsam der größte Güterproduzent und die größte Handelsmacht der Welt. Die Staaten der EU haben einen der höchsten Lebensstandards weltweit. Dies hat die EU für die osteuropäischen Staaten zu einer attraktiven Staatengemeinschaft gemacht.

Die EU betreibt eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik. Für Einsätze muss die EU sich auf Fähigkeiten ihrer Mitgliedsstaaten und der NATO abstützen. Kräfte, die im Rahmen der EU eingesetzt werden, fehlen der NATO (Prinzip „Single Set of Forces“). Dennoch ergänzen die Truppen von Nicht-NATO-Staaten der EU den Pool verfügbarer Truppen. In Abstimmung mit der NATO hat u.a. deshalb die EU Stabilisierungsoperationen übernommen.

In Osteuropa konzentriert sich die EU in Abstimmung mit der NATO auf Konfliktvermittlung, wirtschaftliche und kulturelle Vermittlung. Die militärischen Fähigkeiten osteuropäischer Staaten können und werden auch der EU zur Verfügung gestellt. Die Osterweiterung der EU wird von der Russischen Föderation weniger kritisiert als die der NATO. 23 EU-Staaten kooperieren militärisch im Rahmen der PESCO-Vereinbarung vom 13. November 2017 (PESCO = Permanent Structured Cooperation).

Während der gesamten Zeit ihres Bestehens wurde die NATO mehrfach Reformen unterzogen. Die Organisation mit ihren Strukturen, Fähigkeiten und Beziehungsgeflechten erwies sich als Korsett, welche die sehr heterogene atlantische Staatengemeinschaft gegenüber unterschiedlichsten Herausforderungen zusammengehalten hat und auch in Osteuropa zur Stabilisierung und Abschreckung weiterhin beiträgt. Auch wenn die NATO von kritischen Fachleuten und in den Medien vielfach als wirkungsarm kritisiert wird, hat sie über innere wie äußere Krisen ihren Bestand nicht nur erhalten, sondern ihren Wirkungsgrad erweitert. Soldaten im Dienst der NATO und Leistungen von NATO-Kräften werden in der breiten Öffentlichkeit ihrer Mitgliedsländer geachtet.

1.4.2 Strukturen, Fähigkeiten, Wirkmuster

Die NATO ist seit ihrer Gründung vertragsrechtlich und organisatorisch weiterentwickelt worden. Entscheidungen werden getroffen und Maßnahmen gemeinsam umgesetzt, wenn sämtliche Mitgliedsstaaten zugestimmt haben. Das Bündnis verfügt über eigene Strukturen und Ressourcen, um in den strategischen Feldern Abschreckung, Krisenmanagement und Entspannung handlungsfähig zu sein. Ressourcen werden im Einsatzfall mit Fähigkeiten der 29 Mitgliedsstaaten zu handlungs- und durchhaltefähigen Militärstrukturen gebündelt. Die Ukraine und Georgien haben mehrfach Interesse bekundet der NATO beizutreten.

Die Spitze der NATO umfasst eine zivilpolitische Struktur. Oberstes Gremium ist der NATO-Rat (North Atlantic Council, NAC), der sich aus den Regierungschefs der Mitgliedsnationen zusammensetzt. Der NATO-Rat tagt jährlich, nach Bedarf auch mehrfach, beurteilt sicherheitspolitische Entwicklungen und trifft Entscheidungen. Er wird durch den Generalsekretär, weiteren Stellvertretern und das zivile NATO-Hauptquartier in Brüssel unterstützt. Das Hauptquartier besteht aus einem Stab, dessen Abteilungen sicherheitspolitische relevante Arbeitsgebiete wie Krisenmanagement, Rüstung, Logistik, Umweltschutz, Information und Kommunikation u. a.m. abdecken. Im Hauptquartier sind die Regierungen der Mitgliedsstaaten mit Ständigen Vertretungen präsent.

Weitere Unterstützung erfährt der NAC durch internationale Gremien-, Ausschuss- und Arbeitsgruppenstrukturen, in denen Fachleute der Mitgliednationen an der Abstimmung von Projekten, Entwicklungen und Modernisierungen zusammenwirken. Ihm unterstehen Agenturen zur Beschaffung und Kommunikation (NSPA), die Nukleare Planungsgruppe (NPG), die Frühwarnkräfte (NAEW & C), das strategische Lufttransportelement. Nach Ende des Kalten Krieges koordiniert der Europäisch-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPC) das Partnership-for-Peace-Programm (PfP) mit 29 NATO-Nationen und 21 Teilnehmerstaaten am PfP-Programm. Im Rahmen Osterweiterung der NATO sind Gremien wie der NATO-Russland-Rat (NRC), die NATO-Ukraine-Kommission (NUC) und die NATO-Georgien-Kommission (NGC) entstanden.

Dem NAC unterstehen militärischen Strukturen, die im Laufe der Entwicklung mehrfach reformiert und in den letzten Jahrzehnten reduziert wurden. Die militärische Spitze der

NATO besteht aus dem Militärkomitee (MC) der Generalstabschefs. Der Vorsitzende des MC wird für drei–vier Jahre gewählt. Derzeit hat diese Funktion erstmals der tschechische General Petr Pavel. Das MC wird durch den Internationalen Militärstab (IMS) unterstützt.

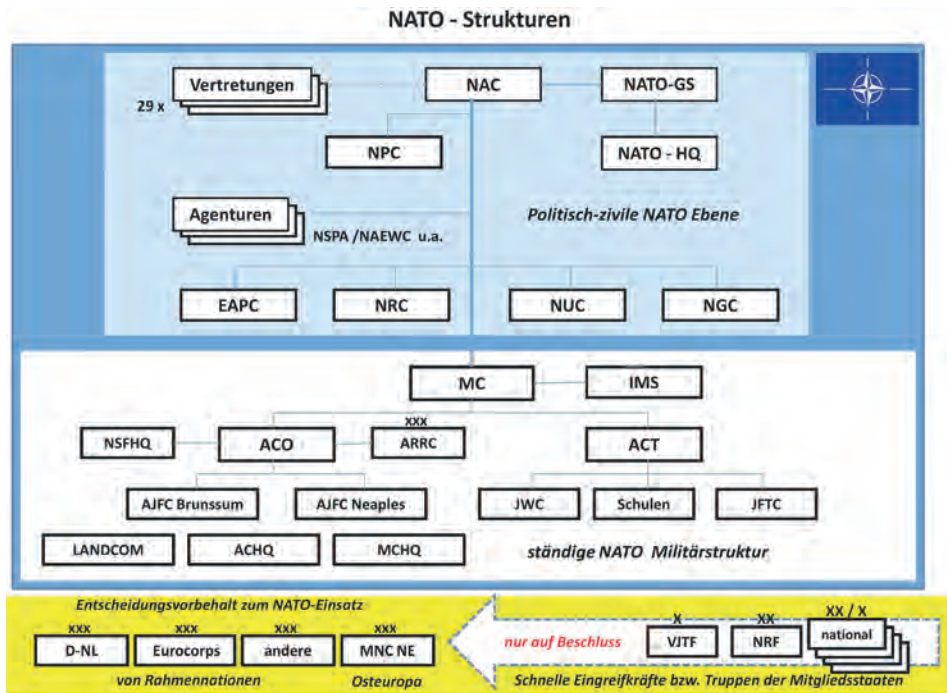


Abb.I.4.3 NATO-Strukturen 2017

Nachgeordnet sind zwei strategische Oberkommandos, das Allied Command Operations (ACO; früher SHAPE) und das Allied Command Transformation (ACT, früher Atlantisches Kommando, ACLANT). ACO in Mons, Belgien, ist für NATO-Operationen, Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit von Kräften zuständig, während ACT in Norfolk, USA, für Weiterentwicklung, Ausbildung, Übungen und Standardisierung die Verantwortung trägt.

Dem ACO unterstehen zwei ständige streitkräftegemeinsame Hauptquartiere, das Allied Joint Forces Headquarters (AJFC) Brunssum und das Allied Joint Forces Headquarters (AJFC) Neapel, welche je nach Region Truppenstrukturen in Einsatzgebieten führen. Zur Koordination von Teilstreitkräften unterhält die NATO je ein Component Command in Form eines Landstreitkräftehauptquartiers (LANDCOM) in Izmir, eines Landluftstreitkräftehauptquartiers (ACHQ) in Ramstein, eines Marinehauptquartiers (MCHQ) in Northwood und eines Spezialkräftekommandos (NSFHQ) in Mons. Die Verantwortlichkeiten für Osteuropa teilen sich AJFC Brunssum vom Baltikum bis einschließlich Ungarn, während südlich davon das AJFC Neapel verantwortlich zeichnet.

Dem ACT in Norfolk unterstehen NATO-Schulen und Ausbildungszentren. Hierzu gehören die NATO-Schule in Oberammergau, das Joint Warfare College (JWC) in Stavanger, Norwegen, das Joint Force Training Centre (JFTC) in Bydgoszcz, Polen, sowie weitere kleinere Schulungseinrichtungen.

Weitere direkt dem NATO-Rat unterstehen ein besonderer militärischer Planungsstab, die luftgestützten Frühwarn- und Führungskräfte NAEW&CFC (früher AWACs) in Mons, die militärische US-Kanada Planungsgruppe in Washington und die NATO Strategic Lift Flight in Pápa, Ungarn.

Die eigentlichen Truppenkontingente von Heer, Luftwaffe und Marine werden seit je her von den Nationen festgelegt und im Einsatzfalle bzw. für NATO-Manöver durch die Mitgliedsnationen der NATO auf der Basis politischer Entscheidungen unterstellt. Dabei wird zwischen Truppen unterschieden, die für NATO-Strukturen und Regionen vorgesehen sind (earmarked/zweckgebunden) und mit denen die NATO planen und im Konfliktfalle rechnen kann sowie weiteren Kräften, die im Bedarfsfalle der NATO unterstellt werden. Darüber hinaus verfügt nahezu jedes Mitgliedsland über Truppenteile, die in nationaler Verfügungsgewalt bleiben, allerdings mit NATO-Kräften zusammenarbeiten.

In der Zeit des Kalten Krieges konnten die für die Bündnisverteidigung erforderlichen Kräfte festgelegt, aufgestellt, ausgebildet und vorbereitet werden. Nach Ende des Kalten Krieges und den Truppenreduzierungen in West und Ost wurden von der NATO sog. NATO Response Forces (NRF) aus Truppenteilen mehrerer Mitgliedsstaaten zeitlich befristet zusammengestellt, die unter Führung einer Rahmennation (Framework-Nation) aufgestellt, ausgebildet und zertifiziert werden, um dann für ein Jahr für Einsätze abrufbereit zu sein.

Nur die zur NATO-Struktur zählenden Hauptquartiere, Truppenteile und Behörden werden aus dem NATO-Budget finanziert, während die von den Mitgliedsnationen zur Verfügung gestellten Truppen durch diese versorgt, transportiert und finanziert werden. Aufgrund der unterschiedlichen Größe und ökonomischen Möglichkeiten der Mitgliedsländer sind die militärischen und finanziellen Beiträge der Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich. Militärisch stärkste Nation im Bündnis sind die USA, die hinsichtlich qualitativer und quantitativer militärischer Fähigkeiten einen großen Abstand zu Nationen wie Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien, Griechenland und der Türkei haben. Weitere NATO-Staaten sind weder in der Lage, ihr eigenes Territorium allein zu verteidigen, noch größere Truppenteile nach einer Mobilmachung zur Verfügung zu stellen.

Deshalb sind die Verteidigungsausgaben der einzelnen NATO-Nationen ein kritischer Diskussions- und Tagesordnungspunkt für den NATO-Rat. Einige NATO-Staaten wollen aufgrund des Modernisierungsbedarfes und neuer globaler Unsicherheiten ihre Verteidigungsausgaben erhöhen, andere sind aufgrund anderer staatlicher Finanzierungserfordernisse dazu entweder nicht in der Lage oder nicht willens. Schwierig ist die Vereinheitlichung von Waffensystemen in der NATO, da die Nationen eigene Rüstungskapazitäten erhalten

wollen. Als tragfähiger Kompromiss hat sich Interoperabilität, d. h. die Erreichung der Zusammenarbeitsfähigkeit von Systemen, erwiesen.

Die einzelnen Nationen treffen ergänzend zu NATO-Beschlüssen zunehmend untereinander bi- und multilaterale Vereinbarungen, um militärische Fähigkeiten zu bündeln bzw. sich auf die Bereitstellung untereinander abgestimmter Fähigkeiten zu konzentrieren. Dieses wiederum fördert die NATO quasi als Dialogplattform im Rahmen von Programmen wie „Smart Defence“ und „Pooling & Sharing“.

Unterhalb der NATO-eigenen Strukturen sind aus ehemals rein nationalen Korps bzw. Divisionen/Verbände binationale, bzw. multinationale verlegbare taktische Führungseinrichtungen bzw. Truppenteile geworden. Hierzu gehören das Multinationale Korps Nordost (MNC NE) in Stettin mit Verantwortungsbereich Osteuropa, das ACE Rapid Reaction Corps (ARRC) in Innsworth, das DEU-NL Korps in Münster, das FR Korpskommando in Lille, das von der EU geförderte Eurocorps sowie weitere rein nationale Korpskommandos wie in den USA, ggf. in Griechenland und in der Türkei. Zu Einsätzen am Boden, in der Luft, auf See und im Informationsraum werden aufgrund Regierungsbeschlüssen und parlamentarischen Bestätigungen der einzelnen Länder nationale bzw. binationale Großverbände und Logistikverbände zur Verfügung gestellt. Die NATO erhält und verfügt damit nicht automatisch über Truppen, um Einsätze „von sich aus“ durchzuführen.

Dass diese Organisationsform funktionsfähig ist, zeigte und zeigt die NATO bei Stabilisierungseinsätzen und Übungen. Dies hat der WP im Kalten Krieg und die Russische Föderation heute sehr aufmerksam beobachtet. Für sie war und ist die NATO ein ernst zu nehmender Gegner. Die „Achillesferse“ des Bündnisses ist die Gemeinsamkeit der Entscheidungen und die verzugsarme Verfügbarkeit von größeren Truppenkontingenten.

Diese Strukturen, Fähigkeiten, Beziehungsgeflechte und Wirkungsmuster der NATO kamen zum Tragen, als für fast alle osteuropäischen Staaten zunächst die Kooperation und dann die Mitgliedschaft in der NATO und der EU erstrebenswert wurden. Es waren die demokratische Politik und die Wirtschaftskraft der EU sowie die Schutzfunktion und militärischen Fähigkeiten der NATO, die beide Staatengemeinschaften aus sicherheitspolitischer und ökonomischer Perspektive attraktiv für einen Beitritt machte.

1.4.3 Ostorientierung

Mit der Charta von Paris verständigten sich am 21. November 1990 die Staats- und Regierungschefs 32 europäischer Länder sowie der USA und Kanada über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa. Sie gestehen ihren Völkern Grundfreiheiten und die Gewährleistung der Menschenrechte zu. Ein Schlüssel zur neuen Friedensordnung ist die deutsche Einheit. Die NATO wird mit Auflösung des WP zum friedenswährenden Bündnis in Europa.

Zur Stabilisierung der Lage und Sicherstellung des Abzuges der ehemaligen sowjetischen Truppen fährt die NATO ab 1990 ihre Übungsvorhaben zurück und wirkt koordinierend bei Rüstungskontrolle und Truppenreduzierungen. Es wird im Zwei-Plus-Vier-Vertrag ausschließlich für das Beitrittsgebiet vereinbart, dass für die Dauer des Abzuges sowjetisch-russischer Streitkräfte keine ausländischen Streitkräfte, auch keine Nuklearwaffen, stationiert oder verlegt werden (WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 2016, Berlin).

Als osteuropäische Staaten Zugang zur EU sowie zur NATO und damit territoriale Sicherheit bzw. wirtschaftlichen Aufschwung anstreben, beschließt die NATO auf ihrem Gipfeltreffen am 8. November 1991 in Rom eine neue Strategie, die durch Dialog, Kooperation und Verteidigungsfähigkeit gekennzeichnet ist. Auf dieser Basis wird der Nordatlantische Kooperationsrat (North Atlantic Cooperation Council/NACC) Ende 1991 konstituiert, in dem die ehemaligen WP-Staaten und die NATO eng zusammenarbeiten wollen. Erstes Ziel ist die Fortführung ausgehandelter Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen.



Abb.I.4.4 Mitgliedsstaaten von NATO, EU und OSZE 2017

Im Januar 1994 vereinbart die NATO mit interessierten osteuropäischen Staaten des NACC die Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen und militärischen Fragen, das Partnership for Peace (PfP) Programm. Es erweist sich als ein wichtiges und flexibles Instrument kollektiver Sicherheit und für die Zusammenarbeit der NATO mit ihren Partnerländern.

22 Staaten aus Ost- und Südosteuropa, dem Südkaukasus, Zentralasien und Westeuropa haben teil, darunter die neutralen Staaten Schweiz, Österreich, Finnland, Irland, Schweden und Malta. Jedes Land bestimmt die Bereiche der Zusammenarbeit mit anderen Staaten innerhalb des NACC. Hierzu gehören Ausbildungs- und Ausrüstungshilfen, Truppenaustausch und Mitwirkung bei den Stabilisierungseinsätzen auf dem Balkan. Obwohl gesellschaftliche Gruppierungen von einer Einkreisung und Isolation warnen und protestieren, nehmen die Russische Föderation und Weißrussland am PfP Programm teil.

Im Rahmen dieser Beziehungen wird 1997 in Paris die Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation vereinbart. Die NATO und Russland bezeichnen sich darin nicht länger als Gegner und verpflichten sich zur Zusammenarbeit, um „...in Europa umfassende Sicherheit auf der Grundlage gemeinsamer Werte, Verpflichtungen und Verhaltensnormen und im Interesse aller Staaten zu schaffen“. Zu den vereinbarten Grundsätzen zählen u. a. der Aufbau einer starken, stabilen, dauerhaften und gleichberechtigten Partnerschaft und der Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegeneinander. Weiterhin verständigt man sich über die Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit aller Staaten, Unverletzlichkeit der Grenzen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowie gegenseitige Transparenz bei verteidigungspolitischen und militärischen Doktrinen. Zur Umsetzung von Aktivitäten und Zielen richten die NATO und Russland den Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rat (NATO-Russia-Council/NRC) ein.

Nach dem russischen Regierungswechsel 1999 gehen Aktivitäten und Bedeutung des NRC zurück. Während des Georgienkonfliktes 2008 und erneut im September 2014 beschließen die Außenminister der NATO, die Arbeit des NATO-Russland-Rates zunächst wegen des Georgien-Konflikts und dann wegen der Ukraine-Krise auszusetzen. Seitdem gibt es – außer der Aufnahme von Gesprächen am 20. April 2016 – keine militärische und zivile Zusammenarbeit mehr. Die politischen Kommunikationskanäle auf Botschaferebene werden dennoch offengehalten. Bei der NATO besteht bis heute eine russische Vertretung.

Die Osterweiterung des Bündnisses wird manifest, als 1997 Polen, Tschechien und Ungarn der NATO beitreten. Die Ukraine erhält 2008 eine grundsätzliche Beitrittsperspektive, die im Rahmen einer NATO-Ukraine-Charta geöffnet wird. Die NATO unterstützt die Ukraine bei der Reform ihrer Streitkräfte und Sicherheitsorgane. 2004 werden Bulgarien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland und Estland Bündnismitglied. Alle Aufnahmen erfolgten in der Abfolge: Mitwirkung im Rahmen PfP, Interessenbekundung, Beitrittsverhandlung, Einladung zur Mitgliedschaft und formelle Aufnahme einschließlich deren nationaler Ratifizierung.

Dieser Prozess verdeutlicht, dass die NATO-Osterweiterung nicht von der NATO ausging, sondern von den betroffenen Nationen. Dieser Aspekt wird oft ausgeblendet. Hierzu gehört die Agitation aus der Russischen Föderation, die sich von der NATO-Osterweiterung in ihrer eigenen Politik gestört fühlt. Die Beistandsabsicherung durch die NATO erschwert bzw. verhindert russische Ambitionen, Einflussphären der Sowjetunion wiederzugewinnen und dafür u. a. ethnische Konfliktherde zu nutzen. Als im April 2008 auf der NATO-

Gipfelkonferenz in Bukarest ein Beitrittsangebot der NATO an Georgien und die Ukraine diskutiert wurde, erklärte der damalige Ministerpräsident Putin: „Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks (*an unseren Grenzen*), dessen Verpflichtungen zur Mitgliedschaft den Artikel 5 (Beistandsverpflichtung) einschließt, als eine direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes.“ (ADOMEIT, 2010). Am 5. Februar 2010 genehmigte der russische Präsident die überarbeitete russische Militärdoktrin. Darin wird die NATO erstmals (wieder) als militärische Gefahr für Russland bezeichnet.

Zunächst bestand die Osterweiterung der NATO nur darin, dass sich das Vertragsgebiet bis an die Grenzen Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Sloweniens, Ungarn und Rumäniens verschob. Die sich westlich dieser Grenze bis in den mitteleuropäischen Raum erstreckenden Militärpotentiale waren weiterhin reduziert, wurden nur nach und nach modernisiert oder hinsichtlich Interoperabilität verbessert. Die Streitkräfte der osteuropäischen Staaten waren auf die Abstellung von Kontingenten für VN-, NATO- und EU-Einsätze konzentriert. Offiziere aus Osteuropa übernahmen zugleich Dienstposten in den NATO-Kommandobehörden, die sich in Westeuropa befanden. Nur selten übten Truppenteile von westlichen NATO-Staaten auf Truppenübungsplätzen in der osteuropäischen Region. Eine Besonderheit stellt von Anfang an die wechselnde Abstellung einer begrenzten Anzahl von Jagdflugzeugen aus verschiedenen NATO-Staaten zum Schutz des baltischen Luftraumes dar. Im Juli 2006 werden Planungen zu einem europaweiten Raketenabwehrprogramm bekannt (Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence/ALTBMD). Es soll die Bekämpfung gegnerischer Kurz- und Mittelstreckenraketen auf Entfernungen bis zu 3000 km ermöglichen. Hierbei arbeiten Polen, Rumänien und die Tschechische Republik aktiv mit den USA und Großbritannien zusammen.

Alle diese Maßnahmen sind weitgehend defensiv und haben das Kräftedispositiv in den osteuropäischen Staaten kaum erhöht. Damit stehen die geringen Aktivitäten des Bündnisses im Einklang mit der NATO-Russland-Grundakte, in der sich die NATO sowohl Beschränkungen für Atomwaffen als auch Truppenstationierungen auferlegt. Dazu heißt es 1997 in der Grundakte: „Die Mitgliedsstaaten der NATO wiederholen, dass sie nicht die Absicht, keine Pläne und auch keinen Anlass haben, nukleare Waffen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder zu stationieren, noch die Notwendigkeit sehen, das Nukleardispositiv oder die Nuklearpolitik der NATO in irgendeinem Punkt zu verändern – und dazu auch in Zukunft keinerlei Notwendigkeit sehen...“ und weiterhin „...dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert“.

Eine Schwerpunktverlagerung der NATO nach Osteuropa erfolgte erst als Reaktion auf die russische Annexion der Krim und die Entwicklung im ukrainischen Bürgerkrieg. Symbolisch verlegten 2014 die USA Fallschirmjäger im Rahmen der Übung Atlantic Resolve ins Baltikum und nach Polen. Den Forderungen nach dauerhaften Stationierungen von Kampfbrigaden ins Baltikum wird aufgrund der Vereinbarungen in der NATO-Russland-Grundakte und aus ökonomischen Gründen nicht entsprochen. Stattdessen beschließt die

NATO bei Ihren Gipfeltreffen in Wales (2014) und Warschau (2016) ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Bündnisverteidigung für den Konfliktfall im Rahmen ihrer sicherheitspolitischen Handlungsspielräume.

Hierzu gehören:

- Die Festlegung, dass das trinationale MNC NE in Stettin als Führungseinrichtung mit Unterstellungsoption unter das AJFC Brunssum mit regionaler Zuständigkeit im Baltikum, in Polen, in der Slowakei und in Ungarn erweitert wird. Die für das MNC NE verantwortlichen Rahmennationen Dänemark, Deutschland und Polen erklären sich bereit, die Einsatzreife, Verlegbarkeit und Zertifizierung bis 2018 abzuschliessen. In der Übergangszeit ist das DEU-NL Korps für Verstärkungen in Nordosteuropa verantwortlich.
- Die Aufstellung einer Multinationalen Division Südost (MND SE) unter Führung des AFJC Neapel. Hierzu werden der Stab der 1. Rumänischen Division und weitere Truppenteile südosteuropäischer NATO-Staaten vorrangig zum Schutz der rumänischen NATO-Grenze herangezogen.
- Der Aufbau von NATO Force Integration Units (NJTF) in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien. Diese aus rund 50 Dienstposten bestehenden NATO-Dienststellen unterstützen im Bedarfsfall und bei Übungen die Aufnahme von NATO-Truppenteilen in den jeweiligen Regionen.
- Der Aufstellung einer Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) aus wechselnden Truppenteilen aus verschiedenen Rahmennationen, die in einer Krise den NRF-Kräften voraus bündnisgemeinsame Solidarität demonstriert und bei Bedarf den Aufwuchs weiterer NATO-Kräfte sichert.



Abb.I.4.5 NATO Enhanced Forward Presence (eFP) in Osteuropa

- Die Verlegung von je einer Einheit multinationaler Battlegroups (Verstärkte Bataillone) im Rotationsverfahren (Austauschrhythmus) durch die Rahmennationen Großbritannien in Estland, Kanada in Lettland, Deutschland in Litauen und USA in Polen. Aus den Einheiten können kurzfristig einsatzfähige Battlegroups aufwachsen. Diese Maßnahme wurde 2017 begonnen. Zu einer Battlegroup gehören rund 1200 Soldaten aus mehreren Nationen unter Führung der jeweiligen Rahmennationen. Diese verstärkte Vorwärtspräsenz auf Rotationsbasis von sechs bis neuen Monaten verletzt die NATO-Russland-Grundakte nicht und wird als „Enhanced Forward Presence“ (eFP) bezeichnet.
- Die leihweise Überlassung von Panzern, gepanzerten Fahrzeugen und weiterer Ausrüstung an die Baltischen Staaten durch die USA.
- Die Erarbeitung und Abstimmung von Eventualfallplänen (ähnlich wie im Kalten Krieg) zur bündnisgemeinsamen Verteidigung der NATO-Ostgrenze. Für die weitere Verstärkung ihrer Verteidigung kann die NATO auf Truppenstrukturen aller Mitglieder zurückgreifen.
- Weitere Förderung bi- und multinationaler Kooperation auf nationaler Basis innerhalb der NATO, insbesondere im Bereich Cyber-Abwehr.
- Die Intensivierung von jährlichen Übungen in Osteuropa bis zu 30.000 Mann. Dabei wird die Abwehr erwarteter, grenzüberschreitender Bedrohungen, darunter verdeckte Angriffe und hybrider Kriegshandlungen geübt.
- Diese Maßnahmen finden innerhalb der NATO Zustimmung und verzugslose Umsetzung. In sicherheitspolitischen und militärischen Fachkreisen wird zum einen begrüßt, dass mit diesen Maßnahmen konsequent ein deutliches Zeichen der Bündnissolidarität gesetzt worden ist. Zum anderen wird kritisiert, dass sie unzureichend sind bzw. von einem „hybrid“ agierenden und entschlossenen Gegner im Baltikum aufgrund der Raumentiefe unterlaufen werden können. Dabei wird eine Landverbindung in den Oblast Kaliningrad als möglicher Konfliktauslöser einbezogen. Es wird unter Berücksichtigung von Raum-Zeit-Relationen argumentiert, dass das Bündnis nicht schnell genug eine gemeinsame Verteidigung aufbauen könnte. (SCHLAPAK u. JOHNSON, 2016). Abseits der öffentlichen Diskussion hat die NATO begonnen, die mit einer wirksamen Bündnisverteidigung verbundenen Probleme zu prüfen und zu lösen.

Des Weiteren beschließt die NATO 2016, nach zweijähriger Pause den Dialog mit der Russischen Föderation im NATO-Russland-Rat zu suchen. Danach stellt Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Blick auf die Ereignisse in der Ukraine fest: „Die NATO und Russland haben tiefe und anhaltende Unstimmigkeiten. Das heutige Treffen hat daran nichts geändert. Die Verbündeten halten daran fest, dass es kein Zurück zu praktischer Zusammenarbeit geben kann, solange Russland internationales Recht nicht respektiert. Aber wir werden die Kommunikationskanäle offenhalten.“ Russlands Botschafter Alexander Gruschko wirft der NATO im Gegenzug vor, mit der Verlegung von Truppenteilen nach Osteuropa zur alten Strategie der Abschreckung zurückzukehren und Russland einen Konfrontationskurs aufzuzwingen. Auf die Maßnahmen der NATO reagiert Russland zunächst mit einem erhöhten eigenen Übungsaufkommen und zusätzlichen Truppenstationierungen in der Region. (s. Teile II u. Teil III.)³

1.4.4 Zusammenfassung

Die NATO hat seit ihrer Gründung ein geborenes Interesse an Osteuropa. Es wandelte sich von der Abschreckung gegen den WP zur Schutzfunktion ihrer neuen Mitgliedsstaaten. Da die osteuropäischen Mitglieder aufgrund begrenzter militärischer Fähigkeiten ihr Territorium nicht erfolgreich verteidigen können, wird die NATO zu einer selbst gewählten Schutzmacht.

Die Osterweiterung wurde nicht eigenmächtig von der NATO ausgelöst, sondern ist Konsequenz freiwilliger Beitritte souveräner Staaten und deren Hilfsersuchen. Die NATO musste in Osteuropa tätig werden, wollte sie als Bündnis glaubwürdig bleiben. Sie hat ihre Einflussnahme mit angemessenen Mitteln unter Berücksichtigung vom Völkerrecht und der NATO-Russland-Grundakte durchgeführt. Die Beschlüsse von Wales und Warschau sind ein deutliches Signal an die Russische Föderation, ihre Einflusspolitik in Osteuropa zu überdenken.

Die eFP-Kräfte der NATO sind so konzipiert, dass sie über keine effektive Angriffsfähigkeit verfügen. Sie haben symbolische Bedeutung in einem sicherheitspolitischen Konfliktmanagement. Fähigkeiten, sich gegen hybride und konventionelle Angriffe zu schützen, werden im NATO-Rahmen flankierend geprüft, weiterentwickelt und ausgebaut. Hierzu gehört die Schaffung



Abb.I.4.6 Übung von Spezialkräften im Baltikum zur Abwehr hybrid kämpfender Kräfte

eines neuen Joint Regional Command (JRC) und eines Rear Area Support Command in Mitteleuropa im Jahr 2018. Damit wird sich die Struktur der NATO aufgrund operativer militärischer Erfordernisse, die von der Bedrohung der NATO-Ostgrenzen in Osteuropa und dem Erfordernis einer glaubwürdigen Abschreckung ausgehen, erneut verändern.

Die Osterweiterung der NATO hat die Spannungen vertieft. Sie vergrößern das Konfliktpotential in der Region, solange der NATO-Russland-Dialog ruht und eine Zusammenarbeit nicht stattfindet. Die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem bewaffneten Konflikt zwischen der NATO und der Russischen Föderation in Osteuropa kommt, ist aber derzeit gering. Unabhängig davon erfolgen in den modernen Medien grenzüberschreitende, kommunikative Auseinandersetzungen in hoher Intensität zwischen der Allianz, einzelnen Mitgliedsstaaten und der Russischen Föderation.

I.4.5 Puktation

- Die Annexion der Krim und der Bürgerkrieg in der Ukraine haben in den osteuropäischen NATO-Staaten Befürchtungen geweckt, dass Spannungen und Konfliktpotentiale in ihren Staaten durch die Russische Föderation für Interventionen genutzt werden könnten.
- Auf Forderungen vor allem ihrer osteuropäischen Staaten hat die NATO militärische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Fähigkeitsentwicklung und Abschreckung bei den Gipfeltreffen in Wales und Warschau beschlossen und mit deren Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten begonnen.
- Die NATO setzt damit ein deutliches Zeichen der Solidarität für ihre östlichen Mitglieder, betont gleichzeitig ihr bestehendes Interesse an einer Partnerschaft mit Russland. Sie setzt damit auf ihre bewährte Doppelstrategie von Abschreckung und Dialog.
- Die Russische Föderation bewertet sowohl die Osterweiterung als auch die NATO-Maßnahmen zur Vorbereitung einer Bündnisverteidigung als „Landnahme des Westens“. Sie antwortet mit Erhöhung ihres Kräftepotentials und diplomatischen Gegenreaktionen mit dem Ziel, einen Keil zwischen die westlichen Bündnispartner zu treiben. Wie Russland auf die neue Linie der NATO langfristig reagiert, lässt sich noch nicht absehen.
- Im Bewusstsein, dass mehr Militär nicht unbedingt auch ein Mehr an Sicherheit bedeutet, geht es für die NATO in Osteuropa neben technischer Modernisierung und Aufstockung des vorhandenen Abschreckungspotentials vorrangig um die Erarbeitung und Umsetzung kluger und für alle Seiten akzeptabler politischer Sicherheitskonzepte.

I.4.6 Literatur- und Quellenverzeichnis

- ADOMEIT, H. (2010): Russische Militär- und Sicherheitspolitik, in: PLEINES, H; SCHRÖDER, H.-H. (Hrsg.): Länderbericht Russland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 268 ff.
- AUSSENMINISTERIUM DER RUSSISCHEN FÖDERATION (2013): Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau (Internetquelle).
- BECKER, F. (Hrsg.) (1998): Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 87, 10. Mai 1955, S. 717. Abgedruckt in: ADENAUER, K.: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung.“ Reden und Gespräche 1946–1967, Köln-Weimar-Wien 1998, S. 97–99.
- BELOBROV, Y. (2016): Partnership for Peace or Preparations for War: Evolution of Russia-NATO-Relations, in: International Affairs 62 (2016), Heft 5, S. 52 ff.
- BUNDESREGIERUNG (1990): Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier Vertrag), in Kraft getreten am 15. März 1991, Bonn.

- BUNDESWEHR JOURNAL (2017): Operation „Atlantic Resolve“: Stärkung der NATO-Ostflanke (Internetquelle).
- CHURCHILL, W. (1946): The Sinews of Peace (“Iron Curtain Speech”), Westminster College, Fulton, Missouri.
- GIPFELERKLÄRUNG VON WARSCHAU (2016): Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in Warschau (Internetquelle).
- KRÜGER, D. (Hrsg.) (2013): Am Abgrund? Das Zeitalter der Bündnisse: Nordatlantische Allianz und Warschauer Pakt, 1947 bis 1991, Fulda.
- LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (2016): Die Beziehungen der Ukraine zur EU und zur NATO (Internetquelle).
- MASTNY, V., HOLTSMARK, S. G. u. WENGER, A. (2006): War Plans and Alliances in the Cold War, London/New York.
- MILLER, D. (1999): The Cold War, a Military History, New York.
- NATO (1949): Nordatlantikvertrag der NATO vom 4. April 1949, Art. 5, Washington.
- NATO (1997): Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation (NATO-Russland-Grundakte) vom 27. Mai 1997.
- NATO (1994): Partnership for Peace Programme, Brüssel.
- NATO (2015): Encyclopedia, Brussels.
- NÜNLIST, C. (2017): Contested History: Rebuilding Trust in European Security, in: Strategic Trends (2017), Key Developments in European Security, ETH Zürich.
- ORLOV, A.: Born for Confrontation: on the Results of the NATO Warsaw Summit, in International Affairs, 62 (2016), Heft 5, S. 40 ff.
- OSZE (1975): Text der Schlussakte von Helsinki.
- RAND CORPORATION (2016): Reinforcing Deterrence on NATO’s Eastern Flank, Santa Monica.
- RUSSISCHE FÖDERATION (2010): Militärdoktrin, Moskau.
- RUSSISCHE FÖDERATION (2014): Militärdoktrin, Moskau.
- SCHLAPAK, D. u. JOHNSON, M. (2016): Reinforcing Deterrence on NATO’s Eastern Flank, Wargaming the Defense of the Baltics, Rand, Santa Monica.
- TRUMAN, H. S. (1949): Ansprache zur Gründung der NATO, in: 50th Anniversary of the North Atlantic Treaty, Truman Archive, 1989, Washington (Internetquelle).
- VARWICK, J. (2017): NATO in (UN-) Ordnung – wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird, Schwalbach.
- WISSENSCHAFTLICHER DIENST DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES (Hrsg.) (2016): Zur öffentlichen Diskussion über Anfang der 1990er Jahre möglicherweise getroffene Zusagen westlicher Spitzenpolitiker zu einem Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung, Berlin.

ZAPFE, M. (2017): Threatened from Within? NATO, Trump and Institutional Adaption, in: Strategic Trends (2017), Key Developments in European Security, ETH Zürich.